

Der dritte Bundesfrauenkongress politisch verfolgter Frauen der SBZ/DDR-Diktatur in Dessau-Roßlau hat nicht nur Menschen aus der politischen Bildung, der Forschung und der Politik, sondern insbesondere die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu Wort kommen lassen.

Vorträge und Podien zur Transgenerationalen Weitergabe, der Frauenhaftstätte in Dessau, den Venerologischen Stationen und dem berüchtigten Paragraphen 249 sowie ein Resilienz-Workshop brachten uns nun zum dritten Mal zusammen und es wurde deutlich, dass weiterhin viel Gesprächsbedarf zwischen den Betroffenen, aber auch zwischen den Generationen besteht.

Die vorliegende Dokumentation des Bundesfrauenkongresses in Dessau bietet die Möglichkeit, die Vorträge und Podiumsdiskussionen nachzulesen und darüber hinaus einen Eindruck vom Kongress zu gewinnen. Die Mitschnitte der Vorträge finden Sie auch auf unserem YouTube-Kanal UOKGnews.

Kooperationspartner



Forum für politisch verfolgte
und inhaftierte Frauen
der SBZ/SED-Diktatur e.V.



SACHSEN-ANHALT

Beauftragter
des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

#moderndenken

Gefördert von



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Dialog der Generationen – 3. Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ/DDR

DIALOG DER GENERATIONEN

ERINNERN. VERSTEHEN. HEILEN



**3. Bundeskongress politisch
verfolgter Frauen in der SBZ/DDR**

26. bis 28. September 2025 in Dessau-Roßlau



Dialog der Generationen – Erinnern. Verstehen. Heilen
3. Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ/DDR
26.–28. September 2025 in Dessau-Roßlau

Dialog der Generationen

Erinnern. Verstehen. Heilen

3. Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ/DDR

26.–28. September 2025 in Dessau-Roßlau



Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
[Hrsg.]

Herausgegeben durch die Union der Opferverbände
Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.

Redaktion

Sandra Czech, Sebastian Sachse

Herstellung

Satzherstellung Neymanns

www.satzherstellung.com

E-Mail: neymanns@satzherstellung.com

Das gesamte Projekt, einschließlich Druck, wurde gefördert durch den
Bundesbeauftragten für Kultur und Medien.



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Cover

Sebastian Sachse, Maksym Mazur auf Unsplash

© 2025 Demokratieverlag D.V. UG Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Bezug über

Geschäftsstelle der UOKG

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel.: +49 30 55 77 93 51

E-Mail: info@uokg.de

www.uokg.de

ISBN 978-3-910685-05-5

Inhaltsverzeichnis

Vorworte

Dieter Dombrowski Bundesvorsitzender der UOKG e.V.	7
Doreen Sölter Lehrerin für Politik und Gesellschaft , Mitglied im Frauenforum	9
Johannes Beleites Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.....	11

Begrüßung

Isabel Fannrich-Lautenschläger Moderatorin	13
Dieter Dombrowski Bundesvorsitzender der UOKG e.V.	15
Konstanze Helber Vorsitzende des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/DDR-Diktatur e.V.....	18
Dr. Robert Reck Bürgermeister von Dessau-Roßlau.....	21
Evelyn Zupke SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag.....	24
Dr. Anna Kaminsky Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung.....	27
Johannes Beleites Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.....	30
Dr. Wolfram Weimer Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien der Bundesrepublik Deutschland	33

Eröffnungspodium

„Politisch-historische Bildung zur SBZ/DDR-Diktatur“ Evelyn Zupke, Jörg Bernstein, Maik Reichel, Dr. Susan Frisch, Konstanze Helber.....	35
--	----

Vorträge

Transgenerationale Weitergabe – Dr. med. Agathe Israel	73
<i>Podium: Transgenerationale Weitergabe</i>	87
Die Strafvollzugsabteilung Dessau für weibliche Strafgefangene – Haftzwangsarbeit für das Chemiesiedreieck – Niklas Poppe	125
Vortrag zur Wanderausstellung: „Einweisungsgrund: Herum- treiberei“ – Disziplinierung in Venerologischen Stationen und Spezialheimen der DDR – Hannes Schneider, Juliane Weiß	135

Resilienz-Workshop

Tausend Taschentücher mit Geschichten – Wandlung durch Handlung – Tatjana Janda	145
--	-----

Projektvorstellung

Erziehung durch Arbeit – „Asoziale“ als Staatsfeinde in der DDR – Dr. Peter Keup, Dr. Eva Fuchslocher, Dr. Michael Schäbitz.....	150
<i>Podium: Erziehung durch Arbeit – „Asoziale“ als Staatsfeinde in der DDR</i>	165

Schlussworte

Isabel Fannrich	176
Dieter Dombrowski	176
Konstanze Helber	178

Resolution

„Dialog der Generationen – Erinnern, Verstehen, Heilen“	180
---	-----

Bericht über den Erntedankgottesdienst

in der St. Johanniskirche	182
--	-----

Organisation	187
---------------------------	-----

Vorwort

Dieter Dombrowski
Bundsvorsitzender der UOKG e.V.

Die politische Verfolgung in der ehemaligen DDR hatte massive Auswirkungen auf die betroffenen Menschen. Sie hinterließ tiefe Spuren an Körper und Seele. Die unbändige Wut gegenüber einem Staat, der all seine Machtmittel nutzte, um das Leben Einzelner zu zerstören, wich häufig Gefühlen von Ohnmacht, Hilflosigkeit und Selbstverleugung.

Wir Menschen sind zwar Individuen, leben jedoch in Gemeinschaften. Wir brauchen Wärme, Zuspruch und eine uns wohlgesonnene, kritisch-reflektierende Umgebung – etwas, das wir in der Familie oder im Freundeskreis finden. Die Verfolgung eines Menschen betrifft daher auch sein Umfeld und wirkt sich massiv auf Eltern, Partnerinnen und Partner sowie auf die Verletzlichsten aus: die eigenen Kinder.

Wie erlebt jemand politische Haft? Herausgerissen aus dem Alltag, bedroht, belogen und verurteilt. Eingesperrt in Zellen voller Enge, mit schlechtem Essen, mangelnder medizinischer Versorgung und Zwangsarbeit. Die Stimmung war von Misstrauen, Neid und Schikannen geprägt. Niemand kam als derselbe Mensch zurück.

Doch wie erklärt man das den Angehörigen? Wie erinnert man sich selbst? Wie kann Verstehen gelingen – und Heilung? Auch die nächste Generation ist betroffen. Traumatisierte Eltern geben ihre Erfahrungen ungewollt weiter. Das, spüren besonders die Kinder, die Schutz und Liebe suchen. Wie kann man damit umgehen? Indem man in den Dialog tritt! Indem man sich erinnert, sich bemüht, das Gegenüber zu verstehen – und indem man mit Kraft, Ausdauer und Geduld einen Heilungsprozess ermöglicht.

Im August 2021, beim ersten Frauenkongress in Stollberg am Fuße des berühmten Frauengefängnisses Hoheneck, haben wir uns kennengelernt.

Im Oktober 2023, beim zweiten Frauenkongress in Halle (Saale) sprachen erstmals auch betroffene Frauen selbst auf einem Podium. Sie berichteten – mal laut, mal leise – von ihren ganz persönlichen Erlebnissen mit Verfolgung und Haft.

Und nun 2025 beim dritten Frauenkongresses in Dessau unter dem Titel: „Dialog der Generationen – Erinnern, Verstehen, Heilen“ führten wir diesen Prozess erfolgreich fort.

In nur vier Jahren sind so viele mutiger geworden und können heute öffentlich vor einem größeren Publikum über das Erlebte sprechen.

Vielen Dank an alle Mitwirkenden und Teilnehmenden und für so viel Offenheit!

Das Schweigen ist gebrochen!
Ohne Sprechen keine Aufklärung!
Ohne Dialog keine Heilung!

Vorwort

Doreen Sölter

Lehrerin für Politik und Gesellschaft, Mitglied im Frauenforum

Der jüngste Bundesfrauenkongress zum Thema „Dialog der Generationen“ in Dessau hat mal wieder einen dringend notwendigen Raum für Austausch und tiefgreifende Auseinandersetzung geschaffen. Unter dem Motto Erinnern. Verstehen. Heilen. rückte die Veranstaltung die Schatten der DDR-Vergangenheit von politisch verfolgten und inhaftierten Frauen und deren Geschichte und Geschichten wieder mal in den Fokus, die bis in unsere Gegenwart reichen. Diese drei Tage in Dessau hallen bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern noch lange nach, da bin ich mir sicher, denn mit jedem Schritt in die Öffentlichkeit, mit jeder Begegnung, wird der Raum für die Frauen geöffnet, ihre Wunden ihrer persönlichsten Geschichten sichtbar zu machen. Denn viele Frauen haben lange geschwiegen und unterdrückt, was unsichtbar, aber spürbar in ihnen wohnte: Die Verfolgung durch das politische System der DDR.

Ein zentraler Pfeiler der Diskussionen war die transgenerationale Weitergabe von Traumata. Wie tragen die nachfolgenden Generationen unbewusst die Last von Leiden, die sie selbst nicht erlebt haben? Psychoanalytikerin Dr. Israel beleuchtete, wie Erfahrungen von Unrecht, Angst und Isolation durch Repressionen und Haft in der DDR noch bis heute in Familien hineinwirken und wie psychische sowie soziale Muster auch über Generationen prägen können. Man konnte in den Reihen der Frauen hin und wieder ein zustimmendes Nicken oder verwundertes Achso wahrnehmen. Viele Jahre nach dem Ende der DDR scheint die Aufarbeitung der psychischen Leiden immer noch am Anfang zu stehen.

Besonderes Gewicht erhielten die Vorträge über die Aufarbeitung von Unrecht in der DDR: Die Schicksale von Frauen, die in der Strafvollzugsabteilung Dessau inhaftiert waren und Haftzwangsarbeit

für das Chemiedreieck leisten mussten sowie die Praktiken in den Venerologischen Stationen als repressive Erziehungsmaßnahme gegen Frauen, legten schmerzhaftes Wahrheiten offen. Die Darstellung dieser Einrichtungen als Instrumente zur gesellschaftlichen Disziplinierung und Stigmatisierung junger Frauen schockierte und mahnte zugleich. Sie stehen symbolisch für die willkürliche Machtausübung und die Verletzung fundamentaler Menschenrechte in der DDR. Und auch hier trafen wissenschaftliche Erkenntnisse, Aufarbeitung von Aktenbergen auf die höchstpersönlichen Erinnerungen von Zeitzeuginnen, die sich mit eindrücklichen Schilderungen zu Wort melden. Hier wurde nicht nur die politische Dimension der Inhaftierung weiblicher Häftlinge beleuchtet, sondern immer wieder sind es die menschlichen Tragödien, die erschüttern und gleichzeitig mahnen: Nicht zu vergessen, sondern zu erinnern und zu verstehen.

Die Berichte von Zeitzeugen auf dem Podium an diesem Wochenende machten wieder einmal die Notwendigkeit einer umfassenden Anerkennung und Erinnerungskultur des erlittenen Leids der Frauen deutlich. Der dritte Bundesfrauenkongress zeigte wieder einmal eindrücklich, dass Erinnern nicht nur eine Pflicht gegenüber den Opfern ist, sondern eine Voraussetzung für Verstehen. Der Dialog der Generationen bietet dabei die Chance, Empathie für die Opfer zu entwickeln und schließlich einen Weg zu Heilung und Versöhnung zu finden, aber auch Anerkennung nach außen.

Vorwort

Johannes Beleites

**Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur**

Der Psychologe und Schriftsteller Jürgen Fuchs, der am 19. Dezember 2025 seinen 75. Geburtstag gehabt hätte, brachte die Nachwirkungen der Stasi-Haft in einem knappen Gedicht auf den Punkt:

Das Schlimme ist nicht
In einer Zelle zu sitzen
und verhört zu werden
Erst danach
Wenn Du wieder vor einem Baum stehst
Oder eine Flasche Bier trinkst
Und dich freuen willst
Richtig freuen
Wie vorher
Erst dann

Hier zeigt sich die Schwierigkeit wie die Notwendigkeit der Weitergabe dieser Erfahrungen, die sich mitunter der einfachen Darstellung entzieht.

Das Thema des Dritten Bundesfrauenkongresses, „Dialog der Generationen“, ist ein wichtiges Zukunftsthema. Die Problematik der transgenerationalen Weitergabe von durch SBZ und SED-Verfolgung erfahrenen Traumata wird uns noch über viele Jahre beschäftigen. Hier steht die Forschung noch am Anfang. Dies unterstütze ich als Aufarbeitungsbeauftragter sehr gern. Eine andere Aufgabe sehe ich darin, die Politik und die Öffentlichkeit für solche Fragen zu sensibilisieren. Dazu hat der Bundesfrauenkongress auch beigetragen. Ein bleibendes, wichtiges, aber auch auf die Zukunft gerichtetes Thema ist die historisch-politische Bildungsarbeit zur Geschichte des SED-

Diktatur. 35 Jahre nach dem Ende der DDR wird inzwischen vieles verklärt, und angesichts der Komplexität der gegenwärtigen Problemlagen blicken manche geradezu sehnsuchtsvoll auf die vermeintliche „Ordnung“ in der Vergangenheit zurück. Hier gilt es faktenbasiert aufzuklären, und besonders den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die von ihren persönlichen Verfolgungserfahrungen berichten, fällt hierbei eine besonders wichtige Aufgabe zu. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bei allen bedanken, die sich für diese wichtige Arbeit zur Verfügung stellen.

Diese Publikation dokumentiert die auf dem Frauenkongress gehaltenen Vorträge und die Diskussionsbeiträge. So können alle, die in Dessau nicht dabei sein konnten, den Verlauf der Tagung nachverfolgen, aber auch für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist es sehr nützlich, alles noch einmal in Ruhe nachzulesen und vielleicht auch noch einmal über das eine oder andere nachzudenken. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Begrüßung

Isabel Fannrich-Lautenschläger
Moderatorin

Ganz herzlich willkommen an Sie alle zum 3. Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und DDR-Diktatur. Diesmal in Dessau und unter dem Titel „Dialog der Generationen“. Veranstalterin ist wie immer die UOKG, die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, in Kooperation mit dem Forum für politisch verfolgte Frauen in der SBZ und DDR-Diktatur und mit dem Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Mein Name ist Isabel Fannrich. Ich bin Journalistin und arbeite schon sehr lange zu diesem Thema, politisches Unrecht in der DDR. Ich habe die ersten beiden Kongresse, 2021 in Hoheneck und 2023 in



Isabel Fannrich-Lautenschläger



Kongress

Halle, moderiert, und deshalb freue ich mich sehr, dass ich das jetzt auch wieder tun darf und Sie heute und morgen durch die Veranstaltung begleite. Der Kongress ist ausgebucht und ich freue mich, bekannte Gesichter und auch neue Gesichter zu sehen.

Ich möchte nun zur Begrüßung nach vorne bitten, Herrn Dieter Dombrowski, den Bundesvorsitzenden der UOKG und Konstanze Helber, die Vorsitzende des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ und SED-Diktatur.

Bitte, Sie haben das Wort.

Begrüßung

Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender der UOKG e.V.

Frau Fannrich, herzlichen Dank für Ihre einleitenden Worte.

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich – gemeinsam mit der Vorsitzenden des Frauenforums, Konstanze Helber.

Ganz besonders möchte ich den Oberbürgermeister von Dessau, Herrn Dr. Robert Reck, willkommen heißen.

Ein herzliches Willkommen auch an Evelyn Zupke, die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag.

Ich freue mich, Frau Dr. Anna Kaminsky begrüßen zu dürfen, die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Ebenso heiße ich Johannes Beleites willkommen, den Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Und auch Frau Dr. Nancy Aris, die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, begrüße ich sehr herzlich.

Wir erwarten außerdem noch Jörg Bernstein, Mitglied des Landtages Sachsen, sowie Maik Reichel, den Direktor der Landeszentrale für politische Bildung.

Und nun, vor allem und ganz besonders:

Liebe Frauen – liebe ehemals politisch verfolgte Frauen der DDR – ich begrüße Sie mit großer Achtung und Herzlichkeit.

Dieser, bereits dritte, Kongress ist Ihnen gewidmet – Ihrer Geschichte, Ihrem Schicksal, Ihrer Stärke. In diesem Jahr möchten wir auch den Dialog mit den nachfolgenden Generationen in den Mittelpunkt rücken.

Viele von uns wissen es aus eigener Erfahrung oder aus dem Familienkreis: Eltern neigen dazu, ihre Kinder vor schmerzhaften Erlebnissen zu schützen, ihnen Belastendes zu ersparen – soweit es eben geht.

Meine Frau und ich erinnern uns an ein besonderes Erlebnis: Nach dem Tod meines Haftkameraden Helmut Haase – und dem bereits vorangegangenen Tod seiner Frau – erhielten wir nur wenige Monate später einen Anruf von zwei ihrer drei Kinder. Sie fragten uns, ob sie einmal vorbeikommen dürften – sie wollten mit uns über ihre Eltern sprechen. Und so saßen wir gemeinsam eine Woche später auf unserer Terrasse, haben Erinnerungen geteilt und vieles besprochen. Dabei stellte sich heraus: Ich wusste aus der Haftzeit mehr über ihren Vater, seine Gedanken, seine Ängste – als sie selbst. Das war ein bewegender Moment. Und auch ein Anstoß.

Bei einem unserer letzten Kongresse waren bereits Kinder und Enkelkinder betroffener Frauen anwesend – und so entstand die Idee, dieses Thema vertieft in den Fokus zu nehmen. Der dritte Kongress soll genau das ermöglichen: Austausch zwischen Generationen, Aufarbeitung im Dialog, und gegenseitiges Verstehen.

Doch genauso wichtig ist: dass wir uns gegenseitig wieder begegnen, Kontakte knüpfen, alte Verbindungen auffrischen.

Wir alle gehen im Alltag unseren Aufgaben nach – unseren „Geschäften“, wie man so sagt – und gerade bei einem so persönlichen Thema wie diesem fühlt man sich manchmal allein, oder zumindest auf sich gestellt. Es ist eben kein Thema, über das man täglich spricht.

Aber: Dieser Kongress soll kein Trauerkongress sein. Er steht für Kameradschaft, Freundschaft, Aufarbeitung – und gegenseitige Unterstützung. Er ist ein Ort der Begegnung – ein Raum für Erinnerungen, für Gespräche, für neue Perspektiven.

Ich hoffe sehr, dass wir auch in den kommenden zwei Jahren wieder einen Kongress auf die Beine stellen können. Natürlich ist das



Dieter Dombrowski

immer ein Kampf um finanzielle Mittel – aber bislang haben wir es gemeinsam geschafft, und ich bin zuversichtlich: Das wird auch weiterhin gelingen.

Zum Schluss noch ein ganz persönlicher Gedanke: Ich freue mich, viele bekannte Gesichter wiederzusehen – einige Damen kenne ich bereits aus den letzten Jahren. Und ich muss sagen: Sie haben sich kein bisschen verändert – im Gegenteil, Sie sehen sogar noch besser aus!

Und das ist doch die schönste Motivation für uns alle:
Das Leben darf – und soll – auch Freude machen.

In diesem Sinne: Herzlich willkommen – schön, dass Sie da sind!

Begrüßung

Konstanze Helber, Vorsitzende des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/DDR-Diktatur e.V.

Liebe Frauen, liebe Angehörige und Freunde,
sehr geehrte, Frau Zupke, liebe Evelyn,
sehr geehrte, Frau Dr. Kaminsky, liebe Anna,
sehr geehrter Herr Dombrowski,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Reck,
sehr geehrter Herr Beleites,

„Dialog der Generationen – Erinnern, Verstehen, Heilen“ lautet die Überschrift unseres Dritten Bundesfrauenkongress.

Wie man im Saal sehen kann, haben Sie sich zahlreich zu unserem Frauenkongress mit Ihren Kindern und Angehörigen hierher nach Dessau auf den Weg gemacht. Es braucht mentale Stärke – wenn ich zurückdenke an den ersten Bundesfrauenkongress in Stollberg 2021: Dieser Ort mit seiner monströsen Burg, dem ehemaligen DDR Frauengefängnis Hoheneck, war bewusst gewählt.

Die Frauen kamen, viele erstmals nach 30 Jahren, um das Schweigen zu brechen, welches sie Jahrzehnte, wie einen schweren Rucksack, vollgepackt mit Erinnerungen und schwer auf der Seele liegend, herumtragen. So lag es sehr nahe, diesen Ort zum „Veranstaltungsort“ des ersten Kongresses gegen das Vergessen auszuwählen. Die Begegnungen unter den Frauen waren sehr emotional. Auch ich war zwei Jahre dort inhaftiert. Manche erinnerten sich düster an erlebte Leidensgeschichten, die wieder Gestalt annahmen, vor allem beim Gang durch das Zellenhaus. Bei anderen kam die Erinnerung an andere Formen staatlicher Verfolgung wie das Verbot, eine bestimmte Ausbildung zu machen oder die Zersetzung durch die Staatsicherheit wieder hoch.

Auch heute sind unter den anwesenden Frauen Mütter mit ihren Kindern. Im Kleinkindalter wurden diese ihren Müttern/Eltern bei



Konstanze Helber

der Verhaftung erbarmungslos entrissen, ohne Kenntnis, was da eigentlich passiert.

So soll einer unserer Schwerpunkte des Kongresses auf der Transgenerationalen Weitergabe von Traumata liegen. Als Referentin konnten wir die Expertin Frau Dr. Agathe Israel für Vortrag mit publikumsoffener Fragerunde und sich anschließendem Podium mit Zeitzeuginnen gewinnen.

Als das Frauenforum sich im Jahr 2019 gründete, war es genau das Thema die „Vergessenen Kinder“, das uns, insbesondere der mittlerweile schon verstorbenen Christina Krahnert, und mir ganz persönlich unter den Nägeln brannte.

Es sind so viele Frauen **heute** hier. Sie schweigen nicht mehr, sind sichtbar und sehr mutig geworden.

Auch der Zweite Bundesfrauenkongress in den Franckeschen Stiftungen in Halle brachte die Frauen 2023 zusammen für weiterführende

Gespräche zur Aufklärung, Aufarbeitung ihrer Leidensgeschichten und dem Netzwerkaufbau. Ich war zwar sehr gespannt, aber doch auch sehr vorsichtig, wie es den Frauen und ihren Angehörigen gehen wird, ob sie stark genug sind.

Meine Zweifel, ja auch Ängste zum Verlauf der Kongresse haben sich nicht bestätigt. Woran mache ich das fest? Immer wieder der Blick in den Saal. Sie sind der Einladung gefolgt, und das empfinde ich als eine große Wertschätzung und vor allem als großes Interesse.

Für den Kongressverlauf wünsche ich mir persönlich, dass es unter uns viel Zeit zum Reden gibt. Das Tagungsprogramm hat jedenfalls Raum für zwei spannende Tage mit guten Gesprächen, neuen Kontakten und den Ausbau unseres schon bestehenden Netzwerkes. Kommen Sie ins Gespräch und „vernetzen“ sie sich untereinander. Sprechen Sie mich an. Ich freue mich drauf.

Vielen Dank.

Begrüßung

Dr. Robert Reck, Bürgermeister von Dessau-Roßlau

Sehr geehrter Herr Dombrowski, sehr geehrte Frau Helber,
sehr geehrte Frau Zupke, sehr geehrte Frau Dr. Kaminsky,
sehr geehrter Herr Beleites,

meine sehr geehrten Damen, werte Herren, liebe Teilnehmerinnen
und Teilnehmer,

im Namen der Stadt Dessau-Roßlau begrüße ich Sie ganz herzlich
zum *Bundesfrauenkongress „Dialog der Generationen – Erinnern,
Verstehen, Heilen“* in Dessau-Roßlau. Es ist mir eine besondere
Ehre, Sie heute hier begrüßen zu dürfen, wo Sie zusammenkom-
men, um die Schicksale politisch verfolgter Frauen sichtbar zu ma-
chen und die Aufarbeitung dieser schmerzhaften Geschichte vor-
anzutreiben.

Der Kongress widmet sich einem besonders dringlichen Anliegen:
den Erfahrungen der Frauen, die unter der kommunistischen Ge-
waltherrschaft nicht nur Inhaftierung, sondern auch schwerwie-
gende Formen von Gewalt erlitten haben oder von ihren Kindern
dauerhaft getrennt wurden. Diese traumatischen Erlebnisse haben
tiefe Wunden hinterlassen – nicht nur bei den betroffenen Frauen,
sondern auch bei ihren Kindern und nachfolgenden Generationen.

Der Titel dieses Kongresses – *„Dialog der Generationen“* – steht für
ein zentrales Anliegen: die Erfahrungen der Frauen, die unter der
kommunistischen Gewaltherrschaft großes Leid ertragen mussten,
nicht nur zu bewahren, sondern durch Erinnerung, Verständnis und
Heilung einen Beitrag zur gesellschaftlichen Aufarbeitung zu leisten
und diese Geschichten nicht dem Vergessen preiszugeben.

Das Ziel dieses Kongresses ist es, die Schicksale politisch Verfolgter
Frauen sichtbar zu machen:



Dr. Robert Reck

- **„Erinnern“** bedeutet, die Stimmen der Betroffenen hörbar zu machen und die oft unsagbaren Leiden, die sie durchlitten haben, anzuerkennen. Diese Erfahrungen müssen vor dem Vergessen bewahrt werden.
- **„Verstehen“** fordert uns auf, die historischen Zusammenhänge und die weitreichenden Folgen dieser Verbrechen – auch für die Familien – zu ergründen. Dabei müssen die Auswirkungen der Vergangenheit auch auf die Gegenwart reflektiert werden.
- **„Heilen“** schließlich ist ein Prozess, der Mut, Empathie, Respekt und den Willen zur Versöhnung erfordert, um den Betroffenen und ihren Nachkommen Wege zur Verarbeitung und Aussöhnung zu eröffnen.

Es geht aber vor allem um Wahrnehmung und Sensibilisierung.

Die Schicksale der Frauen, insbesondere in den Frauenhaftanstalten der DDR, auch hier vor Ort in Dessau-Roßlau sind vielen Menschen

noch immer unbekannt. Es gilt Betroffenen eine Stimme zu geben, sie zu hören und die Spuren ihrer Vergangenheit damit sichtbar zu machen.

Ihr Kongress schafft einen Raum für den generationsübergreifenden Austausch: zwischen den Frauen, die die Repressionen der SED-Diktatur am eigenen Leib erlebt haben, und den Jüngeren, die die Verantwortung tragen, dieses Erbe zu bewahren und daraus zu lernen. Nur durch diesen Dialog können wir die Vergangenheit wahren und eine Zukunft gestalten, die von Solidarität, Respekt und Gerechtigkeit geprägt ist.

Ich danke der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. und dem Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/SED-Diktatur e.V. für ihr unermüdliches Engagement, diese schwierigen, aber so wichtigen Geschichten ins Licht zu rücken.

Ich wünsche Ihnen allen einen inspirierenden, bewegenden und erfolgreichen Kongress, der dazu beiträgt, die Schicksale politisch verfolgter Frauen sichtbar zu machen und Wege für Verständnis und Heilung zu eröffnen.

Begrüßung

Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Reck,
sehr geehrter Herr Bernstein,
sehr geehrter Herr Reichel,
lieber Dieter Dombrowski, liebe Konstanze,
liebe Anna Kaminsky, lieber Johannes Beleites, liebe Nancy Aris,
liebe Mitglieder des Frauenforums,
liebe ehemals politisch verfolgte Frauen,
liebe Angehörige,
sehr geehrte Gäste,

als wir beim letzten Bundesfrauenkongress vor zwei Jahren in Halle trafen, war die Lage noch eine andere.

In meiner damaligen Rede berichtete ich Ihnen und Euch von den schwierigen Verhandlungen in Berlin. Von einem leergefegten Bundeshaushalt und einer Koalition, der es schwerfiel, noch zu gemeinsamen Entscheidungen zu finden.

Aber ich berichtete auch von unserem klaren Ziel, mit guten Argumenten und dem Werben um Empathie für die Opfer, die Bundespolitik von der Notwendigkeit grundlegender Verbesserungen für die Betroffenen zu überzeugen.

Damals, nach meiner Rede, nahm mich eine Frau zur Seite und fragte mich mit Blick auf all das was damals vor uns lag: **Evelyn, wird man an uns Frauen und wird man an unsere Kinder denken?** Heute, kann ich sagen: **Ja!**

Die Politik sieht die politisch Verfolgten. Sie würdigt ihre Lebensleistung und sie hat das Ziel, dort zu helfen, wo Hilfe nötig ist. Ich bin dankbar, dass es gemeinsam gelungen ist mit einer so umfassenden Gesetzesnovelle grundsätzliche und weitreichende Verbesserungen für die Betroffenen auf den Weg zu bringen.



Evelyn Zupke

Ich denke dabei an die Hoheneckerin, die mir berichtet hat, dass sie mit der deutlichen Erhöhung der Opferrente endlich mit ihren Enkeln eine kleine Reise machen kann.

Ich denke dabei, an die heute über 90-jährige Zwangsausgesiedelte, die als junge Frau aus ihrer Heimat vertrieben wurde. Erst jetzt, nach dem Gesetzesbeschluss hat sie zum ersten Mal ihr damaliges Dorf wieder besucht. Sie sagte: „Jetzt wissen es alle: Wir waren keine Verbrecher.“

Ich denke dabei, an die vielen Frauen, die in Hoheneck, in Hohenleuben, als Jugendliche in Torgau, im Roten Ochsen und anderswo inhaftiert waren. Und die heute an Gesundheitsschäden leiden. Gerade für sie haben wir nun endlich einen einfacheren Weg zur Unterstützung geschaffen.

Und ich denke dabei an den bundesweiten Härtefallfonds, mit dem wir nun erstmals ein Instrument zur Unterstützung haben, bei denen auch die Kinder von politisch Verfolgten **jetzt** Hilfe erhalten können und nicht erst nach dem Tod der Eltern.

Was für ein **gemeinsamer** Erfolg!

Und was für ein Signal zu 35 Jahre Deutsche Einheit. Der Platz unserer demokratischen Gesellschaft ist an der Seite der Opfer!

Aber wir haben gemeinsam noch viel zu tun! Sei es für Gruppen, wie die Doping-Opfer, die Anti-D-Geschädigten und die Frauen, die in venerologische Stationen eingewiesen wurden.

Ich denke aber auch an die Erinnerungskultur, an die Forschung und an die Aufarbeitung der Haftzwangsarbeit. Ich verspreche Euch und Ihnen. Gemeinsam bleiben wir dran!

Ich bin daher dankbar, dass ihr den Dialog der Generationen zum zentralen Thema des Bundesfrauenkongress gemacht habt. Ein Thema, das auch mir ganz besonders am Herzen liegt.

Es stimmt mich mehr als nachdenklich, wenn ich erlebe, dass – wie in der vorletzten Woche – die Vorsitzende der Linken im Bundestag Heidi Reichinnek in einem Interview sagt: **„Das in der DDR. Das war kein Sozialismus“**.

Dann merke ich, wie notwendig es ist, dass wir die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, die Auseinandersetzung mit den Schicksalen der Opfer, in unsere Gesellschaft tragen. Ich habe daher Heidi Reichinnek zu einem Besuch nach Hoheneck eingeladen. Ich möchte, dass sie sich im Angesicht des Leids der Frauen, die im Namen des Sozialismus entrechtet und erniedrigt wurden, bewusst macht, wofür der Sozialismus **eigentlich** steht.

Wir brauchen den Dialog der Generationen nicht nur in jeder Familie. Wir brauchen den Dialog der Generationen ebenso auch in unserer gesamten Gesellschaft.

Vielen Dank!

Begrüßung

Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung

Nachdem die Honoratioren jetzt schon so oft begrüßt worden sind, sehen Sie es mir bestimmt nach, wenn ich jetzt darauf verzichte und meinen Gruß vor allem an die politisch verfolgten Frauen aus der sowjetisch besetzten Zone und der DDR hier richte und stellvertretend dafür Konstanze Helber namentlich erwähne.

Seien Sie herzlich willkommen zu diesem Kongress, der mittlerweile zum dritten Mal stattfinden kann. Erinnerung braucht Orte, braucht Stimmen, braucht Schicksale. Ansonsten bleibt das, was sozialistische Diktatur, kommunistische Herrschaft bedeuten, abstrakt. Und 35 Jahre später kann man sich hinstellen und erklären, das wäre ja gar kein Sozialismus, noch kein Kommunismus gewesen, aber wenn das erstmal da ist, dann wird natürlich alles gut. Als wir den ersten Film zu Hoheneck finanziert haben, also wir als Bundesstiftung, es war im Jahr 2009, fanden wir keinen Fernsehsender, der diesen Film zeigen wollte. Unter dem Namen „Der dunkle Ort“, der vieles umfasst, was die dort drangsalierten, inhaftierten, gedemütigten Frauen erlebt haben. Unter diesem Titel wollte man den Film nicht annehmen. „Das sei doch so lange her und wen interessiert das denn noch?“ Letztlich schaffte es dieser Film tatsächlich am 9. November in die ARD und wurde dort zu einem der meistgesehenen Filme mit über einer Million Zuschauer. Das ist seither kaum noch für historische Dokumentationen erreicht worden. Aber mit diesem Film ist das Thema „Hoheneck“ einer breiten Bevölkerungsschicht, nicht nur in der ehemaligen DDR, sondern vor allem auch im Westen, zum ersten Mal so richtig bewusst geworden. Es dauerte weitere 15 Jahre, bis dann dort eine Gedenkstätte errichtet werden konnte. Aber inzwischen gibt es diese.

Wir haben also den Ort, der an die Verfolgung der Frauen erinnert. Dort sind viele Stimmen und Schicksale gesammelt und wir erinnern in diesem Jahr auch an 80 Jahre Kriegsende. Und wir erinnern nicht nur daran, dass es die Befreiung vom Nationalsozialismus bedeutete,



Dr. Anna Kaminsky

sondern wir erinnern auch daran, dass es für den Osten Deutschlands eine neue Diktatur bedeutete, diesmal unter kommunistischen Vorzeichen und es keineswegs, wie wir auch im Zusammenhang mit 80 Jahre Kriegsende immer wieder hören konnten, doch eigentlich ein guter Anfang war, der nur irgendwann mal wodurch auch immer entgleist wurde, sondern es war von Anfang an ein Unrechtsregime, das auf Gewalt, auf brutalem Terror und einer gewaltsamen Durchsetzung der Diktatur beruhte, und zwar vom ersten Tag an. Dafür stehen auch die Schicksale der vielen tausend Frauen, die in den sowjetischen Speziallagern gefangen waren, die nach Workuta in den Gulag deportiert worden sind aus nichtigsten Gründen oder die dann 1950 mit dem ersten Frauentransport nach Hoheneck kamen.

In diesem Jahr ist aber auch das 35. Jahr der Deutschen Einheit. Wir haben – aber die Umfrage wird erst am Montag richtig veröffentlicht – dazu eine Umfrage in Auftrag gegeben, um zu erfahren, wie ist denn eigentlich der Stand der Deutschen Einheit? Das werde ich jetzt nicht spoilern, aber was wir auch gefragt haben, ist natürlich, wie wichtig halten Sie die Auseinandersetzung und das Wissen über die Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR, die ja immerhin über 40 Jahre bestanden hat. Und eine übergroße Mehr-

heit – und unter den jungen Leuten sogar über 90 Prozent – sagen, das ist sehr, sehr wichtig.

Und ich finde, das ist etwas, was auch dieser Frauenkongress bedeutet. Ihre Stimmen, ihre Schicksale, die Orte, die man inzwischen besuchen kann, stehen dafür, dass diese junge Generation nicht alles glauben muss, was man ihr sagt, denn sie kennen ja auch den Spruch: „Alles, was ich nicht weiß, muss ich glauben.“ Und wenn dann die Linkspartei sich hinstellt und sagt: „Na ja, das war gar kein richtiger Sozialismus“ oder wenn es heißt: „Aber die Anfänge, die waren doch eigentlich gut und erst später wurde es dann richtig schlecht“. Dann stehen ihre Stimmen, ihre Schicksale, ihre Biografien für das, was es tatsächlich war.

Charlotte Köhler, die als Angehörige eines angeblichen Feindes verhaftet und in Moskau erschossen wurde, Edeltraut Eckert, die, weil sie die Flugblattaktion ihres Bruders unterstützt hat, in Hoheneck bzw. dann im Haftkrankenhaus ums Leben kam oder Heidelore Rutz, die wie so viele tausend andere wegen ihrer Wünsche nicht in der DDR leben zu müssen, in Haft kam und noch jahrelang um ihre Kinder kämpfen musste. Vor diesem Hintergrund – die Jugendwerkhöfe natürlich auch nicht zu vergessen – aber vor diesem Hintergrund zeigt sich doch, es gibt hunderttausende von Opfern, es gibt hunderttausende Inhaftierte in der DDR aus politischen Gründen und ca. 35 Prozent davon waren Frauen. Das sind, wenn man so hochrechnet, nach den aktuellen Schätzungen, ungefähr 75.000 Frauen. Frauen mit ihren Schicksalen, mit ihren Brüchen, mit der Geschichte vor der Haft und der Geschichte nach der Haft. Und all das gehört zusammen, denn politische Repression ist eben nicht nur die Haftverurteilung in Hoheneck, in Dessau oder wo auch immer.

In diesem Sinne wünsche ich diesem Kongress, dass es ein Wiederhall an Stimmen finden wird und vor allem, dass diese Stimmen auch Eingang in die Vermittlung, in die schulische Vermittlung, in die Wissensvermittlung findet, damit auch für die jüngeren Generationen deutlich wird, was ist der Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie.

Vielen Dank.

Begrüßung

Johannes Beleites, Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Meine Damen und Herren,
liebe Frauen auf dem Frauenkongress!

Hat eigentlich schon jemand zusammengerechnet, wie viele Tage, Wochen, Monate oder gar Jahre Haft, Gefängnis, Jugendwerkhof, Kinderheim hier miteinander versammelt sind? Und natürlich erinnern Sie sich daran, erinnern sich an Situationen, wo Sie Angst hatten, nie wieder rauszukommen, nie wieder zu lachen, nie wieder unbeschwert in die Sonne zu schauen. Und natürlich haben wir alle unsere Momente, wo uns diese Zeit wieder einholt: Ein Bild, ein Blick, ein Geräusch, ein Wort, ein Geruch, ein Gedicht, ein Gebet, ein Lied – und alles ist wieder da. Kurz nur, hoffentlich.



Johannes Beleites

Und dann hilft es, Menschen zu treffen, denen man nicht so viel erklären muss, die das kennen, die verstehen, wenn man so ein bisschen anders tickt, manchmal. Insofern freue ich mich, Sie hier alle zu sehen und ich denke, Sie freuen sich auch darüber.

Als Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist es mir eine besondere Freude, Sie hier in Sachsen-Anhalt begrüßen zu dürfen. Hier im Raum sind nicht nur so viele Jahre Ohnmacht und Leiden versammelt, sondern auch viele Jahre Mut, Widerstand, Kampf, Lebenserfahrung und Zuversicht. Wir alle haben unseren Weg in die Freiheit gefunden, ein Weg, der Sie heute auch zum dritten Frauenkongress hier nach Dessau geführt hat.

Für alle von uns liegt die Zeit der Diktatur nun mehr als dreieinhalb Jahrzehnte hinter uns. Wir konnten diese Zeit der Unfreiheit nicht allein überstehen, wir hatten Familie, Freunde, gute Weggefährten. Und wenn wir wollen, dass diese Zeit nicht vergessen wird, müssen wir davon erzählen: Unseren Kindern, Enkeln, den nächsten Generationen, auch Wildfremden. Durch sie haben wir ja Kraft bekommen, wir haben uns auf und über sie gefreut. Aber sie haben natürlich durch uns auch eine Last zu tragen, sie haben uns ja manche Bürde abgenommen.

Wenn wir also im nahen sozialen Umfeld miteinander reden, sollte uns das auch bewusst sein, dass nicht nur wir unser Leid und unsere Erfahrungen mit der Diktatur haben, sondern dass auch unsere Kinder, Partner, Enkel an etwas leiden, das sie gar nicht zu verantworten haben, dass sie mitunter gar nicht richtig kennen. Wir müssen also in gegenseitiger Achtung voneinander erzählen und uns auch generationsübergreifend Fragen stellen, offen füreinander und neugierig aufeinander sein.

Ich bin jedenfalls heute hier für Sie da, morgen wird meine Stellvertreterin Yvonne Kalinna hier sein, gemeinsam mit unserer Mitarbeiterin Kristin Meier, die unseren Härtefallfonds und unsere Fördermittel verwaltet und so auch intensive und vielfältige Kontakte zu

Betroffenen und Verbänden hat. Sie können sich also jederzeit an uns wenden, wenn Sie Anliegen und Fragen haben oder wir etwas für Sie tun können. Ich wünsche Ihnen und uns einen interessanten Kongress, viele gute Begegnungen und bei all den leidvollen Themen auch eine gehörige Portion Frohsinn und Freude über das, was wir bisher gemeinsam geschafft haben.

Vielen Dank und alles Gute!

Begrüßung / Videobotschaft

Dr. Wolfram Weimer, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien der Bundesrepublik Deutschland

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses,

Wissen um Geschehnisse und Sichtbarkeit der Betroffenen und Opfer sind in der Aufarbeitung unserer Vergangenheit notwendig. Sie schaffen ein Bewusstsein dafür, was Repression in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR konkret bedeutete und was so viele von Ihnen selbst durchlebt und durchlitten haben.

Repression und Unrecht haben sich aber oft nicht nur auf Ihr eigenes Leben ausgewirkt, sondern meist unbewusst auch auf das Ihrer Kinder und Enkelkinder. Die Weitergabe leidgeprägter Erfahrung von Generation zu Generation ist für die Betroffenen und ihre Angehörigen daher eine starke Belastung, gerade weil das Erlittene so häufig beschwiegen wird.



Dr. Wolfram Weimer (Quelle: BKM Kay Herschelmann)

Umso bewundernswerter ist es, dass Sie alle bei diesem dritten Frauenkongress miteinander und mit Ihren Angehörigen über das reden möchten, was Sie erlebt und erlitten haben, darüber, wie sich Ihre Repressionserfahrung auf Ihre Familien ausgewirkt hat. Es geht darum zu verstehen, was geschehen ist, damit Heilung gelingen und die Weitergabe des Traumas unterbrochen werden kann.

Ich danke der UOKG, dass sie zum dritten Mal den Kongress politisch verfolgter Frauen ausrichtet und dabei den Fokus auf die langfristigen Folgen der Repression des SED-Regimes gegen Frauen richtet. Sie mussten Haft, Entwürdigung und Misshandlung ertragen. Manchmal die gewaltsame Trennung von den eigenen Kindern oder gar deren endgültigen Entzug.

Die auf Ihrer letzten Tagung entstandene Abschlussresolution zeigt, welche Themen Sie bewegen: Es geht Ihnen um die Anerkennung der Kinder politisch Verfolgter und inhaftierter Betroffener, als Opfer des SED-Regimes. Darum, auch im Westen Deutschlands Öffentlichkeit herzustellen und Beratungsangebote für Frauen zu schaffen. Und nicht zuletzt geht es Ihnen darum, das Wissen um das vielfältige Unrecht und die Gewalt im Namen des Kommunismus auch in Schulen und Hochschulen zu vermitteln.

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist bedrückend aktuell. Die ermordeten Frauen von Butscha und die von Russland geraubten Kinder aus der Ukraine; die Frauen, Jugendlichen und Kinder, die am 7. Oktober '23 von Hamas-Terroristen im Kibbuz und auf dem Supernova-Festival getötet, vergewaltigt und verschleppt worden. Das dadurch verursachte Leid von Frauen und Kindern im Gazastreifen, auch an sie möchte ich hier denken. Diese Gewalt mahnt uns, wachsam und wehrhaft zu sein und an der Seite unserer Freunde und Partner in Europa und Amerika unsere Werte zu verteidigen, damit nicht immer neues Leid entsteht.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen „Dialog der Generationen“ und hoffe, dass Sie gestärkt und ermutigt aus dieser Veranstaltung gehen.

Eröffnungspodium

„Politisch-historische Bildung zur SBZ/DDR-Diktatur“

**Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte
beim Deutschen Bundestag**

**Jörg Bernstein, MdL Sachsen-Anhalt,
Mitglied im Bildungsausschuss**

**Maik Reichel, Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung Sachsen-Anhalt**

**Dr. Susan Frisch, Leiterin der Gedenkstätte
Deutsche Teilung Marienborn**

**Konstanze Helber, Forum für politisch verfolgte
und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur**

Moderation: Isabel Fannrich

Isabel Fannrich

Wir beginnen mit unserem Podium zur politisch historischen Bildung zur SBZ/DDR-Diktatur. Das Podium wird aufgezeichnet, die sich anschließende offene Fragerunde wird nicht aufgezeichnet. Dort können Sie sich also trauen, sich zu melden und Ihre Fragen zu stellen.

Was ist nun die Verbindung zu Ihnen als politisch inhaftierten und politisch verfolgten Frauen? Wenn wir über politisch-historische Bildung sprechen, ist es ja ganz wichtig, dass das nicht etwas Abgehobenes ist.

Auf den beiden letzten UOKG-Frauenkongressen wurden jeweils Resolutionen mit politischen Forderungen verabschiedet. Ich möchte kurz darauf hinweisen, dass einige davon bereits umgesetzt werden konnten. Darüber haben Sie vorhin schon berichtet, Frau Zupke.



Jörg Bernstein, Konstanze Helber, Evelyn Zupke, Isabel Fannrich, Dr. Susan Frisch, Maik Reichel

Die Opferpension, die jetzt Ehrenpension heißt, ist erhöht und dynamisiert worden. Die Gedenkstätte Hoheneck ist aufgebaut worden und andere Forderungen aus diesen Resolutionen sind derzeit in Arbeit.

Das ist der bundesweite Härtefallfonds, und das ist auch die erleichterte Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden. Das ist jetzt zwar nicht unser Thema heute Abend – obwohl das sicher vielen auf den Nägeln brennt –, aber darüber kann morgen sicherlich noch gesprochen werden.

Es gibt auch dieses Mal wieder eine Resolution. Sie wird nachher vorne ausliegen oder liegt vielleicht schon aus. Diese können sich alle mitnehmen und auch gerne unterschreiben.

Was ist jetzt der Link zum Thema hier heute Abend – politisch-historische Bildung? Zwei Forderungen, das verrate ich schon einmal, werden in dieser Resolution stehen. Die eine Forderung gab es bereits vor zwei Jahren, nämlich dass es bundeseinheitliche Lehrpläne

zum Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur geben soll. Und die andere ist eine neue Forderung aus diesem Jahr: Es soll endlich einen Lehrstuhl an einer Universität in Ostdeutschland geben, an dem die Geschichte der SBZ und der DDR erforscht und gelehrt wird.

Zu diesem Punkt gibt es ein paar Neuigkeiten; dazu kommen wir noch. Da ist bereits ein bisschen Bewegung drin.

Auf dem Podium wollen wir darüber sprechen: Welchen Stellenwert hat das Thema DDR in der Schule, in der außerschulischen Bildung und in der universitären Bildung? Und warum ist das für Sie als Betroffene von DDR-Unrecht wichtig, dass über die DDR nicht nur informiert wird, sondern dass ihre Geschichte kritisch aufgearbeitet wird?

Und wie soll das am besten geschehen? Das ist das, worum es jetzt hier auf dem Podium gehen soll.

Ich begrüße unsere Podiumsteilnehmenden ganz herzlich und freue mich, dass Sie da sind:

Evelyn Zupke – sie war vorhin ja schon zu hören. Da muss ich gar nicht so viel sagen, denn Sie kennt eigentlich jeder. Sie sind Opferbeauftragte, die erste des Deutschen Bundestags. Sie waren früher DDR-Bürgerrechtlerin, Mitglied im Friedenskreis Weißensee und beteiligt an der Aufdeckung des Wahlbetrugs bei der Kommunalwahl im Mai 1989.

Was vielleicht weniger Menschen wissen: Sie haben auch viele Jahre als Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin gearbeitet, unter anderem mit Menschen mit psychischen Erkrankungen. Außerdem haben Sie eine Ausbildung bzw. Zusatzqualifikation als Fachberaterin für Psychotraumatologie.

Herzlich willkommen.

Konstanze Helber kennt hier in dem Kreis eigentlich auch jeder. Ich möchte Sie trotzdem gerne vorstellen.

Sie durften in der DDR kein Abitur machen, haben deshalb eine Ausbildung zur Kinderkrankenschwester absolviert und viele Jahre in diesem Beruf gearbeitet. Beim Fluchtversuch 1977 wurden Sie festgenommen und zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Zwei Jahre davon mussten Sie in Hoheneck verbringen, bevor Sie freigekauft wurden.

Sie sind anschließend in die Bundesrepublik ausgereist, haben dort weitere zwanzig Jahre als Kinderkrankenschwester gearbeitet und anschließend in einem Wohnheim mit Menschen mit Behinderung.

Dann haben Sie sich sehr stark im Frauenkreis ehemaliger Hoheneckerinnen engagiert. Ferner haben Sie den Süddeutschen Freundeskreis Hoheneckerinnen gegründet. Außerdem haben Sie maßgeblich mit vorangetrieben, dass Hoheneck zur Gedenkstätte wurde.

Sie arbeiten heute als Zeitzeugin an Schulen – worum es hier gleich auch gehen wird. Darüber hinaus sind Sie Vorsitzende des Frauenforums und haben vor ein paar Jahren den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland erhalten.

Willkommen, auch Sie.

Links neben mir ist Dr. Susan Frisch.

Sie sind im Thüringer Sperrgebiet aufgewachsen – wenn ich das so sagen darf. Sie haben mir erzählt, dass Sie schon früh Fluchtgeschichten gehört haben und von einer engagierten Geschichtslehrerin zu einem Projekt über das Unrecht in der SBZ/DDR angeregt wurden.

(Und ich sage jetzt einfach mal konsequent „du“.)

Du bist Kulturwissenschaftlerin, hast in der Gedenkstätte Hohenschönhausen ein wissenschaftliches Volontariat absolviert und anschließend eine Dissertation geschrieben – zur Erinnerung der Leipziger Bürgerinnen und Bürger an den Herbst 1989.

Seit 2015 leitest du die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Das war der größte Grenzübergang an der innerdeutschen Grenze, an der Autobahn A2.

2020 hast du die Ausstellung in der Gedenkstätte aktualisiert, also an die Bedürfnisse jüngerer Besucherinnen und Besucher angepasst. Das ist, wie ich finde, auch wichtig: Wie bekommt man die jungen Leute? Wie interessiert man sie für die Geschichte?

Willkommen.

Jörg Bernstein. Ich freue mich, dass Sie da sind. Sie waren bis vor kurzer Zeit Berufsschullehrer – viele Jahre, wenn ich es richtig verstanden habe, nämlich von 1992 bis 2021. Allerdings nicht im Fach Geschichte, sondern im kaufmännischen Fachunterricht.

Sie wollten uns aber gerne von den Erfahrungen junger Kolleginnen und Kollegen mit dem Fach Geschichte berichten.

Seit 2019 sind Sie Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Dessau-Roßlau und seit 2020 dort auch Mitglied im Stadtrat. Ebenso sind Sie seit 2021 Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt und Mitglied im Bildungsausschuss.

Da schließt sich wieder der Kreis zu unserem Thema. Herzlich willkommen.

Maik Reichel. Sie sind seit 2013 Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

Sie können uns sicher Interessantes erzählen, wie Sie versuchen, die schulischen Lehrpläne zu ergänzen – also dort Lücken zu schließen, wo es welche gibt.

Sie haben Geschichte und Kunstgeschichte in Halle studiert und in Chemnitz promoviert bzw. die Promotion abgebrochen – ich hoffe, ich darf das so sagen –, weil Sie neuer Leiter des Museums im Schloss Lützen und der Gustav-Adolf-Gedenkstätte Lützen werden wollten.

Sie waren zehn Jahre lang Bürgermeister der Stadt Lützen und für die SPD von 2005 bis 2009 im Bundestag. Aktuell sind Sie im Stadtrat in Weißenfels und dort Fraktionsvorsitzender der SPD/Die Linke.

Herzlich willkommen.

Jetzt würde ich gerne erst einmal reihum fragen und fange gerne mit Frau Zupke an.

Als SED-Opferbeauftragte kennt sich wohl niemand so gut damit aus, was die unterschiedlichen verfolgten Gruppen in der DDR erlebt haben und wie es ihnen heute damit geht. Sie reisen ja kreuz und quer durchs Land und berichten immer wieder über diese Themen – in ganz unterschiedlichen Situationen und vor verschiedenen Menschen –, um sich für die Belange einzusetzen.

Bei welchen Themen und bei welchen Gelegenheiten kommen Sie denn vor allem mit jüngeren Menschen in Kontakt und können ihnen von diesem Unrecht berichten? Und wie reagieren sie dann?

Evelyn Zupke

Die Gelegenheit, mit Menschen zu sprechen, gibt es viele – und das ist ganz verschieden. Da sind junge Leute an Schulen. Auch im Bundestag bekomme ich öfter Besuch von Gruppen. Mit Lehrern spreche ich, wenn die sich in der Fortbildung oder Ähnlichem befinden, mit Behördenmitarbeitern, mit – ich sage mal – ganz normalen Menschen, wenn wir zum Beispiel Tag der offenen Tür im Bundestag haben oder beim Tag der Deutschen Einheit. Da kommen wir sehr viel ins Gespräch, um nur einige Beispiele zu nennen.

Dann haben wir auch sehr viele Bürgerkontakte, bei denen sich Menschen – nicht nur Betroffene – an uns wenden und sich zu bestimmten Themen austauschen wollen.

Natürlich habe ich unter dem Thema „Aufarbeitung“ und „Bildung“ immer diese ganz besondere Perspektive als SED-Opferbeauftragte. Mir ist dabei besonders wichtig, dass wir über die Diktatur aufklären müssen und dieses Wissen um die zweite deutsche Diktatur in die nächsten Generationen tragen. Dazu gehört auch, über die Folgen der Diktatur zu sprechen. Denn sonst bleibt es eine abstrakte Diskussion, und ich finde, nur an den Schicksalen der Menschen, die unter dieser Repression gelitten haben – in Haft, im Jugendwerkhof,

unter Zersetzungsmaßnahmen oder dergleichen –, nur an diesen Schicksalen wird greifbar, was geschehen ist. Und diese Folgen wirken bis heute – bis in die nächste Generation hinein.

Das muss man den Menschen erklären, gerade wenn sie zum Beispiel manchmal die Augen verdrehen und sagen: „Oh, jetzt wieder das Thema. Nun ist aber langsam mal gut – jetzt sind es 35 Jahre...“ Oder als ich angefangen habe, hörte ich oft: „Mehr als 30 Jahre ist das her!“ Da war ich häufig mit solchen Fragen konfrontiert. Und da merkt man dieses Unwissen. Das ist einerseits sehr bedauerlich, aber es ist eben auch gefährlich.

Es ist gefährlich, weil – wenn das Wissen um die zweite Diktatur verloren geht – sich alles wiederholen kann. Und wir sehen ja, dass die Ideen des Sozialismus im Moment wieder Konjunktur haben. Dagegen muss man durch Bildung und durch Gespräche, immer wieder durch Gespräche, etwas tun. Und dafür eignen sich Beispiele. Wenn ich ein Schicksal erzähle, dann merke ich: Die Menschen hören zu.

Das Gleiche habe ich auch im parlamentarischen Raum erlebt. Dass dieses großartige Gesetzespaket zustande gekommen ist, hat auch damit zu tun, dass man den Menschen – und Politiker sind ja auch nur Menschen – erklärt: Was hat es damit auf sich? Warum geht es den Betroffenen so? Warum brauchen sie Unterstützung?

Das ist der große Bogen, und das ist für mich eine besondere Perspektive auf das Thema Bildung und Aufarbeitung.

Zur Bildung selbst kann ich sagen: Ich war, unabhängig davon, dass ich jetzt Bundesbeauftragte bin, Jahrzehnte an Schulen als Zeitzeugin ehrenamtlich unterwegs. Und da trifft man auf alles – das ist sehr heterogen. Man trifft auf erschütternd viel Unwissen; man trifft aber auch auf Menschen, die sich intensiv damit beschäftigen. Man trifft auf sehr engagierte Lehrer – und auf Lehrer, denen es völlig egal ist. Zwar steht das Thema im Lehrplan, aber es wird oft nicht ausgeschöpft. Da gibt es noch Luft nach oben, und da gibt es leider auch strukturelle Defizite.

Was ich aber wirklich sagen kann: Auf was ich am häufigsten treffe, ist Interesse. Dieses Interesse muss allerdings oft erst geweckt werden. Es ist nicht automatisch da. Es muss geweckt werden, und dann braucht es Angebote und Strukturen, die das Absichern.

Also, das vielleicht erstmal dazu.

Isabel Fannrich

Danke.

Frau Helber, Sie werden ja eingeladen als Zeitzeugin, um über politische Haft zu berichten. Sie sind an Schulen in Baden-Württemberg und teilweise auch in Bayern. Was wollen die da von Ihnen?

Konstanze Helber

Ja, ich mache das ja nun schon lange – als Zeitzeugin in Schulen zu gehen, fast über 10 Jahre. Es gibt großes Interesse. Die Schulen wissen, dass es eine sogenannte Zeitzeugenbörse gibt, und dadurch, dass ich in Baden-Württemberg eben gelistet bin, werde ich auch angefragt.

Und ich bin immer wieder erstaunt, wie wissbegierig die Schüler – und auch die Lehrer – sind. Ich bin dann aber auch verwundert, wenn ich Dinge erzähle, also wenn ich von meiner Zeit erzähle. Meine eigene Geschichte steht immer im Vordergrund. Aber wenn ich dann ein bisschen geschichtlich aushole, über die SBZ erzählen will – kann, darf –, dann kommen große Augen, sowohl seitens der Schüler als auch der jüngeren Lehrer.

Ich kann es aber verstehen: Wenn im Lehrplan einfach „deutsche Geschichte“ steht, dann ist es den Lehrern überlassen, wie viel Zeit sie für die Geschichte des geteilten Deutschlands einplanen können. Und die DDR-Geschichte – und erst recht die SBZ – spielt zum Teil überhaupt keine Rolle. Da bin ich dann doch immer ein bisschen am Aufklären und erzähle davon.

Ich erzähle auch von meiner eigenen Geschichte und davon, dass ich mit Frauen zusammen war, die ebenfalls in Hoheneck inhaftiert waren – genau wie ich –, aber schon zu Zeiten der SBZ. Das ist dann immer sehr, sehr spannend, und es kommen viele Fragen.

Was das Material betrifft: Ja, da fehlt es ein bisschen an Informationsmaterial. Aber das weiß ich nicht genau – vielleicht ist das von schulischer Seite einfach nicht so gut strukturiert.

Isabel Fannrich

An welche Schulen werden Sie denn eingeladen?

Konstanze Helber

Ja, die Schultypen sind vorwiegend Realschulen, Gymnasien und auch Gemeinschaftsschulen. Es gibt auch Inklusionsschulen – das muss man sich so vorstellen: hörgeschädigte oder sehgeschädigte Kinder, die aber alle irgendwie auf Gymnasialstufe sind. Und das finde ich unheimlich gut, dass die Lehrer sich dort so engagieren. Das ist bewundernswert, das ist gerade in Bayern bewundernswert.

Die Klassen sind relativ groß und sie machen das zum Teil in Form von Workshops. Da beschäftigen sie sich drei Tage lang mit DDR-Geschichte. Und da kann man natürlich sehr viel Wissen vermitteln. Ich werde dann immer als Zeitzeugin eingeladen und kann quasi das bestätigen, was die Schülerinnen und Schüler in diesen drei Tagen gelernt haben.

Für mich ist es immer wieder neu, was gefragt wird und wie gefragt wird. Es entwickeln sich Gespräche, die sehr viel mit meiner eigenen Geschichte zu tun haben und die ich dann auch erzählen kann.

Meistens nehme ich noch eine kleine Dokumentation mit – filmisch, digital, manchmal auch in Form von Comics –, um bestimmte Dinge noch einmal anschaulich zu machen. Also: Was habe ich da erzählt? Und dann sehen die Schülerinnen und Schüler das in dieser kurzen

Dokumentation, und dadurch können sie sich das besser vorstellen. Und dann geht die Fragerunde los.

Die hört eigentlich nie auf. Meistens muss sie von den Lehrern beendet werden, weil die Schulstunde vorbei ist und die nächste beginnt. Aber die Workshops sind natürlich eine ganz großartige Sache. Da können sich die Schülerinnen und Schüler wirklich intensiv mit der Thematik beschäftigen – und die Lehrer haben auch Zeit, sich damit auseinanderzusetzen.

Und da geht es wirklich zur Sache – aber die SBZ kommt nach wie vor zu kurz, sage ich immer wieder.

Isabel Fannrich

Machst du, Susan, auch die Erfahrung, dass es sehr davon abhängt, wie engagiert das Lehrpersonal ist?

Welche Schulklassen kommen denn überhaupt in eine Gedenkstätte, die ja praktisch an der ehemaligen deutschen Grenze liegt – also mittendrin?

Wie viele Schulklassen sind das ungefähr pro Jahr?

Und verteilt sich das Interesse gleichmäßig auf Ost und West?

Dr. Susan Frisch

Also, wir machen auf jeden Fall auch die Erfahrung, dass es immer von der Lehrerin oder vom Lehrer abhängt – einmal, die Schüler überhaupt auf den Gedenkstättenbesuch vorzubereiten, aber auch, sie im Nachgang zu begleiten. Denn es ist ganz wichtig, so einen Besuch zu reflektieren und noch einmal offene Fragen zu klären. Dafür ist aber nicht immer Zeit oder es ist schlicht nicht eingeplant.

Grundsätzlich ist es unsere Beobachtung, dass – wenn Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Schülerinnen und Schülern bei uns waren – das Interesse da ist oder durch den Ort geweckt wird. Viele Schulklas-

sen kommen auch wieder oder Lehrer sagen: „Dieses Format hat uns gut gefallen.“ Und das sind dann oft die Formate, bei denen es mehr Zeit gibt. Das ist genau das, was Sie vorhin meinten mit den Workshops.

Man kann einen Rundgang machen, den historischen Ort kennenlernen und ungefähr verstehen: Okay, es gab einmal zwei deutsche Staaten und hier gab es diesen Grenzübergang. Und dann haben Menschen versucht, von A nach B zu kommen – mit entsprechenden Konsequenzen.

Aber man kommt bei einem kurzen Rundgang nicht dazu, diese persönlichen Schicksale zu erzählen.

Deswegen versuchen wir immer, Rundgänge mit einem anschließenden Projekt zu verbinden. Aber je nachdem, welches Zeitbudget die Schulen eingeplant haben, funktioniert das mal und mal nicht.

Wir haben allerdings sehr gute Erfahrungen mit mehrtägigen Formaten gemacht. Wir haben jetzt gerade dieses Jahr – gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Bildungsministerium – einen zweitägigen Projekttag angeboten, bei dem Schülerinnen und Schüler nach Hötensleben zum Grenzdenkmal gefahren sind. Dort haben sie sich zuerst angeschaut, wie die innerdeutsche Grenze im ländlichen Raum aussah und wie das Grenzregime funktionierte. Danach sind sie in die Gedenkstätte gekommen und haben diesen speziellen Ort des Grenzübergangs kennengelernt, der ja für DDR-Bürger nicht zugänglich war und eigentlich eher ein westdeutscher Erinnerungsort ist. Und dann konnten sie sich vertiefend mit Schicksalen beschäftigen, die mit der deutschen Teilungsgeschichte zu tun haben.

Genau. Und um die Frage nach den Zahlen zu beantworten:

Wir hatten 2024 bei den angemeldeten Formaten – also Rundgängen und Projekttagen – ungefähr 8.000 Schülerinnen und Schüler zu Besuch. Das waren etwas mehr als 300 Klassen.

Wie gesagt, das sind die angemeldeten Zahlen. Daneben gibt es aber immer wieder Schulgruppen, die wir nur grob schätzen können: zum Beispiel Schüler aus Nordrhein-Westfalen, die auf Klassenfahrt nach Berlin sind. Die Busfahrer müssen gesetzlich vorgeschriebene Pausen machen. Viele Busunternehmen haben deshalb die Raststätte Marienborn „auserkoren“, weil sie wissen: Da gibt es das Gelände der Gedenkstätte; dort können die Schülerinnen und Schüler eine Dreiviertelstunde herumlaufen und beschäftigt sein, und der Busfahrer kann seine Pause machen.

Das sind dann die Zahlen, die wir nur „Pi mal Daumen“ erfassen können – wie viele dort tatsächlich halten.

Isabel Fannrich

Und wie ist das Interesse aus Ost und West? Ist es ungefähr gleich?

Dr. Susan Frisch

Also zumindest von den registrierten Zahlen her hält es sich im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der jeweiligen Bundesländer – Niedersachsen und Sachsen-Anhalt – ungefähr die Waage. Das liegt wahrscheinlich auch daran, dass Gedenkstättenfahrten in Sachsen-Anhalt gefördert werden. Die Busfahrkosten werden von der Landeszentrale übernommen. Das ermutigt viele Schulen oder befähigt sie überhaupt erst dazu, zu uns in die Gedenkstätte zu kommen.

Im urbanen Kontext – wie bei der Gedenkstätte Roter Ochse in Halle oder der Gedenkstätte Moritzplatz in Magdeburg – ist das natürlich etwas ganz anderes, weil man sie mit der Straßenbahn oder sogar zu Fuß erreichen kann. Bei uns muss man tatsächlich mit dem Bus anreisen. Man kann nicht einfach in Marienborn am Bahnhof aussteigen und zu Fuß gehen – das wären dreieinhalb Kilometer. Es gab mal einzelne Schulklassen, die das mit einer Fahrradtour verbunden haben, aber das ist eher die Ausnahme.

Also ja: Aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ist das Verhältnis ungefähr 50:50.

Aber rein nach absoluten Zahlen der Bevölkerung in den Bundesländern haben wir natürlich insgesamt sehr viel mehr Besucher aus Westdeutschland als aus dem Osten.

Isabel Fannrich

Du hast ja 2020 die Dauerausstellung neu gestaltet, um sie stärker an den Interessen der jüngeren Besucher auszurichten. Wie genau habt ihr das gemacht?

Dr. Susan Frisch

Indem sehr viel mehr biografisch gearbeitet wird. In jedem Kapitel sind deutlich mehr Hörstationen aufgebaut worden, in denen Schicksale aus dem Sperrgebiet erzählt werden, in denen Fluchten geschildert werden.

Wir haben einen multiperspektivischen Ansatz – und das ist auch der Anspruch unserer Bildungsarbeit. Deshalb wird auch die Perspektive der Beschäftigten an der Grenzübergangsstelle dargestellt. Also: Was hat Menschen dazu bewogen, als Passkontrolleur oder als Zöllner zu arbeiten? Dazu gibt es Interviews, die angehört werden können. Welche Vergünstigungen gab es? Wie sah deren Alltag aus?

Aber natürlich – weil wir eine Gedenkstätte sind – liegt der klare Fokus auf den Geschichten der Betroffenen: auf den Geschichten der Opfer, der Fluchthelfer und der Flüchtenden.

Isabel Fannrich

Und Zeitzeugenarbeit ist dann aber nicht so vorgesehen?

Dr. Susan Frisch

Doch, wir machen auch Zeitzeugenarbeit. Aber weil du jetzt nach

der Ausstellung gefragt hast: Für die Ausstellung sind diese biographischen Ansätze wichtig – kurze Texte, viele Bilder. Da muss man sich einfach an die heutigen Sehgewohnheiten anpassen.

In unserer Bildungsarbeit, also bei den Projekttagen, arbeiten wir zum Beispiel viel mit Motion Comics und kurzen Filmen, in denen Schicksale dargestellt werden. Aber wir laden auch Zeitzeugen ein. Meistens versuchen wir, Zeitzeugen aus der Region einzuladen, weil sich der organisatorische Aufwand dadurch deutlich geringer hält.

Isabel Fannrich

Vielen Dank. Das ist anschaulich.

Herr Bernstein, Bildung ist Ländersache, und Sie sitzen als Landtagsabgeordneter – wie ich schon sagte – im Bildungsausschuss eines ostdeutschen Bundeslandes.

Ich habe in den Rahmenlehrplan Geschichte Sachsen-Anhalt hineingeschaut und ich erinnere mich, dass in der zehnten Klasse die deutsche Teilungsgeschichte und die Wiedervereinigung beziehungsweise Vereinigung, je nachdem wie man es nennen will, unterrichtet werden.

In den Klassen 11 und 12 – es geht jetzt natürlich um Gymnasien – wird dann im zweiten Halbjahr der 12. Klasse, was ja im Grunde schon direkt ins Abitur übergeht und wo also wenig Zeit bleibt, mehr das System behandelt: Ideologie und System. Das klingt sehr abstrakt. Da geht es zum Beispiel darum, welche Kooperationen es innerhalb der Blöcke gab und welche Konfrontationen in der Zeit des Kalten Krieges auftraten.

Wo bleibt da jetzt das Konkrete – das Heranführen der jungen Menschen daran, was die DDR eigentlich bedeutet hat? Und natürlich auch, was die Bundesrepublik bedeutet hat.

Festzustellen ist jedenfalls: Es gibt sehr wenig Zeit dafür.

Können Sie kurz schildern, was Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt laut Lehrplan eigentlich lernen? Vielleicht aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen, die an den Schulen unterrichten?

Jörg Bernstein

Genau. Also, wie gesagt, heute – in Vorbereitung auf die heutige Veranstaltung – habe ich mir das noch einmal genauer angeschaut. Ich habe im Vorgespräch schon gesagt: Das ist nicht meine eigentliche Profession, mich als Lehrer mit Geschichte zu beschäftigen. Von daher war es für mich auch erst einmal der erste Schritt, mir die Lehrpläne anzuschauen.

Und da habe ich genau das festgestellt, was Sie eben auch geschildert haben. Zum einen: inhaltlich nicht sehr ausdifferenziert – aber das ist nun einmal ganz allgemein so bei Lehrplänen. Dazu kommt das, was die Vorrednerinnen und Vorredner schon angesprochen haben: Es kommt sehr auf das persönliche Engagement des Lehrers oder der Lehrerin an, wie er oder sie sich an dieses Thema heranarbeitet.

Zum anderen habe ich neben dem reinen Lehrplan auch geschaut, was die Landeszentrale für politische Bildung als Unterstützung anbietet. Und da gibt es tatsächlich eine ganze Menge unterschiedlicher Materialien und Veröffentlichungen.

Mir war außerdem wichtig, einmal die jüngeren Kolleginnen und Kollegen bei uns in der Fraktion zu befragen – also unsere Mitarbeiter, die den DDR-Unterricht noch selbst im Geschichtsunterricht erlebt haben. Und da war der Kommentar eigentlich unisono:

Es ging relativ zügig durch, es ging nicht in die Tiefe.

Einer sagte mir zum Beispiel – ein Magdeburger Schüler –, dass er tatsächlich mit seiner Gymnasialklasse einmal in Marienborn war. Aber gestern, ganz zufälligerweise, ergab sich noch einmal ein Gespräch: Wir hatten eine auswärtige Ausschusssitzung in Wittenberg,

und dort habe ich mit einer Geschichtslehrerin gesprochen und sie auf dieses Thema angesprochen. Sie hat mir das bestätigt, was Sie gerade beschrieben haben, die zeitliche Einordnung.

In der zehnten Klasse – kurz vor den Prüfungen: Der Stoff ist im Prinzip durch, die Noten sind gemacht. Das kennt man ja, wenn man selbst zur Schule gegangen ist. Und dann ist letztendlich auch „die Luft raus“. Was aber wiederum – wenn man das nicht unter dem Gesichtspunkt „Ich muss jetzt unbedingt Noten machen, ich muss Stoff schaffen“ betrachtet – eigentlich sehr viel Freiraum bieten würde, um intensiv auf einzelne Punkte einzugehen. Zum Beispiel Zeitzeugen einzuladen und unabhängig von der formalen Unterrichtsverankerung diese Themen einmal gründlicher zu besprechen.

Gleiches gilt im Gymnasium in der – ich glaube – vierten Kursstufe, wenn ich mich recht erinnere, oder der dritten Kursstufe. Also ebenfalls kurz vor dem Abitur. Auch hier aus meiner Sicht nicht die ideale Einordnung für ein so wichtiges Thema.

Ich würde mir da politisch tatsächlich etwas anderes wünschen. Gerade, wenn man die derzeitigen Entwicklungen sieht, habe ich den Eindruck, dass bei vielen jüngeren Menschen eine gewisse Verklärung der DDR-Zeit stattfindet. Und das macht mir schon große Sorgen.

Isabel Fannrich

Sie sind ja im Bildungsausschuss. Wie wird das denn da diskutiert? Oder gar nicht?

Jörg Bernstein

Wir hatten es tatsächlich in den letzten Jahren nicht als Thema, bei dem man das konkret verorten konnte. Aber aktuell haben wir beispielsweise – ausgehend von einem Antrag der Fraktion Die Linke – eine Debatte geführt. Da ging es um verbindliche Gedenkstättenfahrten. Allerdings hatten sie in ihrem Antrag den klaren Fokus auf die Zeit des Nationalsozialismus und den Holocaust gelegt.

Und da haben wir als Fraktion in der Debatte, auch bei der Einbringung, gesagt, dass uns dieser Ansatz eigentlich viel zu wenig ist. Ich möchte weiß Gott keine Aufrechnung – das verbietet sich schon aufgrund der Schrecklichkeit der Ereignisse im Nationalsozialismus. Aber dieses komplette Ausblenden der Frage, wie in der DDR gelebt wurde, wie Menschen unterdrückt wurden und was das für junge Schülerinnen und Schüler bedeutet – das halte ich ganz speziell für schwierig.

Unsere konkrete Lösung war, dass wir für die Anhörung Herrn Beileites eingeladen haben. Und ich bin gespannt, wie die Diskussion dort im Ausschuss laufen wird.

Isabel Fannrich

Also, das heißt: Eigentlich kann man in Sachsen-Anhalt die gesamte Schulzeit durchlaufen, ohne jemals eine DDR-Gedenkstätte besucht zu haben?

Jörg Bernstein

Unter Umständen. Ja, genauso.

Isabel Fannrich

Also, das hängt dann wieder vom Engagement des Lehrers oder der Lehrerin ab.

Jörg Bernstein

Genau.

Isabel Fannrich

Herr Reichel, sie sind ja seit 2013 Direktor der Landeszentrale in Sachsen-Anhalt. Wo sehen Sie die Lücken in der schulischen Vermittlung von Wissen auch über DDR-Unrecht?

Maik Reichel

Ja, also hier ist ja schon vieles angesprochen worden. Ich würde mich jetzt wiederholen. Es ist klar – noch zur letzten Frage, ich habe da ja einfach hineingerufen: Ja, es gibt sehr viele Schülerinnen und Schüler, die nie eine Gedenkstätte besucht haben, die sich mit der DDR auseinandersetzt beziehungsweise mit dem Unrecht. Das sind sehr viele.

Dadurch, dass wir als Landeszentrale – Frau Frisch hat es ja gesagt – sehr viele Gedenkstättenfahrten finanzieren, vor und nach '45, auch im europäischen Kontext, glaube ich, dass wir das ganz gut einschätzen können, zumal wir ja auch sehr viel in Schulen unterwegs sind.

DDR und BRD – das ist nun einmal, wenn man die geschichtliche Episode sieht, das, was am Schluss drankommt. Das ist halt so. Und dann merkt man natürlich, dass am Ende manches wegbricht.

Und Frau Frisch hat es ja auch schon gesagt: Wir kooperieren sehr intensiv, nicht nur mit Marienborn, sondern auch mit den anderen Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt, die die Zeit nach '45 im Blick haben. Und da ist es natürlich so: Wenn Schüler kommen, dann kommen sie hin und haben sich mit dem Thema im Wesentlichen noch nicht sehr beschäftigt.

Das ist auch sehr unterschiedlich. Ich merke jetzt nach und nach: Wir haben eine neue Lehrergeneration, die nachwächst. Da ist der Fokus teilweise schon ein anderer, und die Zeit nach '45 kommt stärker in den Blick. Da kann man mehr Projekte machen, und da sind Lehrerinnen und Lehrer sehr engagiert und versuchen, das mit den Schülern zu bearbeiten – auch in Zusammenarbeit mit uns.

Also ja – es ist so.

Isabel Fannrich

Entschuldigung, wieso ist das so, dass die jungen Lehrer engagierter sind? Ich dachte, wenn an der Uni das nicht gelehrt wird, dann haben die auch das Wissen nicht.

Maik Reichel

Ja und nein. Aber wir bieten ja selbst vieles an. Ich schaue jetzt einfach einmal aus unserer Perspektive: Wir machen sehr viele Veranstaltungen – eben auch für Lehrerinnen und Lehrer. Man muss dazu sagen: Eigentlich sind wir eine Einrichtung der Erwachsenenbildung. Landeszentralen sind per se mit der Idee gegründet worden: Ab 18 kommen sie aus der Schule, sind voll ausgebildete Demokraten. So – das war der Kern.

Aber das funktioniert ja nun nicht. Und wir erkennen ja Fehlstellen. Und wenn wir in der politischen Bildung unsere Arbeit machen, muss ich die Leute irgendwo abholen. Wenn ich merke, da fehlt etwas, da sind weiße Flecken, dann müssen wir versuchen, genau dort hinzugehen.

Und das merken wir eben besonders bei jungen Menschen. Wo prägen sich junge Menschen? Ja nicht erst mit 18 oder 19. Die haben da schon eine Vorprägung. Da muss ich also schon ins Schulalter hineingehen – in manchen Bereichen sogar in den frühkindlichen Bereich. Das ist aber noch einmal ein anderer Teil der politischen Bildungsarbeit.

Deshalb haben wir gesagt: Wir müssen an die Stellen, wo es problematisch ist, bewusst herangehen und Lehrerinnen und Lehrern Angebote machen. Und das tun wir – mit verschiedensten Veranstaltungen, auch mit speziellen Fahrten für Lehrerinnen und Lehrer, um darauf hinzuwirken, dass das Thema *nach '45* stärker beleuchtet wird, Zeitzeugen eingeladen werden usw.

Daran erkennen wir, dass das Interesse groß ist. Und es setzt sich dann auch fort in weiteren Projekten, die die Lehrerinnen und Lehrer machen – auch ohne uns. Ich merke es meistens daran, wenn sie Förderanträge bei uns stellen. Dann sage ich: Wunderbar, es hat funktioniert – es steigt.

Isabel Fannrich

Sagen Sie gerne mal ein, zwei Beispiele, wo Sie mit den Lehrern hinfahren.

Maik Reichel

Ja, also wir haben natürlich einmal hier im Bereich Sachsen-Anhalt die Gedenkstätten, die wir im Blick haben. Wir kooperieren mit der Stiftung Gedenkstätten. Wir haben bestimmte Bereiche wie den Roten Ochsen, der ja schon genannt wurde, beziehungsweise den Moritzplatz. Bei euch, glaube ich, waren wir mit Lehrern noch nicht gewesen – ich weiß es nicht mehr ganz genau –, aber wir fahren in diese Richtung und bieten dort bestimmte Projekte an, laden Zeitzeugen ein, die entsprechend berichten, und setzen das multiplikatorisch um. Das ist uns immer sehr wichtig.

Oder es gibt die größere Runde, bei der wir anbieten: „Okay, wir machen eine größere Tour und fahren einmal Richtung Berlin.“ Da gibt es sehr verschiedene Möglichkeiten. Hohenschönhausen ist schon genannt worden. Frau Frisch war dort auch tätig, und das bieten wir konkret an – beziehungsweise wir bieten das dem LISA, also unserem Lehrerweiterbildungs- und Fortbildungsinstitut, an, um dort entsprechende Dinge zu ermöglichen. Das heißt: mit unseren Kontakten und unseren Möglichkeiten dort etwas weiter umzusetzen.

Denn wir als Landeszentrale können natürlich nicht alle – ich sage mal – 800, 900 Schulen im Land gleichzeitig erreichen. Wenn ich jetzt einmal die Grundschulen abziehe, bleiben immer noch rund 400 übrig. Die kriegen wir nicht alle auf einen Schlag. Deshalb brauchen wir viele Partner, die mitmachen.

Und das ist ein wesentlicher Punkt, an dem sich bei uns die Akzentverschiebung in den letzten Jahren gezeigt hat: Wir müssen sehr stark auch in die Schulen hineingehen und dort Projekte implementieren.

Isabel Fannrich

Ja, okay. Und – wie schaffen Sie das eigentlich? Beziehungsweise: Schaffen Sie das überhaupt, bei all den Schwierigkeiten?

Maik Reichel

Ja, natürlich ist es schwierig. Es gibt immer Herausforderungen, aber es ist ja nicht so, dass es dann nicht funktioniert. Wir haben zum Beispiel ein großes Schulnetzwerk: Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Da sind wir die Landeskoordinierungsstelle, und wir haben inzwischen 175 Schulen, die ihrerseits ja ganz unterschiedliche Projekte durchführen.

Dort haben wir konkrete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Das heißt, wir müssen nicht erst über das Schulsekretariat zum Schulleiter oder zur Schulleiterin durchkommen – was ja schon eine große Schwierigkeit sein kann –, sondern wir kommen direkt zu den Lehrerinnen und Lehrern. Und denen bieten wir dann ganz konkret einiges an, was sie in vielen Fällen auch annehmen – bis hin zu Fahrten, Gedenkstättenfahrten, die dann durchgeführt werden, innerhalb von Sachsen-Anhalt oder auch außerhalb.

Innerhalb von Sachsen-Anhalt finanzieren wir 100 Prozent der Fahrtkosten, außerhalb von Sachsen-Anhalt 60 Prozent.

Aber da sind wir – ich sage mal – im Bundesvergleich, wenn ich mir die Kollegen anschau, schon sehr weit.

Dr. Susan Frisch

Ach so, genau – ich wollte noch ganz kurz etwas sagen zu dem Einwurf, warum die jungen Lehrer eventuell engagierter sind.

Also, ich habe zumindest beobachtet, dass es bei den jungen, nachwachsenden Generationen im Osten durch die Konfrontation mit Pegida, durch die Diskussionen über rechtsnationalistische und rechtsextremistische Tendenzen in Ostdeutschland – also diese

Debatten, die sich sehr oft auf „den Osten“ konzentrieren – dazu kommt, dass sie anfangen, sich mit sich selbst zu beschäftigen. Mit diesem „Osten“, der in den Medien dargestellt wird.

Und dadurch kommen sie wiederum auf die DDR-Geschichte, sprechen mit ihren Eltern oder Großeltern – und dadurch entsteht dann tatsächlich ein größeres Interesse an der DDR-Geschichte.

Was ich mich allerdings frage – und das merke ich auch bei uns im Umfeld: Wir versuchen ja sowohl nach Niedersachsen hineinzukopieren als auch nach Sachsen-Anhalt, weil wir eben direkt an der Grenze liegen. Und wir haben sehr gute Kooperationen mit Schulen in Niedersachsen. Wir haben auch eine sehr engagierte Landtagsabgeordnete in Hannover, die jetzt erreicht hat, dass höchstwahrscheinlich auch Gedenkstättenfahrten in Niedersachsen zu SED-Unrechtsorten in Sachsen-Anhalt gefördert werden – hoffentlich. Das ist zumindest das, was sie im Landtag eingebracht hat.

Aber ich frage mich immer: Wie wird das Ganze ein gesamtdeutsches Thema? Denn dass „der Osten sich mit dem Osten beschäftigt“ – das haben wir jetzt schon ziemlich lange.

Da ist es toll, dass es die Zeitzeugenbörse oder das Zeitzeugenbüro inzwischen auch in den alten Bundesländern gibt. Aber dort gibt es oft nicht diesen biografischen Anknüpfungspunkt, um sich mit diesem Unrecht auseinanderzusetzen. In den westlichen Bundesländern gibt es – was Gedenkstätten betrifft – häufig nur die Orte, die sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigen.

Und da frage ich mich: Wie kommen wir dahin, dass dieses Thema gesamtdeutsch wird?

Wie schaffen wir es, dass die Medien – die gesamtdeutschen Medien – über diese Themen berichten? Anna Kaminsky hat vorhin den Film erwähnt, der irgendwann auch in der ARD gezeigt wurde. Aber wie kommen wir dahin, dass mehr solche Formate entstehen und dass es nicht bei einem reinen ostdeutschen Thema bleibt?

Isabel Fannrich

Ja, Frau Helber.

Konstanze Helber

Wenn ich da kurz etwas dazu sagen kann: An dem Thema sind die Schulen schon interessiert. Und wenn ich bedenke, wie viele Schulen ich besucht habe – ich habe zu Hause nachgerechnet –, dann waren das in all den Jahren 50 verschiedene Schulen. Das ist für mich viel. Und ich werde auch immer wieder angefragt.

Viele Schulen machen das so: Sie laden mich – oder auch andere Zeitzeugen aus Baden-Württemberg – ein, bevor sie ihre Abschlussfahrt nach Hohenschönhausen machen. Das ist bei uns aber – ich spreche ja nur von Baden-Württemberg – wirklich üblich: Eine Woche vorher kommt der Zeitzeuge, und eine Woche später fahren sie nach Hohenschönhausen.

Und ich bekomme oft Rückmeldungen von Lehrerinnen und Lehrern, dass das absolut produktiv ist, dass die Schülerinnen und Schüler sich dadurch sehr viel besser etwas vorstellen können. Und die Schulen haben ja verschiedene Möglichkeiten, wenn sie nach Berlin fahren: Hohenschönhausen, Bundestag oder Jüdisches Museum. Und manchmal ist die Planung schon Richtung Bundestag oder Jüdisches Museum gegangen – und plötzlich kippt sie, und die Klasse fährt doch nach Hohenschönhausen. Das finde ich einen guten Erfolg.

Die Lehrer werden dadurch auch mutiger und fragen: „Was machen wir weiter?“

Was ich außerdem feststelle: Es gibt ja in Baden-Württemberg keine große DDR-Gedenkstätte, aber es gibt das DDR-Museum in Pforzheim – ein wunderschönes Museum. Und die haben einen enormen Besucherstrom. Die Schulen gehen mit ihren Lehrkräften dorthin. Und ich sage immer: „Bevor ihr eine große Reise macht, geht erst-

mal nach Pforzheim.“ Das ist besser erreichbar und kostet viel weniger Geld. Und manchmal ist das tatsächlich ein Anlass dafür, dass die Schulen später doch noch die große Reise nach Berlin machen.

Wie es dort mit Fördergeldern aussieht, weiß ich nicht im Detail, aber ich glaube, das läuft ganz gut – sonst wäre das nicht jedes Jahr in so vielen unterschiedlichen Schulen möglich.

Was ich auch sehr nachhaltig finde: Es gibt ja Leistungskurse in Geschichte und Politik, und da werde ich oft hinterher angefragt, ob ich helfen kann, wenn jemand eine Arbeit schreiben möchte – besonders, wenn es um das Frauenthema geht. Das finde ich großartig. Ich weiß nicht, ob es anderen Zeitzeugen auch so geht, aber ich kann mich über Arbeit diesbezüglich nicht beklagen.

Was mir allerdings immer wichtig ist: Meine Sorge ist, dass die Lehrer sich manchmal noch etwas intensiver kundig machen könnten. Sie klagen oft, sie hätten kein Informationsmaterial. Aber das stimmt so nicht: Es gibt genug Material. Das kann ich nicht bestätigen. Und wenn sie Fragen an Zeitzeugen haben, unterstützen wir natürlich gern.

Isabel Fannrich

Wie könnte man das denn dann verändern? Frau Zupke?

Evelyn Zupke

Ja, ich möchte gerne noch etwas dazu sagen. Ich weiß es nicht – ich bin mir gar nicht so sicher, dass im Osten wirklich so viel mehr passiert, gerade was Zeitzeugenarbeit betrifft, als im Westen. Vielleicht hat das schon einmal jemand evaluiert, das gibt es bestimmt, aber ich weiß es nicht.

Meine persönliche Erfahrung ist so: Inzwischen pendle ich ja – mein Hauptwohnsitz ist seit einigen Jahren in Hamburg – und ich war naturgemäß immer nur im Westen unterwegs als Zeitzeugin an den

Schulen. Und was ich von Kollegen und Kolleginnen, also anderen Zeitzeugen, gehört habe – man hat sich ja früher manchmal getroffen – war gar nicht so unterschiedlich, weder von der Quantität her noch von der Qualität her.

Was ich allerdings erinnere: Vor ein paar Jahren war es im Osten sogar oft schwieriger für Zeitzeugen. Da mussten sie sich teilweise Dinge anhören, die ich im Westen nie gehört habe, einfach weil sie auf altes Denken, alte Denkmuster, alte Lehrkräfte trafen. Da kamen dann Sprüche wie: „Na, Gott sei Dank muss ich da nicht hin.“ Oder – in Sachsen zum Beispiel – „Hätten Sie die Gusche gehalten, wäre Ihnen das nicht passiert.“ Solche Sachen wurden gesagt. Das ist ein Unterschied, der damals spürbar war.

Natürlich stimmt die familiäre Verankerung – also, dass Menschen im Osten biografische Bezüge haben, welche auch immer. Das muss nicht Opposition oder Widerstand gewesen sein, die meisten haben einfach ganz normale Alltagserfahrungen in der Diktatur gemacht. Das ist ein Thema, das ohnehin viel zu wenig beleuchtet ist.

Ich glaube, das spielt eher eine Rolle – und dann kam die politische Entwicklung der letzten Jahre dazu –, warum sich viele im Osten stärker damit auseinandersetzen. Das heißt aber noch lange nicht, in welche Richtung diese Auseinandersetzung geht. Ich nehme den Diskurs oft so wahr, dass es gar nicht unbedingt um die Dinge geht, über die wir hier sprechen – also Repression, Unrecht, Haft –, sondern oft eher um eine Verlustperspektive.

Also um die Prozesse rund um die Wiedervereinigung, die viele auch als biografischen Bruch empfunden haben. Und da nehme ich mich selbst nicht aus. Ich habe das damals auch sehr schwarz-weiß gesehen: „Die sollen sich jetzt mal nicht haben – sie waren ja nicht alle im Gefängnis.“ Das spielt alles eine Rolle.

Es geht damit ein Stück über das Thema „Bildung für jüngere Generationen“ hinaus, aber ich finde, man muss das alles zusammen denken. Sonst verengt sich der Blick, und manches lässt sich dann gar nicht verstehen.

Aber nichtsdestotrotz braucht es natürlich eine Struktur, die das alles absichert und überhaupt möglich macht. Das wollte ich noch ergänzen.

Isabel Fannrich

Herr Bernstein, die Forderung der diesjährigen Resolution, die hier verabschiedet werden soll, lautet ja, bundeseinheitliche Lehrpläne einzuführen. Das ist doch utopisch, oder? Schließlich ist Bildung Ländersache.

Jörg Bernstein

Ja, sicherlich ist Bildung Ländersache. Aber das hindert uns ja nicht daran, dort eine gewisse Einheitlichkeit hineinzubringen. Es ist durchaus ein Wunsch, mit einheitlichen Bildungsstandards zu arbeiten – und das schließt den Bereich Geschichte natürlich nicht aus.

Also, ich sehe an der Stelle nicht unbedingt ein Problem.

Isabel Fannrich

Aber gibt es denn irgendwelche Ansätze? Kennen Sie Beispiele dafür, dass sich die Bundesländer in dieser Frage zusammensetzen?

Jörg Bernstein

Also, die Bildungsseite – das kann ich jetzt tatsächlich auch nicht sagen. Aber das wäre einmal ein Gespräch wert mit unserem Bildungsminister, wie er das sieht, beispielsweise.

Und dieser andere Gedanke mit einem Lehrstuhl, das wäre natürlich noch einmal eine ganz andere Dynamik, weil es dann nicht mehr nur am Engagement der einzelnen Lehrkraft hängen bleibt, sondern das Ganze institutionell getragen würde. Ich möchte niemandem in seiner eigenen Biografie zu nahe treten – aber das, was Sie gerade als Beispiel genannt haben, zeigt ja genau dieses Problem.

Ich habe das neulich in der Arbeit verglichen: Wir hatten ja die Anhörung angesprochen, und auf dem anderen Spektrum – vorhin hatte ich von der Linken gesprochen – bei der AfD hatten sie als anzuhörende Person Götz Kubitschek benannt. Das ist einer dieser Vordenker der sogenannten erinnerungspolitischen 180-Grad-Wende, die von Höcke und anderen im rechten Spektrum propagiert wird.

Und da habe ich mir überlegt: Was dort versucht wird zu instrumentalisieren, ist für mich eigentlich eher ein westdeutsches Thema. Denn jemand, der in der DDR aufgewachsen ist, für den war dieses Thema „Ich bin verantwortlich für das, was im Dritten Reich passiert ist“ praktisch tabu. Wir waren der „erste sozialistische Arbeiter-und-Bauern-Staat“ und hatten angeblich mit den ganzen „bösen Jungs“ nichts zu tun.

Von daher war für uns das Thema Schuld oder Verantwortung für das, was im Nationalsozialismus passiert war, gar kein Thema.

Aber genauso habe ich meinen eigenen Geschichtsunterricht noch einmal reflektiert: Was wurde uns damals vermittelt? Es war auch ein sehr eingeschränkter Blick. Ich erinnere mich: Der kommunistische Widerstand stand völlig im Mittelpunkt – da war Ernst Thälmann mit seiner erhobenen Faust. Aber bürgerlicher Widerstand fand kaum statt. Im Geschichtsbuch gab es zwar ein Bild von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, aber das war’s dann auch fast.

Und dann kamen manchmal die persönlichen Erfahrungen der Großeltern hinzu – vorausgesetzt, man ist in einem toleranten Elternhaus aufgewachsen. Mein Vater hat mit mir in der ARD die Wochenschau geschaut – da haben wir erstmals gesehen, was uns eigentlich verschwiegen wurde.

Und das sind für mich Parallelen, die man auch auf dieses Thema übertragen kann. Dass nämlich bei vielen Geschichtslehrern – vielleicht auch aus einer Frage der Generation heraus – eine gewisse Tendenz besteht, die eigene Geschichte zu verharmlosen oder die harten Seiten nicht so deutlich rüberzubringen, wenn man selbst nicht darunter gelitten hat.

Das ist menschlich irgendwo nachvollziehbar, aber es zeigt eben auch, warum eine institutionelle Verankerung – wie ein Lehrstuhl – wichtig wäre.

Isabel Fannrich

Na gut, insofern ist es ja wichtig – also die andere Forderung ist ja hier, endlich mal einen Lehrstuhl an einer ostdeutschen Uni für DDR-Geschichte einzurichten.

Und die gute Nachricht ist ja: Frau Zupke, Sie haben ja auch im vergangenen Jahr – zusammen mit den Landesbeauftragten – so eine Resolution unterschrieben, im Mai 2024: mehr schulische Bildung, mehr außerschulische und universitäre Bildung. Das haben Sie auch mit Frau Kaminsky unterschrieben, nach dem Motto: Es passiert zu wenig.

Und seitdem ist jetzt auch nicht viel passiert – aber *eigentlich* ist ja doch etwas passiert. Nämlich: Es gibt jetzt eine neue Förderung des Bundesforschungsministeriums. Zwar keinen Lehrstuhl, aber mehr als 50 Millionen Euro für Professuren an den Universitäten zur DDR-Geschichte. Fünf Jahre lang – ist jetzt kein Ding für die Ewigkeit, aber immerhin.

Und dann zusammen mit der Praxis zu kooperieren – das war ja in den Forschungsverbänden, die es bisher gegeben hat, eigentlich auch ein positiver Ansatz, ist aber dann im Sande verlaufen. Und jetzt gibt es wieder einen neuen Impuls, das zu machen. Das finde ich sehr positiv.

Aber dann ist es ja auch wieder Ländersache, das zu verstetigen und zu sagen: Wir als Bundesland Sachsen-Anhalt schaffen jetzt da und da eine Professur, also eine unbefristete.

Gibt es denn über so etwas im Bildungsausschuss eine Diskussion?

Jörg Bernstein

Ein rein organisatorisches Thema: Also, mir persönlich – als Bildungspolitiker – wäre es ganz lieb, wenn wir diesen ganzen Bereich, von der frühkindlichen Bildung über die schulische Bildung bis hin zur Lehrerausbildung, in einem Verantwortungsbereich hätten.

Es ist sicherlich von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Bei uns sind es vier Ministerien, die da quasi in den Bereich der Bildung mit hineinregieren: das Sozialministerium für die frühkindliche Bildung, das Bildungsministerium für die schulische Bildung, und für den Bereich der zweiten Phase der Lehrerausbildung – also über unser LISA –, da hängt dann das Wissenschaftsministerium dazwischen, weil dort ja die universitäre Lehrerausbildung verortet wäre bzw. verortet werden müsste.

Und ich vermute mal – ich bin ja auch im Finanzausschuss –, mit Blick auf unsere Haushaltslage wäre die Lösung, wenn man so etwas machen wollte, dass man sehen müsste, wo man umschichten könnte.

Der vierte Bereich, den ich noch vergessen hatte, ist das Finanzministerium, das dann eben auch immer noch in die Bildung hineinwirkt.

Ja, soweit.

Isabel Fannrich

Machen Sie sich denn dafür stark – als Direktor der Landeszentrale? Also nach dem Motto: „Steter Tropfen höhlt den Stein“?

Maik Reichel

Ja, also in der Position zu sagen „Lieber Abgeordneter, mach das jetzt mal“, bin ich natürlich nicht. Aber wir sind natürlich dafür da, in unserer Arbeit zu erkennen, wo Fehlstellen sind – und diese auch deutlich zu machen.

Herr Bernstein ist zum Beispiel auch Mitglied bei mir im Kuratorium. Er weiß, was wir da so immer machen. Ich berichte auch regelmäßig entsprechend. Aber wir erkennen natürlich, dass es Probleme gibt, wenn ich dann in die Ausbildung gehe. Das heißt: Ich brauche ja auch Quellen, ich brauche Dinge, die ich den Lehrerinnen und Lehrern an die Hand geben kann – und sollte nicht nur mit Quellen arbeiten müssen, die irgendwo in Berlin sind.

Das heißt, ich brauche dazu natürlich auch die regionale Forschung, und deshalb ist es wichtig, dass auch das Land Sachsen-Anhalt in diese Richtung geht.

Es gibt jetzt seit zwei Jahren ein Institut für Landesgeschichte. Das gab es – jetzt muss ich überlegen – seitdem ich studiert habe, also seit etwa 25 Jahren, nicht mehr. Das heißt, da geht es natürlich um Landesgeschichte im großen und breiten Sinne, aber eben auch um Zeitgeschichte. Und das wird jetzt so peu à peu dort abgebildet.

Wenn man da nicht immer wieder drückt – und wir haben immer wieder gesagt: Wir brauchen unbedingt Forschung zu diesem Thema – dann passiert da eben wenig. Wir haben jetzt in den letzten Jahren zusammen mit dem Landesarchiv und dem LISA den Lehrerinnen und Lehrern Quellen an die Hand gegeben, zur Zeit vor und nach '45: alles zu den Themen Jugend, Verfolgung, Wirtschaft usw.

Da gibt es Quellen auch für die Zeit nach '45, die so stark nachgefragt werden – auch digital –, dass wir sie jetzt wieder nachdrucken müssen. Ich habe gestern gerade mit dem Chef des Landesarchivs gesprochen und gesagt: Wir müssen da wieder nachdrucken.

Das heißt: Wir bieten da schon einiges, aber das sind Dinge, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen machen können.

Aber – und das kann ich hier auch noch einmal sagen – wichtig ist, dass wir weiterhin Forschung brauchen. Wir brauchen Forschung, wir brauchen die Quellen und wir brauchen vor allem die Zeitzeugin-

nen und Zeitzeugen. Das ist wichtig für die jungen Leute. Wir haben gesagt: Über Biografien lässt sich vieles ganz anders darstellen, als wenn ich jetzt sage: „Hier sind 20 Seiten Text, lies das bitte mal.“

Da kann man viel erreichen, und deshalb muss das auch Teil der Forschung werden – gerade auch für die Zeit nach '45. Da haben wir noch viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Sie sind nun Teil davon. Aber auch diese Zeit wird irgendwann zu Ende gehen. Und dafür brauchen wir weiterhin ganz viel – da brauchen wir Sie, und wir brauchen weiterhin Forschung.

Isabel Fannrich

Frau Zupke, was denken Sie denn – woran hakt es, dass es so langsam geht oder sich so wenig bewegt?

Gerade bei der Stärkung der Bildung, also dabei, dass junge Leute lernen, was das Unrecht in der DDR war und welche Folgen es für die Betroffenen hatte.

Evelyn Zupke

Das sind eben Prozesse, und wenn man das noch einmal auf eine ganz andere Ebene hebt: Wir wissen auch bei anderen Themen – wenn wir über die direkte Aufarbeitung der Diktatur sprechen oder die Aufarbeitung der Haftzwangsarbeit, das wirkt jetzt erstmal wie etwas ganz anderes –, aber es dauert manchmal eben sehr, sehr lange.

Wir wissen das von der ersten deutschen Diktatur, wie lange das überhaupt gar keine Rolle gespielt hat – nirgendwo. Das muss man immer auch als Maßstab anlegen. Deswegen bin ich trotzdem nicht zufrieden. Aber wir tun, glaube ich, jeder an unserer Stelle das, was wir können – und immer wieder im Gespräch zu bleiben und die Mittel zu nutzen, die man hat.

Und ich finde es jetzt erstmal eine gute Sache, dass dieses 50-Millionen-Programm aufgelegt wurde und die Forschung sozusagen

an die Universitäten angebunden wird. Das ist aber ja nicht alles. Gedenkstätten können sich auch Kooperationspartner suchen, das wird alles dort mit eingebunden. Und natürlich müssen sich die Universitäten verpflichten, die Stellen nach Ablauf der vier oder fünf Jahre weiter zu finanzieren. Aber wir haben dann endlich einmal diese Stellen an den Universitäten, was jetzt ja nur ganz punktuell passiert – dass mal hier jemand eine Vorlesung hält oder dort in einem Semester.

Das sind alles Dinge, die dazu führen können, dass wir es doch noch hinkriegen, dass diese Erfahrung der zweiten deutschen Diktatur vermittelt wird – nicht nur an die nächsten Generationen, sondern an die ganze Gesellschaft.

Denn natürlich besteht gerade aktuell die Gefahr der Verharmlosung der Diktatur und all der Schwierigkeiten, vor denen wir stehen. Aber wir stehen eben auch vor den Schwierigkeiten dieser misslichen finanziellen Situationen, in denen gerade solche Themen es sehr schwer haben, weil sie nicht als „kritische Infrastruktur“ bewertet werden – obwohl sie das absolut sind.

Isabel Fannrich

Susan Frisch, wie ihr das konkret macht – auch an der Gedenkstätte, in der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern. Gerade in einer Zeit, in der das Internet so stark ist und sich viele ihre Informationen von dort holen:

Wie wird da konkret gegengesteuert?

Um welche Kompetenzen geht es eigentlich?

Was wollt ihr bei den jungen Menschen stärken – zum Beispiel bei euch an der Gedenkstätte?

Dr. Susan Frisch

Ich denke, die große Chance von außerschulischen Lernorten wie Gedenkstätten ist, dass wir eben keinen Unterricht machen müssen.

Weil gerade gesagt wurde: Es wird Systemgeschichte unterrichtet. Das ist zumindest auch meine Erfahrung aus meinem Geschichtsunterricht. Es wird Systemgeschichte unterrichtet, aber es wird überhaupt nicht die Auswirkung auf das individuelle Leben, das Verhältnis zwischen Bürger und Staat, also solche Metaebenen, aufgemacht. Sondern man lernt einfach nur: 1952 war die Grenzschießung, 1956 war irgendwo ein Aufstand in Ungarn – und so weiter.

Aber was das konkret bedeutet, also die Rückkopplung an konkrete Biografien, vielleicht auch an Familiengeschichte – was ja gerade in der DDR-Geschichte eine große Chance ist – das wird viel zu selten gemacht. Und *das* können wir machen.

Wir können über diese biografischen Zugänge, glaube ich, sehr viel besser zeigen, wie sich Geschichte auf konkrete Biografien auswirkt. Und wir können, noch mehr als das System Schule – das ja sehr auf Anpassung ausgerichtet ist – diese Nonkonformität stark machen. Und den Schülern in Formaten, die eben *kein* stilles Sitzen und *keine* Note am Ende bedeuten, auch vermitteln, dass es Spaß machen darf, in einer Gedenkstätte zu sein, diesen Ort zu entdecken.

Und so schwer manche Schicksale sind, mit denen man dort konfrontiert wird, soll es trotzdem dazu ermutigen, sich selbst zu hinterfragen: *Wo würde ich vielleicht in Widerstand gehen?*

Schülerinnen und Schüler – junge Menschen generell – stehen ja immer irgendwo an Baustellen, im Widerstand, in der Findungsphase. Und da kann man sehr gut anknüpfen: an Fluchtgeschichten, an junge Menschen, die 19, 20 waren, ihr Leben leben wollten, keinen Bock mehr hatten, die sich überhaupt keine Platte darüber gemacht haben, was sie erwartet, wenn sie fliehen – und die erst recht keine Vorstellung hatten, wie es im Strafvollzug aussieht.

Da kann man zeigen, dass diese Menschen und ihre Entscheidungen nachvollziehbar waren: *Welche Musik habt ihr gehört? Wie seid ihr klargekommen?* – und so weiter.

Und dann eben auch zeigen, wie solche Menschen vom System kriminalisiert worden sind.

Es geht darum, Menschen zur Mündigkeit zu ermutigen – Angebote zu machen, Dinge kritisch zu hinterfragen, Strukturen zu hinterfragen, Autoritäten zu hinterfragen. Und das ist natürlich nicht das, was in Schule landläufig passiert. Dafür braucht es starke Lehrerpersönlichkeiten, die es im Unterricht aushalten, kontrovers zu diskutieren.

Isabel Fannrich

Aber ich frage mich auch gerade, ob nicht an ostdeutschen Schulen – also wir haben ja hier mit dem Thema *transgenerationale Weitergabe* zu tun – die ostdeutschen Schülerinnen und Schüler eigentlich noch viel näher an der Geschichte dran sind. Die haben Eltern und Großeltern, die bestimmte Rollen und Funktionen in der DDR hatten.

Stößt man da nicht – als Zeitzeugin, als jemand, der Kurse macht, Fahrten begleitet, und auch ihr in der Gedenkstätte – auf ganz viel ... ja, entweder Widerspruch oder Zustimmung oder so ein *Aha*, so ein Aufwachen, weil Dinge in der Familie noch nicht besprochen wurden?

Also ich stelle mir das eigentlich so vor, dass das auch eine Chance wäre, auf diesem Wege ganz viel bei den jungen Leuten zu bewegen.

Ist das so? Ist das spürbar?

Dr. Susan Frisch

Ja, also es ist auf jeden Fall spürbar, dass wir schon von einem Generationenwechsel sprechen. Die jetzige SchülerInnen-Generation – da sind nicht mehr die Eltern diejenigen, die in der DDR groß geworden sind, sondern das sind die Großeltern.

Und für die Elterngeneration spielt vielleicht eher die Transformationszeit eine größere Rolle.

Aber insgesamt ist es ein entspannterer Zugang, und es gibt weniger dieser starken Gegenerzählungen, wo man versucht, alles abzuwehren und zu sagen, in der DDR war doch vieles besser.

Es gibt sehr viel mehr Staunen darüber: „Ah, okay – in der Familie habe ich bisher dieses oder jenes Bild gehört“, aber es gibt gleichzeitig eine viel größere Bereitschaft, dieses Bild auch aufzulösen.

Isabel Fannrich

Demgegenüber müsste ja bei den westdeutschen Schülern eher so eine gewisse Distanz herrschen, wobei im Grunde ja auch viele Ostdeutsche in den Westen gegangen sind – mit ihren Biografien. Frau Helber, wie ist es denn da?

Konstanze Helber

Also, ich kann es nur wenig beurteilen, aber ich glaube, in den westdeutschen Familien wird schon geredet über die DDR und über Verwandte und darüber, was ihnen widerfahren ist. Aber es wird ein bisschen oberflächlich behandelt.

Und wenn man dann – also die Erfahrung habe ich gemacht, wenn ich in einer Schule war – plötzlich hört: „Ja, mein Opa ist 1953 beim Aufstand verhaftet worden“, da waren wir alle erstmal ganz platt. Wusste er das? Also, in der Familie war darüber gesprochen worden, aber er wusste natürlich auch nur sehr ungenau Bescheid.

Aber die Bereitschaft, das überhaupt so zu sagen, das fand ich schon extrem. Und die Lehrer haben das sehr positiv aufgenommen. Ich könnte mir vorstellen, dass sie vorher über das Thema 1953 – den Volksaufstand – gar nicht gesprochen hatten.

Also: Es wird schon geredet, aber sehr oberflächlich.

Was ich in meiner eigenen Familie feststelle: Da hat eine Generation etwas übersprungen. Der Vater meines Schwiegervaters hat nie über den Krieg gesprochen, und der Sohn – also mein Mann – hat

nie danach gefragt. Aber jetzt unser Sohn, der hat den Opa ganz schön gelöchert und gefragt und nachgefragt.

Und so denke ich, ist es auch in Familien, die in den Westen gegangen sind – nach einer Flucht oder nach einer Haft. Da wollen viele erstmal gar nichts wissen. „Ich will nichts wissen, ich möchte nichts erzählen.“ Die blocken richtig. Und irgendwann, wenn sie älter werden, bricht es auf.

Ich gebe immer allen den Rat: Lasst sie in Ruhe – sie kommen von allein.

Und das kann ich auch aus meiner eigenen Erfahrung sagen. Mein Sohn ist eher zurückhaltend, aber meine Tochter – sie ist inzwischen 35 –, die will jetzt wissen, was war mit mir. Das finde ich gut, und ich bin da sehr dezent herangegangen.

Dadurch, dass die Kinder merken, dass ich viel in Schulen unterwegs bin – und mittlerweile, nach so vielen Jahren, auch in meiner eigenen Heimatstadt –, ist das Interesse gestiegen. Das war für mich nicht einfach, weil man ja dann auch angesprochen wird, wenn man unterwegs ist in der Stadt. Aber es entwickeln sich Gespräche mit Menschen, auch mit jungen Leuten, und das finde ich wiederum sehr gut.

Isabel Fannrich

Herr Reichel, wie gehen Sie mit den unterschiedlichen Blickwinkeln junger Menschen auf die DDR-Geschichte um? Greifen Sie diese Perspektiven in Ihrer Arbeit auf – gerade auch die Tendenz zur Verharmlosung des Themas?

Maik Reichel

Ja, also wie gesagt, ich greife noch einmal ein bisschen das auf, was Frau Helber gesagt hat. Natürlich ist es in Familien, die eine Verfolgungs- oder Unrechtsgeschichte haben, immer wieder Thema. Aber

wenn wir in den östlichen Bereich schauen: Wo bekommen junge Leute überhaupt etwas mit, wenn sie es nicht in der Schule erfahren? Und das ist sehr wenig. Das sind dann vor allem die Großeltern.

Es gab vor ein paar Jahren eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Und dann sind wir an die Ostsee gefahren“. Dieser Titel sagt im Wesentlichen schon sehr viel aus. Man blickt menschlich gesehen immer auf das Gute zurück. Dann kommt oft: „So schlimm war es ja gar nicht.“ Natürlich hatte jeder sein eigenes Leben, Beziehungen, Alltag – das will niemand jemandem absprechen.

Aber in diesen Erzählungen wird das Unrecht, das es gab, mit all seinen Facetten, kaum beleuchtet. Da wird vieles ausgeblendet: dass man nicht frei reisen konnte, dass es nicht alles zu kaufen gab, dass man zwei Meinungen hatte – eine öffentliche und eine private – und all die Dinge, die dazugehörten.

Da müssen Gedenkstätten mit ihren Projekten reagieren, und wir als Landeszentrale natürlich auch. Und deshalb ist es gut, dass es Menschen wie Frau Helber oder wie Sie hier im Raum gibt, die aus ihrer Perspektive erzählen können: „Nein, es war nicht alles Sonnenschein.“ Es gab viele Dinge, die in dieser zweiten deutschen Diktatur nicht funktioniert haben.

Wenn dann jemand sagt: „Diktatur? Wieso?“, sage ich: „Schauen Sie in die Verfassung – da steht es sogar selbst drin.“ Man muss das einfach einmal lesen.

Wir müssen also manches zurechtrücken, und das ist schwierig. Denn der Bezugspunkt zu Eltern und Großeltern ist bei jungen Menschen oft viel stärker als das, was ein Lehrer, eine Lehrerin oder jemand wie Frau Zupke, Frau Frisch, Frau Helber oder ich sage.

Das heißt, wir müssen viel Bildungsarbeit leisten, um manche idyllische oder verharmlosende Darstellung, die so nebenbei erzählt wird, geradezurücken.

Ich bin aber froh, dass viele junge Menschen bereit sind, Fragen zu stellen. Sie wollen wissen. Und das ist wichtig. Wir müssen sie ermutigen: „Bleibt nicht stehen, sondern informiert euch weiter. Fragt auch mal andere Leute – nicht nur Oma und Opa.“

Isabel Fannrich

Unterm Strich: Trockene Lehrpläne bringen nicht so viel. Es hängt an den engagierten Lehrerinnen und Lehrern, es hängt an den Zeitzeugen und daran, wie die Familien sich verhalten. Natürlich muss trotzdem von der Schule her ein Rahmen gegeben werden – und an den Universitäten. Ohne geht es nicht. Es ist ein Zusammenspiel.

Vortrag: Transgenerationale Weitergabe

Dr. med. Agathe Israel, Psychoanalytikerin und Autorin

Hoffentlich spreche ich jetzt nicht über Dinge, also Basics, die Sie alle schon längst kennen. Ich kann aber nicht aus meiner Haut – ich muss so anfangen, um dann zu diesem sehr schwierigen, wenig fassbaren, aber doch auch zunehmend beforschten Thema der transgenerationalen Weitergabe oder transgenerationalen Übertragung, wie es jetzt auch oft bezeichnet wird, zu kommen. „Übertragung“ ist zutreffender, weil es sich eben um mehr als eine Weitergabe handelt. Es ist ein Hin und Her zwischen den Generationen, denn es kommt ja von der anderen Seite, auf der meist die Kinder standen, etwas zurück.



Dr. Agathe Israel

Eltern wollen für ihre Kinder das Beste. Sie fühlen sich in der selbstverständlichen Verantwortung, ihre Kinder, die von ihnen abhängig sind, zu schützen und zu unterstützen.

Jedes Kind kommt mit der angeborenen Erwartung auf die Welt, dass es Erwachsene – sprich Eltern – gibt, für die es einzigartig ist. Die, wie ein Container, alles aufnehmen was von ihm kommt, dann alles fühlend und denkend übersetzen, den Sinn erkennen und sich engagieren. Und es gibt die angeborene Fähigkeit des Kindes aufzunehmen, was von den Eltern kommt, ihnen dann zurückzumelden, ob ihre Reaktionen ihm hilfreich sind. So wird das Kind nicht nur versorgt, sondern es entstehen besonders in den ersten Lebensjahren immer genauere Vorstellungen über den Anderen und sich selbst.

Für dieses natürliche Zusammenspiel sind Erwachsene und Kinder mit besonderen körperlichen Systemen und einer hohen Anpassungsbereitschaft ausgestattet. Dieses Zusammenspiel ist die Quelle für die körperliche und seelische Entwicklung.

Und dennoch können äußere und innere Hindernisse diese Ordnung oder Entwicklung, dieses Zusammenspiel so stören, dass Eltern versagen, sich sogar die Rollen umkehren – so dass Kinder meinen, ihre Eltern schützen zu müssen.

Die psychische Traumatisierung der Eltern spielt dabei eine zentrale Rolle.

Den Begriff „*Trauma*“, bzw. eine *Traumatisierung* auch auf die Psyche zu beziehen, ist erst in den 1960er Jahren üblich geworden und wird seitdem regelmäßig neu analysiert und bewertet.¹ Dies scheint erforderlich, weil Traumatisierungen wirklich individuelle Prozesse sind. Vorher gab es dafür keine richtige Vorstellung. Man sprach bei

1 Bis dahin bezeichnete man damit Unfallverletzungen mit schwerwiegender körperlicher Beschädigung wie zum Beispiel das Schädel-Hirn-Trauma nach Sturz

seelischen oder psychosomatischen Problemen, Verhaltensproblemen im Zusammenhang mit – wie wir heute sagen würden – traumatisierenden, schweren Lebensereignissen von *Persönlichkeitsstörung, Drückebergerei, Hysterie, Undankbarkeit, Ausweichverhalten* und so weiter.

Also: Man konnte Auslöser und Folgen nicht sinnvoll verbinden. Und es war eine große Erleichterung in den 60er Jahren, dass man nun unter dem Begriff *psychisches Trauma* diese Phänomene überhaupt fassen konnte.

„Ein psychisches Trauma ist ein belastendes Ereignis oder eine Situation kürzerer oder längerer Dauer, mit außergewöhnlicher Bedrohung oder katastrophenartigem Ausmaß, also eine Erfahrung von extremer Intensität.“ So wird dieser Umstand z. B. in der internationalen Klassifikation psychischer Erkrankungen beschrieben. Und nun kommt ein wichtiger Zusatz, „... die *bei fast jedem* eine tiefe Verzweiflung, Hilflosigkeit und Schutzlosigkeit hervorrufen würde.“

Und hier treffen wir schon auf eine wichtige Korrektur. Ganz neu ist, dass dieser Zusatz – dass es bei *jedem* so sein müsste – wegfällt. Die neue internationale Klassifikation für das Trauma verzichtet auf diese, scheinbar objektivierende Verallgemeinerung.² Damit sind wir nicht mehr in der Pflicht, objektiv nachweisen zu müssen, wie extrem das Ereignis war, sondern es geht um das Erleben, die persönliche Verarbeitung!

Das ist eine ganz wichtige Entwicklung, die das Erleben in den Mittelpunkt rückt. Diesen Zusatz gibt es also nicht mehr.³ Und es dauerte bis in die 70er Jahre, bis die Folgen einer Traumatisierung als

2 Die weltweit verbindliche internationale Klassifikation für psychische Erkrankungen (ICD) dient allen Experten und Institutionen (zum Beispiel Ärzten, Therapeuten, Sozialarbeitern, Richtern, Krankenkassen, staatlichen Versorgungswerken) als Grundlage für Behandlungen, Entscheidungen und Zuwendungen. Die gültige 10. Überarbeitung (ICD 10) wird derzeit abgelöst von der 11. Überarbeitung (ICD 11).

3 Hier im power point ist er noch, fast wie im ICD-10, zu lesen, aber im ICD-11, das jetzt international in die Anwendung kommt, fällt er heraus.

Krankheit verstanden wurden. Die bekannteste ist die posttraumatische Belastungsstörung, die PTBS.

Die PTBS hat auch eine eigene Diagnosenummer im ICD 10. Eine Diagnosenummer bedeutet immer: Es ist eine anerkannte Krankheit, eine anerkannte Erkrankung. Und man kann jetzt anhand dieser Diagnose – diese Krankheit wird dann anhand bestimmter Symptome definiert – sehr klar handeln. Durch diese spezifischen Symptome ist sie für jede Ärztin, jeden Arzt, jede Therapeutin, jeden Therapeuten und jede beratende Person diagnostizierbar. Man kann die Störung also abbilden, und es ist kein „Wischiwaschi“, sondern sehr klar. Ich führe hier noch einmal die wichtigsten Kriterien an.

Wir haben hier die drei Hauptpunkte:

1. Wiedererleben der traumatischen Ereignisse,
2. Vermeiden von Gedanken und Erinnerungen an das traumatische Ereignis,
3. Anhaltende Wahrnehmung einer erhöhten Bedrohung.

Dieses Wiedererleben der traumatischen Ereignisse ist extrem unangenehm und unbehandelt kaum steuerbar. Am bekanntesten sind die *Flashbacks* oder *Alpträume mit starken und überwältigenden Gefühlen*, also mit Horror- und Angstgefühlen, und starken physischen Empfindungen oder dem Erleben derselben intensiven Gefühle, die während des traumatischen Ereignisses empfunden wurden.

Das klingt jetzt hier so klar und deutlich. In Wirklichkeit ist es eine große Bandbreite, die das Wiedererleben der traumatischen Ereignisse umfasst. Das kann stärker oder schwächer ausgeprägt sein, und man erkennt es vor allem bei sich selbst nicht gleich.

Das nächste Symptom ist das *Vermeiden* von Gedanken und Erinnerungen an das traumatische Ereignis oder Vermeiden von Aktivitäten, Situationen oder Personen, die an das traumatische Ereignis erinnern. Eine Hauptvermeidungsstrategie ist das Schweigen. Das Schweigen zieht sich durch: das Nicht-Sprechen-Können, das Keine-

Worte-Haben, aber auch das Nicht-in-Kontakt-Kommen-Wollen mit diesen Dingen.

Das ist besonders im Zusammenhang mit der Verarbeitung des Holocaust bei den Kindern der Überlebenden eines der zentralen Probleme gewesen – das Schweigen. Ein Schweigen, das individuell war, aber auch gesellschaftlich.

Und dann – das wäre hier eine Vorstellung davon, wie sich Schweigen auswirkt: dass die Verbindung zum Kind durch das Schweigen verloren geht und das Kind, alle waren ja einmal Kinder, spürt, dass etwas nicht gesagt wird. Das ist ein sehr schrecklicher, quälender Zustand.

Dann der dritte Symptomkomplex: *anhaltende Wahrnehmung einer erhöhten Bedrohung* – zum Beispiel Überaktivität, Schlafstörungen, gesteigerte Schreckreaktionen, Habacht- und Verteidigungspositionen, Verfolgungsgefühle, Misstrauen. Einer meiner Patienten sagte mir einmal im Laufe der Therapie, als er sich von diesen Gefühlen lösen konnte: „Ich habe mich mein Leben lang verfolgt gefühlt. Ich merke jetzt erst, was es bedeutet, dass man sich bedroht fühlt. Ich habe mein Leben lang Angst gehabt. Ich war erfüllt davon.“

Und diese Haltung, sich ständig verteidigen zu müssen, ständig in Hab-Acht-Position zu sein, ist sehr anstrengend.

Man hat im Laufe der Forschung über die Traumatisierung noch weitere Traumafolgestörungen definiert. Das ist sehr wichtig. Neu ist, dass man nun auch eine *komplexe Posttraumatische Belastungsstörung (komplexe PTBS)* diagnostiziert, die mehr umfasst als bisher – nämlich Aspekte, die in der ersten Definition nicht enthalten waren: *Emotionsregulationsprobleme, ein negatives Selbstkonzept, anhaltende Probleme in zwischenmenschlichen Beziehungen, die mit dem Trauma in Verbindung stehen.*

Der Schwerpunkt liegt nun also viel stärker auf der Verarbeitung, dem inneren Erleben. Diese Bereiche kommen jetzt hinzu und sind

Bestandteil der Diagnose „komplexe PTBS“. Das heißt: Es handelt sich um eine schwerere Form der Traumafolgestörung.

Und dann gibt es auch neu im ICD 11– als weitere Traumafolge – die *anhaltende Trauerstörung*. Das sind atypisch lange Trauerreaktionen, bei denen besonders Trennung und Verlust im Mittelpunkt stehen. Auch hier geht es darum, dass man der betroffenen Person nicht (mehr) unterstellt, sie sei „zu weich“ oder solle sich „zusammenreißen“, sondern dass dies als Traumafolge anerkannt wird. Die atypisch lange Trauerreaktion steht hier im Fokus.

Auch diese Diagnose wird künftig als eigenständige Erkrankung aufgenommen.

Ich möchte nun, bevor wir auf die transgenerationale Traumatisierung bzw. die Traumaübertragung zu sprechen kommen, noch etwas zu den Traumtypen sagen. Da gibt es inzwischen sehr viele Einteilungen. Ich stelle Ihnen jetzt nur eine von verschiedenen Einteilungsmöglichkeiten knapp vor.

Einmal der Unterschied, ob man das Trauma selbst erlebt hat – also primär traumatisiert ist – oder ob es übermittelt wurde, also sekundär einwirkt: Z. B. Ein Betroffener erzählt von seiner Traumatisierung und wir können diesen Bericht nicht aushalten, nicht verdauen, sondern sind erstarrt, abgeschreckt, voller Angst, fühlen uns schuldig oder sehen nichts Gutes mehr im Menschen... Das wäre das *sekundäre Trauma*. Man ist also nicht selbst in der traumatisierenden Situation gewesen, sondern wird hineingezogen in ein primäres Trauma, durch die Erzählung oder auch durch das Leben mit dem Betroffenen.

Man spricht von einem *komplexen Trauma*, wenn das Trauma und gleichzeitig ein Beziehungsabbruch stattfinden. Das ist besonders für Kinder von großer Bedeutung. Denn es wird als eine Erschwernis der Verarbeitung oder als Verstärkung der Traumatisierung angesehen, wenn ein Beziehungsabbruch mit dazukommt.

Das *sequentielle Trauma* ist insofern von Bedeutung, als die Traumatisierung als Prozess verstanden wird. Dieses sequentielle Trauma ist in drei Phasen eingeteilt.

Die *erste Phase* (erster Teil des Traumas bzw. der Traumatisierung) ist das Leben in einem verfolgenden Milieu, wie zum Beispiel in der DDR, in dem ein allgemeines Klima der Überwachung und Stigmatisierung bestimmter Personengruppen herrscht, die sich bedroht oder verfolgt fühlen sollen – durch Vorschriften, Verbote usw. Personengruppen zum Beispiel, die nicht arbeiten; oder die Personengruppe, der jungen Frauen, die sich während dieser Tagung heute treffen, oder Handwerker mit eigenem Betrieb, oder Christen.

Die erste Phase meint also: Alle leben in einem Klima, das verfolgend wirkt, und es gibt bestimmte Personengruppen, die besonders verfolgt werden.

Dem folgt die *zweite Phase*: ein einschneidendes Ereignis, verbunden mit Ängsten und Schrecken – plötzlich, heftig und auch wiederholt. Das wären personenbezogene Schikanen, Überwachung, Verhöre, Zersetzung, Verurteilung, Trennung von der Familie, Inhaftierung und in der Haft die demütigenden, schlechten Bedingungen, die Zwangsarbeit. Dieser zweite Teil führt zu heftigen und wiederholt anhaltenden Stresssituationen und zu unintegrierbaren Erfahrungen und Überforderungen.

Die dritte Phase bezieht sich auf das Ende der äußeren Traumatisierung – die sogenannte „glückliche Rückkehr“ – und die erwartete Integrationsfähigkeit in das frühere Milieu oder in die ‚guten‘ neuen Bedingungen. Es wird erwartet, dass man einfach an alte Beziehungen anknüpft, rational einen Schlussstrich zieht. Damit verbunden ist eine gemeinsame Verleugnung der beschädigten, verängstigten Selbstanteile. Also all das, was an Groll, Aggression, Beschädigung, Kummer vorhanden ist, wird draußen gehalten. Die Frage zu stellen „Was wurde mir angetan? Wieso habt ihr mir das angetan?“ wird vermieden. Es gibt eine mangelnde gesellschaftliche

Sensibilität und eine Hilfslosigkeit der familiären Bezugspersonen. Erwartet werden Dankbarkeit, Erleichterung, Lebensfreude, ein Aufatmen – und nichts davon passiert! Derjenige ist verschlossen, mürrisch, er ist undankbar, er ist passiv.

Es folgen Missverständnisse, Vorwürfe, Fehlerwartungen, Rückzug und Einsamkeit, Sprachlosigkeit. Und dies ist die dritte Phase der Traumatisierung. Das Trauma ist also nicht abgeschlossen mit der zweiten Phase, sondern die Art und Weise der Wiedereingliederung ist Teil der Traumatisierung.

Das ist die Vorstellung des Traumas als Prozess, und das ist letztendlich eine ganz zentrale Erkenntnis.

Es kann nämlich sein, dass die zweite Phase – also das, was wir eigentlich immer als Traumatisierung beschreiben oder uns darunter vorstellen, zum Beispiel eine Inhaftierung – die Persönlichkeit weniger zersprengt als eine missglückte dritte Phase, in der derjenige, der beschädigt ist, nicht aufgenommen wird, so wie er ist. Und stattdessen erwartet wird, dass er sich integriert, dass er sich freut, dass er heil ist.

Die Erkenntnis über sequentielle Traumatisierung ist sehr wertvoll. Hans Keilson⁴ hat sie im Zusammenhang mit Kindern, die den Holocaust überlebt haben und nach dem Zweiten Weltkrieg in holländische Pflegefamilien kamen, in einer Studie herausgefunden – weil dort so viel schiefgegangen ist. Die Pflegefamilien waren entsetzt darüber, wie sich diese Kinder verhalten haben, dass sie nicht dankbar und froh waren, jetzt aus der Gefahr herausgekommen zu sein und „Ja“ zum Leben zu sagen, sondern sich eher hart und unfreundlich verhielten.

4 Hans Keilson, ein jüdischer Arzt, Psychoanalytiker lebte in den Niederlanden.

Seine Eltern wurden im KZ Auschwitz ermordet. Er behandelte schwer traumatisierte jüdische Waisenkinder und gründete mit anderen Überlebenden „*Le Ezrat Ha Jeled*“ (*Zur Hilfe des Kindes*), eine Organisation zur Betreuung jüdischer Waisen. 1979 promovierte er mit der Studie *Sequentielle Traumatisierung bei Kindern*, einem innovativen Beitrag zur psychoanalytischen Traumaforschung.

Also, wenn wir jetzt über Traumatisierung nachdenken, dann müssen wir uns diese drei Phasen vorstellen: die allgemeine Bedrohung, die personenbezogene Bedrohung und die Rückkehr nach dem Ende der eigentlichen Bedrohung.

Damit kommen wir zur transgenerationalen Übertragung – also zur Weitergabe an die Kinder der Traumatisierten.

Transgenerationale Traumaübertragungen setzen grundsätzlich ein psychisches Trauma einer früheren Generation voraus, das über verschiedene Wirkungsweisen an die nachfolgende Generation übertragen werden kann. Dabei handelt es sich in der Regel um ein unbeabsichtigtes, oft unbewusstes und nicht selten auch ungewolltes Geschehen.

Es ist wichtig, sich diesen Umstand klarzumachen, um sich ausreichend abgrenzen und schützen zu können vor seelischen Zuständen, in die man sich als Empfänger hineingetrieben fühlt und von denen man sich abwenden oder denen man total gleich sein möchte.

Ein Forscher spricht davon, dass sich ein Trauma quasi wie Radioaktivität ausbreitet – also unsichtbar, aber „ansteckend“.

Diese transgenerationalen Traumatisierungen oder transgenerationalen Traumata finden keinen direkten Eingang in die internationalen Klassifikationssysteme der Diagnosen. Sie sind dort nicht als eigenständige Erkrankung aufgeführt. Jedoch sind die – wie beim PTBS – erwartbaren Symptome oder ähnliche Symptomatiken auch bei Menschen mit transgenerationalen Traumata zu beobachten. Zum Beispiel ein geringeres Selbstvertrauen, gestörtes Sozialverhalten oder Identitätsstörungen.

Einer meiner Patienten sagte im Zusammenhang mit seiner familiären Traumatisierung. „Ich weiß gar nicht, wer ich bin. Ich bestehe nur aus Anpassung.“

Von besonderer Bedeutung für die emotionalen und körperlichen Übertragungsprozesse auf die Nachkommen sind die von den trau-

matisierten Eltern psychisch nicht bewältigten Erschütterungen ihres Selbst- und Weltvertrauens als Folge der Traumatisierung. Also die unverarbeiteten seelischen Traumata, die sich – wie wir vorhin bei dem Überblick zum Traumaprozess gesehen haben – angesammelt haben.

Die Erlebnisqualitäten können in unterschiedlicher Weise und Ausprägung direkt oder indirekt, mit verschiedenen Auswirkungen, an die Nachkommen weitergegeben werden. Typisch ist, dass die Übertragung sehr komplex ist – man spricht von der Komplexität der Übertragung.

Wir kennen vier Wege, auf denen sich transgenerational das Trauma der Vorgeneration auf die Nachgeborenen überträgt.

Zum einen bestehen die biologischen Übertragungsmechanismen. Es gibt pränatale Stresssituationen, in denen sich die Mütter befinden, und diese bewirken die vermehrte Bildung mütterlicher Stresshormone, die wiederum die Verarbeitung von Stress prägen. Die Stresshormone erreichen auch das Baby über den humoralen (flüssigen) Weg. Beim Baby bleiben in den ersten Lebensjahren die Stressverarbeitungssysteme ebenfalls noch davon geprägt. Die Veränderungen, die stattfinden – auch die weiteren Veränderungen im inneren Stoffwechsel – nennt man epigenetische Veränderungen. Das bedeutet: Es sind keine Veränderungen der Chromosomen, die DNA wird also nicht verändert, so ist jedenfalls der bisherige Stand. Es handelt sich um Reaktionen des Körpers, die Spuren in den Körperzellen hinterlassen.⁵

⁵ Die epigenetische Demethylierung des FKPB5-Gens, das die Empfindlichkeit der Glucocorticoidrezeptoren moduliert, wird nur durch Stress während der Differenzierungs- und Proliferationsphase der Neuronen (vorgeburtlich und in der frühen Kindheit) vermittelt, nicht mehr dagegen bei ausgereiften Neuronen. Tritt während der Entwicklungsphase der HPA-Achse übermäßiger Stress auf, erhöht dies die Empfindlichkeit der HPA-Achse, indem die Schwellwerte für den Eintritt der Stressreaktion dauerhaft verringert werden. Dies verschlechtert die Fähigkeit zu angemessener Stressreaktion und kann zu pathologisch veränderten Reaktionen auf Stressoren im späteren Leben führen (unter anderem Angststörungen, Depressionen, Autismus, Schizophrenie). Vergl. Projekt ADXS.org

Bei den *psychodynamischen Übertragungsmechanismen* erfolgt die Weitergabe durch interpersonelle Beziehungen sowie durch unbewusste Gefühle aufgrund der Durchlässigkeit der zeitlichen Grenzen. Wenn man traumatisiert ist, ist das Trauma aus der Vergangenheit ja in der Gegenwart wirksam. Es gibt nicht dieses „Das war mal“ und „Das ist jetzt“. Und das erleben die Kinder auch, indem sie sich – wie immer – primär mit ihren Eltern identifizieren.

Durch die direkten Interaktionen der Eltern im Alltag mit den Kindern – durch mangelnde Empathie, mangelndes Mitgefühl, mangelnde Resonanz gegenüber dem Kind und verzerrte Interpretationen kindlichen Verhaltens – kommt es sozusagen indirekt zur Übertragung.

Bildlich gesprochen: Der elterliche Behälter, der alles aufnehmen sollte, was vom Kind kommt, ist zu klein oder hat Löcher, läuft aus.

Ein Beispiel: Ein Kind soll nicht *laut* widersprechen, weil dies von Mutter oder Vater als zerstörerischer Angriff oder als Machtausübung interpretiert wird, weil es sie unbewusst an Befehls- oder Zwangssituationen in der Haft erinnert. Diese Zusammenhänge sind dem Kind nicht zugänglich. Zugänglich ist ihm nur, dass Vater oder Mutter sehr ärgerlich, heftig oder zornig werden. Das Kind fühlt sich dann unverstanden und abgewiesen. Es erhält auch keine Unterstützung, wenn es widerspricht, obwohl Widersprechen oft ein Vorgang ist, der einen inneren Zustand klären soll. Es erwirbt kein Modell dafür, wie man Probleme (anders) lösen kann.

Als drittes gibt es die *dynamische Übertragungssituation*. In diesen Familien herrschen besonders ein desorganisierter oder ein desorientierter Bindungsstil sowie Kommunikationsschwierigkeiten vor. Das heißt, dass die *Bedürfnisse der Kinder im Hintergrund* stehen, weil die unbewussten Aktionen der Elternpersonen darauf gerichtet sind, sich *zu schützen* – durch Rückzug, Verschlossenheit, Aktivismus (ständig geschäftig sein, ohne nachdenken zu müssen) oder durch Härte.

Das sind die psychischen Folgen: Das Kind fühlt sich unwürdig und kann sich nicht in Selbstreflexion üben. Eltern und Kind können nicht

voneinander lernen und sich gemeinsam entwickeln. Die traumatisierten Eltern sind außerdem nicht dazu in der Lage, über ihre traumatischen Erfahrungen zu sprechen. Und wiederum fragen die Kinder nicht nach – obwohl es sie interessiert –, um die Eltern vor Belastungen zu schützen.

Die Eltern wiederum können meist als narzisstisch und als sehr hilfsbedürftig beschrieben werden. Sie erwarten von ihren Kindern die beste Unterstützung, während sie umgekehrt dazu nicht in der Lage sind. Es besteht also eine unbewusste Rollenumkehr in der Eltern-Kind-Beziehung: Die Kinder sollen die Eltern stabilisieren, trösten, emotional versorgen, dienen als Abladeort für Verstimmungen und Sorgen. Dazu zählen auch emotionale Unausgeglichenheit, Schwankungen, Explosionen, Impulsdurchbrüche. Auch da sollen die Kinder eine quasi elterliche, verstehende Haltung einnehmen.

Wenn sie das tun, werden sie allerdings in ihrer eigenen Entwicklung behindert, weil diese Verantwortung einfach zu groß ist.

Ein vierter Übertragungsweg ist die *soziokulturelle Übertragung*. Sie liegt im Wesentlichen in der Wiedergutmachung und Aufklärung der politischen Geschehnisse und ist verbunden mit den Hindernissen dieser Bestrebungen.

Die Eltern zeigen sich für die Kinder apathisch, also unzugänglich – das hatten wir bereits erwähnt –, aber sie ermöglichen ihnen alles. Sie wollen, dass es den Kindern besser geht.

Die Übertragung wird umso intensiver, je komplexer das zugrunde liegende Ereignis ist, also das Trauma, das kollektiv traumatisierend gewirkt hat und dessen Verarbeitung und Weitergabe in eine kollektive Dynamik eingebettet ist.

Wenn die Gesellschaft kollektiv betroffen ist und das Trauma ausblendet – also, wenn es gesellschaftlich vermieden oder verschwiegen wird –, steigert das die Wirkung. Das trifft für die politische Traumatisierung in der DDR, die durch Überwachung, Zersetzung

und Inhaftierung entstand – ich würde sie als politische Traumatisierung bezeichnen – über viele Jahre zu. Jetzt verändert sich das ja etwas. Aber Sie müssen diese *vier Ebenen* mit einbeziehen, wenn Sie die transgenerationale Traumatisierung betrachten.

Ausblicke: Was hilft? Es ist sehr bescheiden, was ich Ihnen da sagen kann.

Vergleichende Forschungen haben gezeigt, dass einem beachtlichen Teil der Menschen, die traumatisiert waren, transgenerational eine Aufarbeitung der Traumatisierung gelungen ist.

So macht es Sinn, jene Kräfte zu eruieren, anhand derer es den Menschen gelungen ist, die traumatischen Erfahrungen aufzuarbeiten.

Zuerst heißt es, das größte Hindernis in der transgenerationalen Übertragung zu überwinden. Und das ist das Schweigen.

Das Schweigen beenden und das Sprechen beginnen. Man kann immer jederzeit anfangen. Damit ist aber nicht gemeint, Fakten so herunterzurattern, sondern der Mut, das Erleben mitzuteilen. Ich begegne oft Patienten, die zwar über ihr Trauma sprechen, aber ich habe das Gefühl, es ist eine Reportage. Die Gefühle sind abgespalten. Also: sprechen über das Erleben voller Gefühl. Dazu gehört das Zuhören-Können. Ich brauche ein aufnehmendes Ohr und ich stelle mein Ohr zur Verfügung. Was bedeutet, das Leid zu teilen, ohne sich darin aufzulösen, sondern bei sich selbst zu bleiben.

Es ist nie zu spät. Vielleicht ist es auch leichter *im Beisein Dritter*, die das moderieren können – gerade, wenn Eltern spät mit ihren Kindern sprechen oder Kinder spät mit ihren Eltern sprechen. Also: das Sprechen miteinander und dabei das innere Erleben zulassen.

Eine weitere stärkende Selbstleistung besteht darin, die im Trauma entstandenen und mir bewussten Erfahrungen und Schutzmaßnahmen als eine Überlebensleistung und *Teil des eigenen Selbst* anzusehen.

Als dritte Kraft möchte ich die Psychotherapie nennen. Ich finde sehr wichtig, dass Sie, wenn Sie sich in einer therapeutischen Beziehung befinden, darauf *bestehen*, Ihr Trauma schildern zu dürfen. Oft halten Therapeuten das schlecht aus, tun das ab, so nach dem Motto: „Das wissen wir, das liegt hinter Ihnen.“ Aber das Traumatische schildern zu dürfen bedeutet, es noch einmal aufkommen zu lassen, *gemeinsam zu durchleben*, es zu teilen mit jemandem, zu wüten und zu trauern, um sich danach besinnen zu können, im hier und jetzt zu leben jenseits der aktuellen Gefahr. Dieser Weg ist m. E. unumgänglich. Erst dann kann man sagen: „*Ich habe überlebt. Ich bin mehr als ein Opfer. Ich bin mehr als eine Traumatisierte.*“ In den Behandlungen habe ich miterlebt, dass die Menschen zu sich gekommen sind und sich nicht mehr über ihren *Opferstatus* definierten oder über ihre *Defizite*, dass sie „Ja“ gesagt haben dazu, wie sie sich damals verhielten, anpassten, unterwarfen, ängstigten. „Ja, ich war da kreativ. Ja, das war nötig und unumgänglich, um durchzukommen.“

Eine vierte Möglichkeit sich aus der transgenerationalen Transmission zu lösen, bietet sich in dem, was hier gerade passiert: aktiv zu werden in der Selbsthilfegruppe und dort zu lernen, wie die ganz besonderen Erfahrungen der Verfolgung und die daraus entstandenen Fähigkeiten im Alltag zu nutzen sind. Sich und die Vergangenheit in Publikationen bekannt zu machen, politisch denken zu lernen, überhaupt von sich sprechen zu lernen, sich als bedeutender Teil der Gesellschaft zu verstehen, ebenso die Forderung nach Wiedergutmachung gut auf den Weg zu bringen.

Das sind nach meinen Erfahrungen einige Wege, um aus dieser transgenerationalen Traumatisierung oder aus der eigenen Traumatisierung herauszukommen.

Ich hoffe, ich habe Ihnen damit einen Input geben können für das Gespräch, das wir jetzt führen werden.

Podium: Transgenerationale Weitergabe

Dr. med. Agathe Israel, Psychoanalytikerin, Autorin

Silvia Krause, Zeitzeugin, ehem. politische Inhaftierte in Dessau

Dr. Katrin Klein, Zeitzeugin, Kind von politisch-inhaftierten Eltern

Silke Schulz, Zeitzeugin, Kind von politisch-inhaftierten Eltern

Isabel Fannrich, Moderation

Isabel Fannrich

Wir haben jetzt hier drei Zeitzeuginnen. Ich freue mich sehr, dass Sie gekommen sind und den Mut finden, hier zu erzählen. Vielen herzlichen Dank.

Wir haben – ich sage das nur mal ganz kurz, bevor ich Sie genauer vorstelle – Silvia Krause im grünen Anzug als politisch inhaftierte



Dr. med. Agathe Israel, Silvia Krause, Dr. Katrin Klein, Silke Schulz, Isabel Fannrich

Mutter, daneben Frau Klein mit damals inhaftierten Eltern und Frau Schulz mit inhaftierten Eltern und Brüdern. Also unterschiedliche Konstellationen.

Ich würde gerne mit Frau Krause als politisch inhaftierte Mutter anfangen und dann zur Nachfolgegeneration übergehen. Ich dachte, dass wir zunächst ein bisschen Raum geben, sodass ich mit jeder von Ihnen einzeln sprechen kann – mit etwas Zeit. Natürlich haben Sie auch Gelegenheit, etwas zu sagen, ebenso wie Frau Israel. Und anschließend öffnen wir noch einmal zum Publikum.

Frau Krause, ich stelle Sie jetzt zunächst vor: Sie sind Jahrgang 1958, Physiotherapeutin und haben zwei Kinder. Im Herbst 1988 wurden Sie und Ihr Mann inhaftiert, weil Sie ins Ausland gehen wollten – „illegale Kontaktaufnahme“. Ihre Tochter war zwei Jahre alt. Sie kamen zur U-Haft nach Gera, das Urteil lautete ein Jahr und zehn Monate, und danach kamen Sie in die Frauenhaftanstalt Dessau, wo Sie arbeiten mussten. Am 9. Mai 1989 wurden Sie freigekauft. Ihre Tochter blieb zunächst in der DDR und wurde Ihnen dann im Juni/Juli an der Grenze übergeben. Das heißt, wenn ich es richtig sehe, waren Sie von Herbst 1988 bis Juni/Juli 1989 inhaftiert – also bis zum Freikauf – und damit von Ihrer Tochter getrennt.

Sie haben danach in Baden-Württemberg gelebt, in den 1990er-Jahren wurde noch ein Sohn geboren. Sie haben sich später scheiden lassen und sind 2017 nach Greiz gezogen – und das fand ich bemerkenswert – um, wie Sie sagten, Ihre Menschenwürde wieder zu erlangen.

Ich möchte jetzt noch einmal kurz zurückspringen in die damalige Situation. Wir sprechen hier über den Umgang heute bzw. nach den Geschehnissen, aber: Wie haben Sie als inhaftierte Mutter diese Trennung von Ihrer zweijährigen Tochter erlebt?

Silvia Krause

Na ja, also über Kinder kann man Menschen ja ganz besonders verletzen. Das ist einfach auch eine Methode gewesen – in besonderer

Art und Weise bei uns. Das kann ich aber jetzt nicht erzählen, denn dann würde ich in Tränen ausbrechen.

Eine Mutter, die ihr Kind verliert – ich glaube, das ist immer das Schlimmste.

Isabel Fannrich

War denn Ihre Tochter anwesend, als Sie damals inhaftiert wurden? Sie war zwar noch klein, aber hat sie das mitbekommen?

Silvia Krause

Wir wurden von zu Hause abgeholt, und ich spielte mit meiner Tochter zu Hause. Wir waren noch im Nachthemd, und ich glaube, sie hat nicht mitbekommen, um was es geht, damals.

Da meine Mutter von der Arbeit geholt wurde, um sich um unsere Tochter zu kümmern, und später wurde unsere Tochter auch in meiner Familie betreut – weil die Kinderheime zu dieser Zeit schon überfüllt waren, was unser großes Glück im Unglück war – glaube ich, dass sie eine gewisse Geborgenheit hatte.

Und natürlich war es für mich dann auch eine gewisse Beruhigung, zu wissen: Okay, ich weiß, wo sie ist, und sie hat bekannte Menschen um sich herum.

Isabel Fannrich

Ist denn Ihrer Tochter damals erklärt worden, wo Sie sind? Wie ist es ihr erklärt worden?

Silvia Krause

Ich denke, ein zweijähriges Kind kann sich unter „Haft“ ja überhaupt nichts vorstellen. Die Tatsache, dass die Mama – und natürlich auch der Papa – plötzlich weg sind, hinterlässt bei jedem Kind große Spuren. Gerade bei einem zweijährigen Kind, das sich ja an sich noch gar

nicht vollständig verbal äußern kann, bleibt so etwas nur emotional im Körper zurück. Es kann nicht ausgesprochen werden, sondern bleibt als Gefühl bestehen. So stelle ich mir das vor.

Isabel Fannrich

Ihr Kind war bei der Oma, ja?

Silvia Krause

Ja. Bei meiner Mutter oder bei meinen Eltern.

Isabel Fannrich

Ihre Tochter hat wahrscheinlich gefragt: wo Sie sind?

Silvia Krause

Ja, aber was weiß ein Kind von einem Gefängnis?

Isabel Fannrich

Ja, genau. Aber irgendwie muss man das dann ja erklären – als Oma, richtig?

Silvia Krause

Ja.

Isabel Fannrich

Okay. Wie sind Sie denn anschließend als Eltern damit umgegangen, als Sie dann wieder zusammen waren? Sie sind freigekauft worden, sind dann in den Westen gekommen und konnten Ihre Tochter an der Grenze abholen.

Silvia Krause

Ja, ich werde das nie vergessen. Ich durfte nur bis zum Grenzübergang mitfahren. Es war eine befreundete Familie unserer Freunde,

die uns damals aufgenommen hat, denn der lange Arm der Stasi reichte gewissermaßen bis in den Westen. Die Übergabe des Kindes hat man uns insofern erschwert, als wir jemanden ganz Neutralen finden mussten, der unser Kind aus der „Höhle des Löwen“ herausholt.

Früher war es so, dass die Kinder mit dem Roten Kreuz an die Grenze gefahren wurden und dort übergeben wurden. Aber in unserer Situation wurde das komplizierter gemacht – vermutlich, um uns noch nachhaltig zu ärgern.

Zum Glück hatte sich ein Lehrerehepaar gefunden, das unsere Tochter aus dem Osten herausholte. Für die war das ein politisches Abenteuer: „Wir waren noch nie im Osten, schauen wir mal, wie es da aussieht. Vielleicht können wir da noch was lernen.“ Es waren also Abenteurer, und sie haben sich tatsächlich getraut.

Ich bin mit ihnen bis zur Grenze gefahren, ich durfte ja nicht mehr einreisen, und habe dort gewartet. Sie sind weitergereist bis zur Übergabe, haben meine Tochter mit ihren Koffern aufgenommen – und als sie zurückkamen und wir uns wiedersahen, haben wir geschwiegen. Es war so viel zu sagen, das wir gar nicht sagen konnten.

Sie konnte nur sagen: „Mama.“ Das war alles. Und damit war auch alles gesagt.

Isabel Fannrich

Ein überwältigender Moment natürlich. Wie ging es dann weiter – mit dem Wieder-Zueinander-Finden und auch später mit dem Bearbeiten dieses Themas?

Silvia Krause

Ich möchte Ihnen ganz herzlich danken, Frau Dr. Israel. Mir sind an dieser Stelle viele Dinge sehr bewusst geworden, an denen wir – ich möchte sagen – seit dieser Zeit gekrankt haben und die bis heute

auch in unserer Familie weiterwirken. Ich sage es jetzt einmal in Kurzform: Ich habe mich 2001 von meinem Mann scheiden lassen müssen.

Wir sahen zwar rein optisch noch gleich aus, rein optisch, natürlich mit ein paar Blessuren, ganz klar, von der Haft. Die haben wir dann mit Make-up schön kaschiert – ich sage es jetzt einmal pathetisch. Emotional aber waren wir zerstört, und wir wussten es nicht. Und ich glaube, das ist das Allerschlimmste: Man möchte ja wieder ein Leben aufbauen und ist auch hochmotiviert, das zu tun. Man arbeitet daran, wir haben auch sofort versucht, wieder in unsere Jobs zu kommen und unser Leben zu regulieren und aufzubauen. Aber wir waren kaputt. Und wir haben an uns gekrankt.

Inwiefern sich das auf unsere Tochter übertragen hat, auch möglicherweise – Sie sagten das Stichwort, ich hatte es mir extra notiert: *Interessenlosigkeit* – da frage ich mich: Haben wir unsere Tochter richtig wahrgenommen? Und wie hat sie uns wahrgenommen? Ich weiß es nicht. Wir waren so beschäftigt: Wohnung herrichten, arbeiten; wir waren so eingespannt. Ich weiß nur, dass ich als Mutter immer ein furchtbar schlechtes Gewissen hatte. Ich dachte: Du müsstest dich eigentlich um die Lydia kümmern, aber du hast ja gar keine Zeit. Und es gab viele, viele Jahre überhaupt keine Zeit, dass wir uns aussprechen konnten, uns umeinander kümmern konnten.

Das war auch ein nachhaltiges Trauma, das sich natürlich auf unsere Emotionen innerhalb der Familie, insbesondere auch auf unsere Ehe ausgewirkt hat. Wir waren uns fremd.

Ich kann mich an eine Situation erinnern – gerade die Abschiebehaft, das darf ich noch ergänzen. Im Kaßberg-Gefängnis durften wir ja auch durch. Man hatte uns in einer Zelle zusammengesperrt: So, jetzt könnt ihr mal. Was denn? Wir haben uns gesehen, aber wir wussten gar nichts miteinander anzufangen. Wir konnten uns weder küssen noch umarmen. Wir standen da, mit schlaffen Armen: Hilflosigkeit, Ohnmacht. Obwohl der Partner auch gelitten hat – er aus

seiner Perspektive, er saß in Halle im Jugendhaus „Frohe Zukunft“, während ich in Dessau war. Wir beide haben gelitten. Aber wir hatten keine Worte dafür.

Und diese Leere hat sich gewissermaßen in fehlenden Emotionen ausgedrückt, in fehlender Zuwendung, Zuneigung, Liebe.

Liebe – was ist das denn? Also aus meiner Sicht: Ich habe meinen Mann als brutal emotional kalt erlebt. Und ja, ich möchte sagen, wir haben aneinander gelitten und trotzdem aufgebaut – wofür uns sicherlich noch eine Medaille zustehen würde, denn wir haben trotzdem zusammengehalten. Aber wir konnten nichts miteinander anfangen. Wir waren nicht glücklich. Wir wussten auch gar nicht mehr, wie sich das anfühlt.

Ein späterer Kamerad, der einmal in meinem Leben aufgetaucht ist, stellte mir diesen wichtigen Satz: „*Silvia, bist du glücklich?*“ Da habe ich erst einmal ganz lange nachgedacht. Glücklich... das kam bei mir gar nicht vor, das Wort. Und dann habe ich aufgezählt, wie man das aus der Werbung kennt: mein Haus, mein Boot, mein Hund – und ganz am Ende kommt die Familie. Und bei mir war es ähnlich. Ja, wir haben uns wieder was aufgebaut. Wir haben eine schöne Wohnung, wir haben jetzt zwei Kinder, ich bin glücklich in meinem Job – und sonst: gähnende Leere. Das ist das, was uns geblieben ist.

Und wie sich das auf meine – oder unsere – Tochter ausgewirkt hat, das kann ich nur erahnen. Denn heute noch, ich habe es ja kurz beschrieben, in einer Zusammenfassung, die ich für die Kinder formuliert habe, damit sie wissen, wie es uns ergangen ist: Meine Tochter konnte das bis heute nicht lesen. Mein Sohn, der später geboren wurde, hat es gelesen – er hatte aber auch nicht diesen emotionalen Bezug.

Dr. Agathe Israel

Darf ich dazu kurz etwas sagen?

Ich denke, in Ihrer Tochter ist ein Groll gewesen. Ich vermute, da ist etwas in ihr „gekippt“. Ich denke, sie konnte es nicht lesen, weil sie voller Abneigung, voller Groll war – über das, was passiert ist.

Silvia Krause

Danke schön. Danke schön. Ich habe oft drüber nachgedacht, und ich glaube, dass ich diesen... es ist zu viel, ne?

Dr. Agathe Israel

Ja, weil sie diesen Groll nicht äußern darf.

Isabel Fannrich

Aber haben Sie nicht 2006 eine Vergangenheitsreise mit Ihrer Tochter gemacht?

Silvia Krause

Ja, das haben wir gemacht. Genau. Wir wussten schon – wie gesagt, 2001 war die Scheidung – und wir wussten, dass wir in unserer Familie etwas aufarbeiten müssen. Das war uns klar. Und so sind wir 2006 eine Woche auf Reisen gegangen, meine Tochter und ich, und haben verschiedene Episoden aus unserem Leben und verschiedene Stationen bereist. Und natürlich haben wir auch sehr, sehr viel über verschiedene Dinge gesprochen, was uns wieder nähergebracht hat.

Auch zwischen uns war eine Mauer, die viele Jahre da war. Ich habe oft gedacht: Da ist deine Tochter, aber du kannst sie gar nicht richtig lieben. Du bist eine schlechte Mutter. Und meine Tochter, glaube ich, hat sich oftmals sehr alleingelassen gefühlt. Und das ist ja dieses Gefühl, das sich damals mit zwei Jahren ganz stark in ihr ausgeprägt hat – dieses Gefühl: „Ich bin alleine.“ Es sind zwar bekannte Menschen um mich herum, aber ich fühle mich alleine.

Diese Vergangenheitsbewältigungsreise hat uns wieder zueinander geführt. Da sind Mauern gebrochen, da ist richtig etwas abgebröckelt – auch große Brocken. Und heute haben wir Gott sei Dank wieder eine sehr, sehr innige Bindung.

Isabel Fannrich

Vielen Dank, Frau Krause. Das war sehr offen und ehrlich. Danke für Ihren Mut.

Nun zu Silke Schulz, Ihre Mutter ist auch im Publikum – das ist wunderbar. Ihre Tochter konnte diesmal nicht mitkommen. Ich habe die drei auch schon öfter auf verschiedenen Veranstaltungen zusammen gesehen.

Sie sind 1969 in Leipzig geboren, aufgewachsen in Schwerin, und dann haben Ihre Eltern 1983/84 verschiedene Ausreiseanträge gestellt. Die Familie war unter Beobachtung. Ihr Vater hat dann im Sommer 1985 einen Fluchtversuch unternommen. Da waren Ihre Brüder gerade im Urlaub in Tschechien – das war auch seine Fluchtroute. Die Brüder waren 17 und 19, Sie waren 16.

Dann wurden die Brüder aus dem Zug geholt, weil das Ganze aufgefliegen war, richtig? Und nach Hohenschönhausen gebracht. Die Mutter wurde abgeholt. Der Vater wurde dann wenige Tage später in Tschechien von der Staatssicherheit gefunden. Also waren alle vier inhaftiert. Das fand ich schon schockierend. Sie selbst kamen dann mehrere Wochen ins Kinderheim.

Silke Schulz

Also, meine Brüder sind am 31.07. inhaftiert worden. Dann wurde mein Vater in Tschechien inhaftiert und zwei Tage später wurde meine Mutter aus der elterlichen Wohnung geholt. Ich war mit meiner Klasse noch in Polen, im *Lager für Arbeit und Erholung*. Ja. Und kam dann am 9.08. zurück.

Isabel Fannrich

Also, wie ich es verstanden habe im Vorgespräch, war das für Sie – ich meine, Sie waren ja alle schon relativ groß, 16, 17, 19 – kein Geheimnis, dass die Eltern diese Ausreiseanträge stellen. Es gab also eine gewisse Offenheit, irgendeine Kommunikation in der Familie darüber. Trotzdem kamen Sie zurück und wussten in dem Moment noch gar nicht, was da vorgefallen war. Sie wurden dann am Bahnhof von der Stasi abgeholt, konnten noch einmal kurz nach Hause, ein paar Sachen einpacken, und wurden anschließend stundenlang verhört.

Silke Schulz

Genau. Also es war so, dass der Zug einlief. Scheinbar war mein Lehrer schon informiert, dass meine Eltern und meine Familie inhaftiert worden waren. Dann kamen zwei Stasi-Leute auf den Lehrer zu und meinten, sie wären mein Onkel und meine Tante und würden mich abholen wollen. Als ich das mitbekam, habe ich geschrien und gesagt: „Sie sind nicht mein Onkel, nicht meine Tante, ich kenne Sie gar nicht! Was wollen Sie von mir?“

Der Vater meiner Freundin wollte – beziehungsweise meine Freundin wollte – mich mit nach Hause nehmen. Aber ja, zwei Leute, zwei Arme, und dann wurde ich mitgenommen, erst einmal verhört und zum Demmlerplatz gebracht.

Isabel Fannrich

Das ist ja schon für sich eine Geschichte. Danach kamen Sie ins Kinderheim. Sie haben auch erzählt, dass Sie dort weiter zur Schule gegangen sind – war das dieselbe Schule wie vorher oder eine andere? Und Sie sagten auch, dass Sie dort *Klassenkloppe* bekommen haben?

Silke Schulz

Es war so: Ich kam erstmal für drei Wochen ins Kinderheim in der Demmlerstraße, ins Demmlerheim. Danach bin ich zu meiner Groß-

mutter gekommen, in die Nähe von Demmin. Dort habe ich dann die zehnte Klasse gemacht. Ich bin in dieser Klasse nicht besonders gut angekommen.

Irgendwann standen plötzlich alle um mich herum, und es gab *Klassenkloppe* – also Prügel. Jeder hat zugetreten, zugeschlagen. Und keiner von den Lehrern ist dazwischen gegangen oder hat das Ganze aufgehalten.

Isabel Fannrich

Es war ziemlich viel auf einmal, was sich da verändert hatte und hinzugekommen ist. Und – das fand ich noch einmal unglaublich – Sie haben dann viel gelernt, um sich da irgendwie herauszuziehen, ein Stück weit Abstand zu bekommen. Aber Sie haben auch viel gejobbt, also gearbeitet, um die verschiedenen Familienangehörigen in den unterschiedlichen Haftanstalten besuchen zu können. Das fand ich bemerkenswert: Sie waren in der Familie in einer ganz besonderen Position, wie eine Art Vermittlerin. Die anderen waren voneinander getrennt, und Sie sind herumgefahren und haben sie besucht.

Silke Schulz

Genau. Also das erste Gefühl, das man natürlich hat, wenn plötzlich keiner mehr aus der Familie da ist, ist das Gefühl, allein zu sein – oder auch der Gedanke: *Alle sind inhaftiert, warum ich nicht? Warum darf ich frei sein und die anderen nicht?*

Als ich dann bei meiner Oma war – meine Oma war keine besonders nette Oma – sagte sie: „Hier Kind, hast du ein paar Taler, damit du die Fahrkarte bezahlen kannst oder für deine Eltern und Brüder etwas mitnehmen kannst in die Haft, vielleicht eine Tafel Schokolade oder so.“

Ich habe dann ganz viel gearbeitet: auf dem Acker in der Landwirtschaft, ich habe die Schule sauber gemacht und solche Sachen. Und ich habe auch viel gelernt.

Isabel Fannrich

Gleichzeitig durften Sie aber auch kein Abi machen. Sie haben dann zwischen 1985 und 1987 eine Ausbildung zur Verkäuferin gemacht. Und das ist ja auch bemerkenswert: In dieser Zeit kam jedes Jahr ein Familienmitglied aus der Haft zurück. Zuerst Ihr Bruder – einer Ihrer Brüder wurde noch im selben Jahr 1985 entlassen. 1986 kam der zweite Bruder frei, 1987 Ihre Mutter. Danach sind Sie wieder zusammengezogen.

Ihr Vater wurde erst am 20.12.1989 aus Bautzen entlassen – nach mehr als vier Jahren Haft. Das zog sich über eine sehr lange Zeit, was man sich einmal bewusst machen muss. Und Sie sind dann im November/Dezember 1989, also kurz hintereinander, in den Westen gegangen.

Silke Schulz

Genau. Ich bin am 11.11. mit meinem Freund nach Lübeck gegangen und meine Mutter und meine beiden Brüder kamen dann am 14.11. hinterher. Die Haftentlassung meiner Familienangehörigen war also in die DDR hinein. Die Verfolgungszeiten fingen ja im Grunde schon 1983 an. In der Schule hat sich das bei meinem Bruder und mir geäußert. Dann kam die Haftzeit meiner Familienangehörigen und dann wiederum die Haftentlassung in die DDR hinein. Keiner durfte mehr seinen Beruf ausüben, den er vorher gemacht hatte. Und dann bis zur Ausreise – es war ein langer Weg, bis 1989.

Isabel Fannrich

Wie kann man sich diesen Prozess vorstellen? Denn das Besondere bei Silke Schulz ist ja, dass sie heute noch alle zusammen in einem Haus leben. Ihr Vater ist mittlerweile verstorben, aber Sie leben mit Ihrer Mutter und Ihren Brüdern zusammen – und Ihre beiden Kinder, die aber inzwischen ausgezogen sind. Also: Es ist ja eine wahn-sinnige Nähe, zumindest räumlich gesehen.

Aber wie war denn der Prozess, nachdem alle zurückgekommen waren?

Wie haben Sie sich als Familie wiedergefunden?

Silke Schulz

Also, mein jüngerer Bruder ist nach acht, neun Wochen aus Hohen-schönhausen entlassen worden. Er hat dann seine Ausbildung weitergemacht und musste im Lehrlingswohnheim wohnen. In seiner Akte stand: *„Das Verfahren wird ohne Haft fortgeführt.“* Mein großer Bruder kam dann 1986 aus der Haft und meine Mutter im April 1987.

Das Zusammenleben: Meine Eltern hatten zum Glück meine Oma gebeten, die Wohnung weit im Voraus zu bezahlen, damit wir einen Ort haben, zu dem wir als Familie zurückkehren können. Insofern haben wir auch wieder in der elterlichen Wohnung zusammenge-wohnt.

Dennoch war es immer wieder so – das war ja Taktik der Stasi –, dass versucht wurde, die Familie auseinanderzutreiben. Ich wurde zum Beispiel damit geködert, dass ich, wenn ich mich von meinen Eltern und meiner Familie lossagen würde, die Ausbildung mit Auszeichnung machen könnte. Ich könnte auch noch Abitur machen und studieren. Ich würde mit 18 eine eigene Wohnung bekommen – solche Sachen. Es war unfassbar. Es wurde immer wieder nach Wegen gesucht, wie man diese Familie auseinanderreißen könnte.

Und als meine Mutter dann aus der Haft zurück war, wurde mein jüngerer Bruder zur Armee eingezogen. Der war gerade 18 – wieder ein Familienmitglied weg.

Wie habe ich diese Zeit empfunden? Natürlich war ich glücklich, dass wir als Familie wieder zusammen waren. Aber über die Haft wurde erst einmal geschwiegen. Keiner konnte darüber reden. Ich habe weder gefragt, noch haben die anderen erzählt – als wollte

man das Thema erst einmal zur Seite schieben, um gar nicht damit in Berührung zu kommen. Auch, um durch Fragen die anderen nicht zu verletzen. Und gleichzeitig war da dieses Spüren, was die Haft mit den Familienangehörigen gemacht hat.

Isabel Fannrich

Haben Sie Ihre Eltern als sehr verändert erlebt, als sie zurückkamen?

Silke Schulz

Ich habe alle sehr verändert erlebt. Mein jüngerer Bruder war ja, wie gesagt, nur – was heißt *nur* – in der U-Haft in Hohenschönhausen. Mein Bruder ist sehr sensibel, und ich möchte sagen, dass vielleicht nicht immer unbedingt die Dauer der Haftstrafe entscheidend dafür ist, was sie mit einem Menschen macht. Wenn ich ihn heute sehe – er ist 57 –, dann sehe ich, wie nachhaltig das wirkt.

Meine beiden Brüder sind Menschen, die überhaupt nicht darüber sprechen können. Null. Da ist gar kein Gespräch möglich. Aber dennoch sehe ich, was es mit ihnen gemacht hat.

Und alle waren verändert. Abgemagert – das ist erstmal das erste Erscheinungsbild.

Freunde haben sich abgewandt. Mein großer Bruder war 20, als er aus der Haft kam. Freunde haben sich abgewandt, diese Einsamkeit, die dann auch da war. Und deshalb hat man als Familie zusammengehalten, weil, wie gesagt, alle wieder in die DDR zurückentlassen wurden. Es war kein Freikauf oder so. Man lebte wieder in diesem Umfeld.

Man wurde angeguckt von Nachbarn – so – und man wollte sich einfach wegducken, gar nicht sichtbar werden. Wenn alle einen PM12 hatten – irgendwo in der Post, wenn man Geld abholen musste – und die Leute stehen in der Schlange und wissen gleich: „Ah, so.“ Das war eine gewollte Diskriminierung, eine Ausgrenzung. Immer

das Zeichen, dass die Menschen nicht mehr Teil dieser Gesellschaft sind.

Und genauso war es bei mir, als ich bei meiner Großmutter gelebt habe. Offiziell hat angeblich keiner gewusst, warum ich dort lebe. Ich musste laut Stasi sagen, meine Eltern hätten Arbeit im Ausland bekommen – völliger Blödsinn. Und dennoch hat jeder im Dorf gewusst, dass meine Eltern und meine Familie inhaftiert waren.

Und daraufhin eben auch die Tritte und die Prügel und solche Sachen. Ich bin dann abgegangen.

Isabel Fannrich

Wie hält man dann als Familie zusammen? Einerseits redet man nicht miteinander darüber, andererseits muss man wieder in einen Alltag in der DDR zurückfinden – in ein System, aus dem man ja eigentlich weg wollte. Sie mussten das dann in dem System tun, das Sie nicht mehr wollten.

Wie schafft man das? Wie findet man sich als Familie wieder, oder wie hält man zusammen – auch wenn man nicht redet? Was macht man dann?

Silke Schulz

Ich würde fast sagen, bei unserer Familie war es das gemeinsame Schweigen, das verbunden hat. Und dann ging es eigentlich darum, den Alltag zu gestalten und ohne viel irgendwo anzuecken durchs Leben zu kommen. Wir waren immer noch unter Beobachtung, und all diese Sachen hatten ja weiterhin Konsequenzen. Ein bisschen dieses Wegducken – und in der Familie schweigen – und ansonsten den Alltag gestalten.

Mehr oder weniger: Meine Mutter musste dann im Kleiderwerk ihren Job beginnen, mit sehr geringer Norm und sehr geringem Verdienst. Man hat immer versucht, die Familie zu drücken. Sorgen wa-

ren genug da, und deswegen auch dieses Schweigen in der Familie: um nicht noch mehr Sorgen aufzuwühlen.

Isabel Fannrich

Und wie wurde das Schweigen dann eigentlich unterbrochen? Sie haben mir ja erzählt, dass Sie in der Familie irgendwann doch begonnen haben zu sprechen.

Silke Schulz

Also, eigentlich erst, nachdem wir in Hamburg waren und meine Mutter sich auch organisiert hat – durch die VOS und verschiedene Veranstaltungen und Organisationen, an denen wir teilgenommen haben.

Isabel Fannrich

Die VOS, falls es nicht alle kennen: die Vereinigung der Opfer des Stalinismus.

Silke Schulz

Genau. Und ja, das Reden mit meinen Brüdern ist nach wie vor nicht möglich. Also eigentlich sind es meine Mutter und ich.

Isabel Fannrich

Aber wer hat denn den ersten Schritt dazu getan? Wissen Sie das noch?

Silke Schulz

Das kann ich gar nicht sagen. Ich würde mal sagen: Mutti. Ja.

Isabel Fannrich

Und das haben Sie dann auch an Ihre Tochter – oder an Ihre Kinder – weitergeben können, dass gesprochen wurde?

Silke Schulz

Also: Wir sind vor 19 Jahren alle zusammengezogen und leben mehr oder weniger als große WG, also wir nutzen die Wohnflächen gemeinsam, nur dass jeder auch sein eigenes Zimmer hat. Und meine Kinder waren damals noch relativ klein. Ich nehme jetzt mal den Älteren: Der war acht, der andere sechs.

Und das kam so allmählich auf, einfach durch diese Form des Zusammenlebens. Wenn wir uns unterhalten haben oder gerade Filme, Reportagen und so etwas gesehen haben oder über diese Veranstaltungen gesprochen haben, blieb es natürlich nicht aus, dass die Kinder etwas davon mitbekommen haben.

Und – ja – ich kann mich eigentlich gar nicht erinnern: Richtig gefragt haben sie nie. Das kam erst später, also nicht so im Kindes- und Jugendalter. Deswegen ist es für mich auch schwierig nachzuvollziehen, wie sich das bei einem zweijährigen Kind auswirkt.

Natürlich ist man sich als Mutter gar nicht bewusst, dass man das indirekt weitergibt – diese Ängste und Gefühle, die man hat. Ich weiß noch, ich wurde immer als „Übermutter“ im Umfeld bezeichnet: „Du machst dir viel zu viele Sorgen, du betüdelst deine Kinder so sehr.“

Aber ich glaube einfach, das war auch immer dieses Gefühl: Ich habe ja gemerkt, was es mit mir gemacht hat, als plötzlich die ganze Familie weg war. Und – ich habe mich ja früh vom Vater meiner Kinder getrennt, die waren noch ganz klein. Und wenn der die Kinder abgeholt hat, da hatte ich immer das Gefühl, mir würden meine Kinder weggerissen werden. Obwohl ich ihn seit über 40 Jahren kenne und wir trotzdem ein gutes Verhältnis miteinander haben. Aber es war wie ein Wegreißen.

Ja, und das kam dann später, dass wir wirklich darüber gesprochen haben – auch, weil es Thema in der Schule wurde, im Geschichtsunterricht. Dann hat man Themen angeschnitten. Oder die Kinder haben gesehen, wie Mutti und ich vorm Fernseher sitzen und uns die Tränen laufen. Und ja – dann haben wir darüber gesprochen.

Isabel Fannrich

Aber eher ein *Mussthema* oder eine *Abwehr* der Kinder – oder wie erleben Sie das?

Das ist ja jetzt auch die Frage der Enkelgeneration, oder?

Hinzu kommt, dass Sie selbst so von dem Ganzen betroffen waren: Auch Sie sind ja selbst so stark betroffen von dem Ganzen, dass man sagen muss: Auch Sie sind ja Opfer politischer Verfolgung bzw. Betroffene politischer Verfolgung – so, wie das alles gelaufen ist. Deshalb finde ich, dass sich da eine gewisse Vermischung ergibt, oder?

Silke Schulz

Also, ich stehe – ich würde sagen – in der Mitte. Ich bin das Kind meiner Eltern, also betroffene Tochter, aber durch diese Heimaufenthalte war ich eben selbst in einer Position als Betroffene.

Was das Verhalten meiner Kinder betrifft: Mein Sohn war irgendwann so: „Oh, könnt ihr nicht mal aufhören mit dem Thema? Das nervt ja. Lass doch mal gut sein, das ist doch so lange her.“

Da war das Verständnis, das Verstehen nicht da, dass so etwas so lange nachwirken kann.

Und ich glaube auch, ein bisschen war es, um sich selbst zu schützen – um sich selbst nicht mit dem Thema in der Tiefe auseinanderzusetzen zu müssen, weil es ihn, glaube ich, emotional sehr belasten würde.

Isabel Fannrich

Und was Sie gestern erzählt haben: Auf der Gedenkstättenfahrt nach Hohenschönhausen, da ist es dann aus ihm herausgeplatzt, oder?

Silke Schulz

Das hat mich sehr gewundert, weil mein Sohn eigentlich sehr zurückhaltend ist. Umso überraschter war ich, dass er auf der Gedenk-

stättenfahrt nach Hohenschönhausen so offen gesprochen hat. Bei uns in der Familie wird über das Thema sonst kaum gesprochen.

Neulich hatte ich eine Begegnung, die mir das noch einmal vor Augen geführt hat: Mein Sohn ist vor Kurzem ausgezogen, und ein Freund hat ihm beim Renovieren geholfen. Über Musik kamen sie ins Gespräch und dann irgendwie auch auf die DDR, und mein Sohn erzählte, wo wir herkommen. Plötzlich fing der Freund an, mich zu löchern: Ob es Hafterfahrungen in der Familie gäbe, wie das war und so weiter. Ich habe dann gesagt: „Können wir das Thema jetzt bitte beenden?“ – weil mich das in dem Moment einfach überfordert hat.

Hinzu kommt: Wir haben als Familie immer vermieden zu erzählen, was damals passiert ist. Meine Brüder würden es furchtbar finden, wenn im Wohnumfeld jemand wüsste, dass sie inhaftiert waren. Viele reagieren ja sofort misstrauisch, wenn das Wort „Haft“ fällt: Stimmt das alles? Haben die wirklich nichts getan? Haben die jemanden bestohlen oder betrogen? Politische Haft können sich viele nicht richtig vorstellen, weil die Erfahrungen sehr unterschiedlich und oft schwer nachvollziehbar sind. Deshalb haben wir das Thema sehr lange bewusst verborgen gehalten.

Isabel Fannrich

Das ist die soziokulturelle Ebene von der Sie gesprochen haben, oder?

Dr. Agathe Israel

Ich dachte auch: Sie waren unheimlich tapfer. Und Sie waren ja – wie Sie, Frau Fannrich, gesagt haben – die Achse der Familie. Sie waren als Jugendliche unheimlich tapfer und standen schon in einer Erwachsenenposition. Was Sie alles getan haben, das waren ja Leistungen, die eigentlich Erwachsene erbringen.

Und ich weiß gar nicht, ob Sie sich das jemals selbst so gesagt haben. So, wie Sie es erzählt haben, bin ich mir nicht sicher, ob Sie das

wirklich als *Leistung* ansehen – dass Sie als Jugendliche in eine solche Position gekommen sind und diese Situation überhaupt bewältigt haben. Man muss sich ja vorstellen: Niemand wusste, wie das ausgeht. Im Nachhinein kann man sagen: „Na ja, toll“, aber in dem Moment wussten Sie ja nicht, wohin das führt. Da musste man Hoffnung aufbringen.

Ich glaube, dass genau *darin* ein Problem liegt: dass Sie das noch gar nicht richtig als eine eigene Leistung anerkennen.

Und dann gibt es auch dieses Innen und Außen. Die Umwelt blieb ja feindselig. Sie war feindselig. Sie hat die Familie angegriffen. Man musste eine Art Festung bauen, um sich zu schützen. Und dieses engere Zusammenleben hat das vermutlich erleichtert: Man bleibt zusammen, man hält sich gegenseitig.

Aber jetzt – bis heute – haben Sie nicht das Gefühl, dass Sie sich *nach außen* öffnen können. Und genau dieser Schritt – als Jugendliche in die Welt hinauszutreten – das nennt man ja „Enkulturation“: dass man in die Gesellschaft hinausgeht, sich dort verortet und einbringt. Aber das geht nur, wenn man im Hintergrund eine sichere Bank hat.

Und deshalb denke ich: Das ist erstmal eine ganz spezielle Lösung, die Sie als Familie gefunden haben, um sich zu halten.

Silke Schulz

Ja, dass auf alle Fälle.

Dr. Agathe Israel

Und es ist bestimmt auch kein schlechtes Leben.

Silke Schulz

Nein, ist es nicht. Es funktioniert seit 19 Jahren so. Und ich denke, es ist wie in jeder anderen Lebensform auch: Es gibt Punkte, die man diskutieren muss, aber es ist keine Bosheit da, keine Feindseligkeit.

Und selbst meine Kinder, die nicht mehr zu Hause leben, denken bei ihren Entscheidungen immer auch an die anderen.

Meine Tochter sagt dann zum Beispiel: *„Mama, ich würde gern das und das dazugeben.“*

Und ich sage: *„Mach erstmal deinen Kram. Du musst dein eigenes Leben gestalten.“*

Dr. Agathe Israel

Aber sie sind in einer ähnlichen fürsorglichen Haltung, in der sie damals auch waren.

Silke Schulz

Aber auch von beiden.

Dr. Agathe Israel

Wichtig ist auch, dass man sich klar macht: Wenn die Außenwelt so feindselig ist, dann kann man sich innerhalb der Familie keine Konflikte leisten. Das macht man dann nicht.

Silke Schulz

Die haben wir auch nicht.

Dr. Agathe Israel

Ja, das geht dann nicht, weil es innerhalb funktionieren muss. Sonst kann man, glaube ich, nicht existieren. Wenn Sie die Welt rundherum so feindlich erleben, wie Sie es geschildert haben – bis heute –, dann braucht man einen konfliktfreien Raum. Und dadurch kommt es vielleicht auch zu diesem bis heute noch abgespaltenen Teil, wie man es jetzt nennt, mit dem Sie leben. Aber es ist eine Form – Sie haben eine Lösung gefunden.

Silke Schulz

Genau. Also darum: Letzten Endes geht es für mich als Mutter darum, dass meine Kinder glücklich sind. Und für uns – so wie wir zusammenleben – ich würde jetzt nicht sagen, ich bin unendlich glücklich, aber ich bin sehr froh, dass wir so zusammenleben.

Keiner von uns hat eine Partnerschaft. Wir sind alle ohne Partner, das ist ja auch ein Punkt, der einen ... ja, nicht unbedingt glücklich macht, wenn das fehlt. Partnerschaft gehört ja eigentlich dazu.

Deswegen sage ich mir: Es ist mir wichtig, dass meine Kinder glücklich sind, Partnerschaften haben, beruflich ihren Weg gehen und so weiter. Und trotzdem sind sie nah an uns allen dran, und das ist ganz wichtig.

Auch meine Brüder – wenn sie irgendetwas geplant oder gemacht haben – es wird immer an meine Kinder mitgedacht. Sie sind auch ein bisschen Erziehungsberechtigte meiner Kinder gewesen, durch dieses Zusammenleben. Und das hat den Kindern gutgetan, würde ich sagen.

Und das, was Sie noch mal sagten mit der Verantwortung: Ich war ja das Bindeglied zwischen allen Familienmitgliedern, als ich alle in der Haft besucht habe – so nacheinander. Meinen Bruder in Naumburg alle vier Wochen, Mutti dann in Frankfurt/Oder alle sechs Wochen, und bei Papa war es, glaube ich, so alle acht Wochen in Bautzen.

Da bin ich immer rundherum gereist. Ich war wirklich ein Bindeglied und habe Informationen weitergegeben. Natürlich gibt man nicht alles so weiter, wie man es erlebt hat. Ich war total erschrocken, als ich meinen Bruder gesehen habe oder meine Eltern. Das konnte ich so nicht weitergeben.

Und jetzt sitze ich hier wie so eine Heulboje – aber damals musste ich die Kraft haben.

Dr. Agathe Israel

Sie mussten ja erwachsen sein. Sie waren eigentlich schon in einer elterlichen Position, obwohl Sie als Jugendliche eigentlich an dem

Punkt gewesen wären, sich zunächst einmal von den Eltern zu lösen. Genau.

Ich denke, wir müssen uns bewusst machen, dass Sie eine Aufgabe übernommen haben, die normalerweise Erwachsene tragen. Und ich weiß nicht, wie gut Sie das für sich selbst sehen können – dass Sie das tatsächlich geleistet haben.

Da war etwas, das Sie geschafft haben, und gleichzeitig hat es Ihren eigenen Entwicklungsweg stark beeinflusst. Und ich glaube, man muss erst einmal überhaupt „Ja“ dazu sagen: Ja, das habe ich geleistet.

Silke Schulz

Ja, das fällt mir schwer, weil... es bin ja nicht nur ich. Also nein, ich glaube, ich kann nicht dazu *Ja* sagen, weil ich einfach sehe: Es bin ja nicht nur ich, sondern meine ganze Familie. Ich sehe, was es aus meinen Brüdern gemacht hat. Ich sehe, was es mit meiner Mutter gemacht hat, mit meinem Vater. Es war ja – ich sage es mal so – wie ein langes Sterben. Er kam aus Bautzen zurück und... ja.

Und deshalb würde ich dem, was *ich* da gemacht habe, gar nicht so viel Bedeutung beimessen.

Dr. Agathe Israel

Wir wollen aber mal, oder?

Isabel Fannrich

Ja, genau. Ein Applaus.

[Applaus]

Isabel Fannrich

Vielen Dank.

Ich hatte ja Ihre Familie schon einmal um ein Interview gebeten, und damals hatten Sie noch abgewunken. Umso mehr freue ich mich, dass Sie nun den Weg hierher gefunden haben und uns so viel erzählt haben. Vielen, vielen Dank für Ihre Offenheit.

Vielleicht ist das ja – durch den Impuls von Frau Israel – ein Schritt, das Gesagte auch innerlich noch einmal anzunehmen.

Ich würde jetzt gerne auch zu Frau Katrin Klein kommen. Mit ihr hatte ich nur kurz Zeit für ein Vorgespräch, weil sie beruflich als Ärztin so eingespannt ist.

Katrin Klein – ich erzähle einfach das, was ich aus unserem kurzen Vorgespräch weiß; Sie ergänzen dann bitte.

Sie sind 1961 in Dresden geboren. Sie sagten gleich: „Ich bin die Tochter von Frau Dr. Steinhäuser.“ Ich persönlich kannte den Namen noch nicht, aber offenbar ist er hier vielen ein Begriff. Entschuldigung – das wusste ich nicht.

Dr. Katrin Klein

Im Gefängnis ist sie sehr bekannt. Und meiner Mutter war es immer besonders wichtig, dass man alles vollständig und korrekt erzählt. Sie hat sehr darauf bestanden, dass nichts ausgelassen wird. Mein Vater war eher zurückhaltend, auch mit etwas mehr Abstand zu allem. Deshalb war meine Mutter für mich immer diejenige, die den Raum ausgefüllt hat – in unserer Familie, aber auch in meinen Erinnerungen.

Isabel Fannrich

Ich erzähle noch kurz weiter: Sie arbeiten als Ärztin im Krankenhaus, sind Abteilungsleiterin in Nürnberg, haben zwei Kinder und sind geschieden – was ein häufiges Thema ist.

1975, da waren Sie 14.

Dr. Katrin Klein

Da war ich 13. Ich bin erst im Dezember 14 geworden.

Isabel Fannrich

Und ihr Bruder, wie alt war der da?

Dr. Katrin Klein

Der ist gerade 12 geworden.

Isabel Fannrich

Da wurden Ihre Eltern verhaftet. Das war kurz vor der – natürlich nicht geglückten – Flucht, also während des Versuchs zu fliehen, noch auf DDR-Gebiet.

Dr. Katrin Klein

Also es war so – das habe ich ja alles erst im Nachhinein erfahren. Meine Eltern sind mit uns nach Magdeburg gefahren. Dort wäre wohl der Treffpunkt mit dem Fluchthelfer gewesen, der aber nicht aufgetaucht ist. Er soll eine Panne gehabt haben. Dann sind wir wieder zurückgefahren und am nächsten Tag wurden meine Eltern von der Arbeit weggeholt – von der Stasi.

Mein Bruder und ich waren zu Hause, weil wir eigentlich die Lehrbücher für die Schule kaufen sollten. Ich habe damals gewartet, dass jemand kommt und uns Geld gibt, damit wir die Bücher holen können. Es war kurz vor Ende der Sommerferien. Und statt meiner Eltern kam dann die Stasi zu uns und hat uns abgeholt.

Isabel Fannrich

Sie haben das in dem Alter auch dann schon bewusst miterlebt.

Dr. Katrin Klein

Also, ich habe überhaupt nichts gewusst, weder von den Fluchtplänen noch irgendwas und dass die Eltern verhaftet worden sind, dass diese Leute vor der Tür standen und was die wollten.

Isabel Fannrich

Waren Sie zu Hause in dem Moment?

Dr. Katrin Klein

Zu Hause war ich, weil ich darauf wartete, dass jemand von meinen Eltern kommt und mir Geld gibt, damit ich diese Schulbücher am Nachmittag holen kann. So war das geplant. Und dann standen plötzlich diese zwei Leute von der Stasi vor der Tür – dazu noch der Nachbar und jemand vom Jugendamt. So habe ich es in Erinnerung, es waren insgesamt vier Personen.

Sie sagten dann zu uns: „Die Eltern sind verhaftet.“

Isabel Fannrich

Und was ist dann mit Ihnen passiert?

Dr. Katrin Klein

Wir haben dann noch zugesehen, wie sie die Wohnung durchsucht haben. Als ich auf die Toilette musste, sagten sie, ich soll die Tür offenlassen – das Klo hatte ja kein Fenster, ich konnte also nicht wegspringen. Danach wurden wir sofort ins Kinderheim gebracht. Die Frau vom Jugendamt sagte nur: „Wir nehmen euch jetzt mit ins Heim.“ Ich fragte, ob wir etwas einpacken sollen. „Nein, brauchen Sie nicht“, sagte sie. Ich habe trotzdem meine Zahnbürste eingepackt, weil ich da eigen bin. Und diese Zahnbürste hatte ich dann in den nächsten Wochen.

Isabel Fannrich

Da waren Sie dann sechs Wochen und sind dann zur Oma gekommen, richtig? Aber eben weiter weg, in Plauen.

Dr. Katrin Klein

Genau, in Plauen, ins Vogtland.

Isabel Fannrich

Ihre Eltern waren dann ja auch eine Weile weg. Ihre Mutter ist erst 1979 in die DDR entlassen worden, also ungefähr vier, viereinhalb Jahre.

Dr. Katrin Klein

Meine Eltern sind im August 1975 verhaftet worden und im November/Dezember 1977 verurteilt worden. Meine Mutter ist vorzeitig herausgekommen. Sie hatte sieben Jahre bekommen, mein Vater fünfzehn Jahre. Meine Mutter ist dann im Dezember ... also, wann bin ich 20 geworden? 1981 – nein, Quatsch, 1979 entlassen worden. Ich bin 1961 geboren, also plus 20 gleich 1981, und 1979 ist sie – zu irgendeinem Feiertag, ich glaube, einem Jahrestag der SED – in die DDR entlassen worden.

Isabel Fannrich

Also ihre Mutter war in Hoheneck.

Dr. Katrin Klein

Genau.

Isabel Fannrich

Und ihr Vater war in Bautzen. Ja.

Dr. Katrin Klein

In Bautzen, in dem Gefängnis am Gericht dran. Dieses Stasi-Gefängnis, das direkt am Gericht in Bautzen ist. Da gibt's ja das zweite ‚Gelbe Elend‘, also es gab zwei – und das andere.

Isabel Fannrich

Ihre Mutter kam jedenfalls nach der Haft nach Plauen, und dann sind Sie wieder gemeinsam nach Dresden gegangen?

Dr. Katrin Klein

Sie sollte eigentlich nach Dresden, ist aber nach Plauen gekommen, weil wir ja dort waren – und weil dort auch ein Platz für sie war, also faktisch ein Bett.

Und ich nehme natürlich an, dass sie wahrscheinlich auch zu ihren Kindern wollte. Genau, deswegen ist sie nach Plauen gekommen. In Dresden war eine Wohnung für meine Mutter da gewesen, die die Stasi zur Verfügung gestellt hatte – mit einem Bett, einem Schrank und einem Stuhl. Also vermutlich eine ähnliche Einrichtung wie im Gefängnis.

Isabel Fannrich

Gut, da haben Sie jedenfalls dann wieder zusammengewohnt in Dresden, richtig? Also mussten Sie auch wieder zusammenfinden – das ist ja hier unser Thema. Sie haben dort Ihr letztes Lehrjahr als Krankenschwester gemacht. Ihr Bruder hatte auch eine Lehrstelle, und dann sind Sie schließlich mit Ihrem Vater in der Bundesrepublik im Rahmen der Familienzusammenführung wieder zusammengekommen.

Wie ist denn Ihre Familie oder wie sind Sie als Kinder damit umgegangen? Das waren doch viele Jahre, in denen Ihre Eltern weg waren.

Dr. Katrin Klein

Meinen Sie jetzt nach der Haft?

Isabel Fannrich

Ja, nach der Haft.

Dr. Katrin Klein

Schweigen. Rücksichtsvolles Schweigen. Ja, mein Vater hat nicht gesprochen, meine Mutter hat nicht gesprochen. Manchmal hat sie

etwas erzählt, aber dann eigentlich immer so flapsig – von irgendwelchen Aufsehern oder was da so passiert ist. Und da kam also nichts Richtiges. Und dann habe ich eben auch so – eigentlich genau wie Sie es gesagt haben, und Ihr Vortrag hat mir sehr geholfen jetzt und sehr viel Licht in meine Gedanken gebracht.

Ich habe auch nicht gefragt, weil ich immer gedacht habe: *Ich will sie verschonen. Ich will nicht da dran rühren.* Wenn sie nicht dran rühren wollen, wollen sie offensichtlich nicht drüber reden – dann werde auch ich nicht drüber reden.

Und so ist es ein allgemeines Schweigen gewesen. Eigentlich habe ich das meiste durch andere erfahren. Und am wohlsten tun mir Leute wie Silke, die dasselbe erlebt haben, an derselben Position als Außenstehende – in Anführungsstrichen – und da muss man gar nichts erklären.

Weil wir auch die, ja, die fehlende Anerkennung teilen, die Angehörige erleben, deren Familien im Gefängnis waren, weil wir ja faktisch draußen waren und es „gut“ hatten. Ja – das teilen wir auch. Ja, das ist eigentlich das Schöne.

Isabel Fannrich

Wie haben Sie sich das vorher zurechtgelegt, bevor Ihre Eltern wieder aus der Haft herauskamen? Also innerlich – als Erklärung und emotional – dass die Eltern in Haft sind?

Dr. Katrin Klein

Es hat ein Stück gedauert, bis ich das begriffen habe – dass meine Eltern wirklich nichts selbst getan haben. Ich habe lange gedacht: „Na ja, so lange Haft und so weiter... irgendetwas müssen sie doch gemacht haben.“ Aber dann hatte ich selbst ein Erlebnis mit einem Freund, der von der Straße weg verhaftet wurde – mit Zeugen, und mit dem, was ihm vorgeworfen wurde.

Da wurde mir mit einem Schlag klar – das war ungefähr anderthalb Jahre nach der Verhaftung meiner Eltern, also noch vor ihrer Verurteilung – dass meine Eltern *nichts* gemacht hatten.

Ich hatte das in einer anderen Dimension erlebt, mit diesem Freund, und dadurch war mir auf einmal deutlich, wie willkürlich das System war.

Aber natürlich habe ich mich innerlich schon anders eingerichtet, weil ich dachte: „Das dauert ja ewig, bis sie rauskommen, und es interessiert sich sowieso kein Mensch dafür – sie waren ja keine Spione oder so.“

Isabel Fannrich

Also das wussten Sie – wie lange? Denn es waren ja lange Haftzeiten...

Dr. Katrin Klein

...nach zweieinhalb Jahren war ja dann die Verurteilung.

Isabel Fannrich

Das wussten sie?

Dr. Katrin Klein

Ja, das haben wir von dem Rechtsanwalt erfahren. Also meine Großmutter hat es vom Rechtsanwalt erfahren. Aber in der Zeit durften wir nicht hinfahren. Wir durften die Eltern erst besuchen, nachdem sie verurteilt waren.

Isabel Fannrich

Und wie war das – also das ist ja auch eine schwierige Situation, nach so langer Zeit sich überhaupt wieder in der Haft zu begegnen?

Dr. Katrin Klein

Na ja, wir haben Briefe geschrieben. Meine Eltern durften, glaube ich, immer eine DIN-A4-Seite schreiben. Das haben sie getan. In der Untersuchungshaft seltener, im Strafvollzug dann regelmäßiger. Wir haben uns also geschrieben.

Was ich vor allem an diesen Briefen in Erinnerung habe, ist, dass ich oft gedacht habe: „*Eltern, ich bin keine zwölf mehr.*“ Es war, als wären sie in ihrer Entwicklung stehen geblieben – dort im Gefängnis.

Und mein Vater hat immer Dinge geschrieben wie „*Traue Männern nicht.*“ Da dachte ich: Was soll das? Ich konnte manchmal wenig mit diesen Briefen anfangen, weil sie an ein kleines Kind gerichtet waren – und das war ich nicht mehr. Ich war 14, 15. Und ich glaube, dass ich durch diese Umstände einen ziemlichen Sprung in meiner eigenen Entwicklung gemacht habe.

Isabel Fannrich

Und die Situation dann beim Besuch?

Dr. Katrin Klein

Beim Besuch – na ja, man durfte sich ja nicht anfassen. In Bautzen war eine Glaswand dazwischen. Bei meiner Mutter war es offen, aber umarmen durfte man sich auch dort nicht. Wir hatten immer viele kleine Dinge im Paket – wir durften mal ein Paket schicken und auch etwas mitbringen. Es wurde alles ausgepackt und untersucht. Wir waren immer stolz, wenn wir wieder Vitaminpillen hineingeschmuggelt hatten; eigentlich durfte man das, glaube ich, nicht, aber es wurde oft durchgelassen. Das fand ich immer witzig.

Ansonsten: Der ganze Tag war damit ausgefüllt – mit dem Bus hinfahren, warten. Manchmal saßen im Warteraum noch andere, die jemanden besuchten. Aber beim Besuch selbst waren wir immer al-

lein. Ich habe es nie erlebt, dass noch jemand anderes im Raum war. Das waren ja auch nur kleine Kabuffs, zumindest bei meinem Vater. Und bei meiner Mutter: dieser Weg hoch zu der Burg, durch dieses trostlose Stollberg – Gott, war das ätzend.

Isabel Fannrich

Viele Frauen schaffen es auch erst viel später, sich damit zu beschäftigen. Wie war das bei Ihnen? Gab es einen Auslöser bzw. wie lange beschäftigen Sie sich jetzt schon damit?

Dr. Katrin Klein

Ich beschäftige mich schon lange damit, aber ich habe meine Informationen eher um die Familie herum bekommen – durch Literatur, Filme, durch die Treffen, zu denen ich meine Mutter manchmal begleitet habe. Da höre ich zu, mit großen Ohren. Und oft habe ich mehr von anderen über ihre Geschichte erfahren als von ihr selbst. Heute weiß ich viel mehr. Meine Mutter hat auch früh Interviews gegeben – damals noch nicht so über das Eltern-Kind-Thema. Ich habe mir das alles nie angesehen.

Sie sagte zu mir: „Wenn du es anschaust, ärgere dich nicht, was ich da gesagt habe – es war halt so.“ Da wollte ich es erst recht nicht sehen. Meine Kinder haben es sich angeschaut. Mein Sohn sagte dann: „Mama, du kannst es ruhig ansehen. Es ist nicht schlimm.“

Und das hat mich berührt – dass meine Kinder sich um mich kümmern. Ich habe ein sehr gutes Verhältnis zu ihnen. Da bin ich wirklich glücklich.

Ich habe kein gutes Verhältnis zu meinem Ehemann. Ich habe mich getrennt. Meine Mutter ist leider verstorben. Wir haben nicht darüber sprechen können. Wir hatten insgesamt unser ganzes Leben lang eine ambivalente Beziehung. Am Schluss, denke ich, eine gnädige – uns jeweils gegenüber –, weil sie sehr hilfsbedürftig war, und ich habe die Hilfe gegeben. Ich war da, und wir haben uns ein

bisschen arrangiert. Aber es wurde nicht darüber gesprochen, auch nicht über Schuld oder irgendetwas, gar niemals.

Mein Vater hat noch einmal geheiratet und eine zweite Familie gegründet und noch einmal Kinder bekommen. Diese Familie ist sehr wichtig für ihn, weil die Kinder kleiner sind. Jetzt gibt es dort auch Enkel, und die Beziehung zwischen uns ist eigentlich sehr distanziert.

Isabel Fannrich

Entschuldigen Sie die Bemerkung, aber Sie erzählen es jetzt so recht locker. Es kratzt schon an Ihnen, oder?

Dr. Katrin Klein

Also ja. Ich bin da vermutlich ein wenig pragmatisch. Meine Mutter ist nun verstorben – ich kann daran nichts mehr ändern. Und bei meinem Vater: Die wenigen Ansätze, die wir hatten, haben mir so wenig gutgetan, dass ich keine Lust habe, noch einmal nachzufragen.

Ich profitiere sehr von dem Freundeskreis meiner Mutter. Es ist zwar manchmal etwas unangenehm, wenn sie immer sagen: „Ach, die Ute, die Frau Steinhäuser...“, aber sie sind alle ausgesprochen freundlich zu mir und erzählen mir viel. Dadurch erfahre ich immer wieder Neues über meine Mutter und über diese Zeit. Und eigentlich merke ich, dass ich milder werde – gnädiger.

Isabel Fannrich

Na ja, es geht ja nicht nur um ihre Mutter, es geht ja auch um Sie.

Dr. Katrin Klein

Ja, ich habe mir Mühe gegeben, meinen Kindern einen Halt zu geben und ich habe nicht alles geschafft. Meine Trennung war genau, als meine Tochter 13 wurde, das habe ich voll hingekriegt, dass sie auch

ein Trauma erlebt. Das hat sie auch sehr beschäftigt lange, aber ich habe meinen Kindern gesagt, wenn ihr mit der Oma rumhockt, dann fragt sie, wenn ihr es wissen wollt. Mir erzählt sie nichts und ich kann euch das nicht erklären. Und das Interessante ist, sie hat Ihnen viel erzählt. Und dann, das hat wieder mein Sohn gesagt. Die Oma hat ganz viel erzählt. Mein: „Schreib es gleich auf, dass du es nicht vergisst.“ Hat er gemacht. Ich habe es noch nicht gelesen.

Isabel Fannrich

Also scheint es Sie ein Stück weit ‚übersprungen‘ zu haben – von der betroffenen Tochter zu den Enkeln?

Wollen Sie dazu noch etwas sagen, Frau Israel?

Dr. Agathe Israel

Sie sagten, Sie haben dann bei der Oma gelebt, nicht wahr? Wie viele Jahre waren Sie dort?

Dr. Katrin Klein

Von 1975 bis 1980.

Dr. Agathe Israel

Fünf Jahre – also die fünf Jahre des Jugendalters waren Sie bei der Oma. Ich denke, das muss ja eine wichtige und gute Bezugsperson für Sie gewesen sein.

Dr. Katrin Klein

Meine Oma? Na ja. Meine Oma ist die Mutter meines Vaters. Mein Vater ist in der DDR aufgewachsen, in Plauen, die Familie kommt von dort. Und meine Großmutter hat immer zu mir gesagt: „*Deine Mutter ist schuld.*“ Denn ihr Sohn – also mein Vater – hatte ihrer Meinung nach gar keinen Grund, in den Westen zu gehen. Dann wird na-

türlich die Mutter beschuldigt. Und was macht das mit einem Kind? Da denkt man irgendwann, man müsse „einen Vogel haben“.

Dr. Agathe Israel

Ja. Aber insgesamt – im Alltag – ist die Frage, ob sie Sie dort auch gestärkt hat. Denn das, was Sie gerade erzählt haben, ist ja sehr schwierig.

Dr. Katrin Klein

Also, ich würde sagen: Ich hatte ein Zuhause. Sie hat sich gekümmert, soweit sie dazu in der Lage war, aber emotional war sie eher kühl.

Dr. Agathe Israel

Aber die emotionale Unterstützung haben Sie sich dann woanders geholt?

Dr. Katrin Klein

Ich hatte immer einen guten Freundeskreis, einen verlässlichen. Auch nach der Öffnung der Akten wusste man bei einigen schon, dass sie für die Stasi gearbeitet hatten. Das ließ sich ja kaum vermeiden. Aber ich habe viele Freunde aus dieser Zeit, heute noch. Und jetzt finde ich neue, mit ähnlichen Erlebnissen – und das ist sehr beruhigend.

Dr. Agathe Israel

Das ist also eine Lösung außerhalb der Familie – ein ganz anderer Weg.

Dr. Katrin Klein

Ja. Eigentlich ist die Lösung über die Kinder gekommen, weil ich sie immer bestärkt habe, Fragen zu stellen – das, was sie wissen wol-

len. Sie interessieren sich dafür. Meine Mutter hat auch einmal eine Gefängnistour gemacht, da waren die Kinder dabei und ein Freund. Wir haben die Gefängnisse angeschaut, in denen meine Eltern waren – also das Dresdner Stieg-Gefängnis, Hoheneck und Bautzen – eben als Museen. Und das war sehr interessant. In Hoheneck habe ich dann schon begriffen, dass das alles riesengroßer Mist war.

Aber es hat bei mir keinen Impuls ausgelöst, mit den Kindern darüber zu sprechen. Meine Tochter hat es gar nicht verstanden; sie lief da durch und sagte: „So ein Mist hier, was interessiert mich das?“ Aber sie war einfach zu jung. Später hat sie angefangen zu fragen. Und mein Sohn hat viele Fragen gestellt, mit ihm kann ich immer gut kommunizieren – überhaupt, mit meinen Kindern kann ich gut reden.

Isabel Fannrich

Vielen Dank, Frau Klein. Vielen, vielen Dank.

Silke Schulz

Was mir jetzt noch einfällt, ist noch einmal die Frage: Kann man die Eltern – also ich als Kind meine Eltern – dafür verantwortlich machen, was passiert ist?

In unserer Familiensituation war es so, dass mein Vater keine Arbeit mehr hatte und auch keine Arbeit bekam, weil die Stasi das ja gesteuert hat. Wir mussten von sehr wenig Geld leben. Meine Mutter hat damals halbtags gearbeitet, mein großer Bruder war Lehrling, und ich ging noch zur Schule.

Da stellt sich natürlich die Frage: Wie leben wir noch? Von dem, was verdient wurde, konnten wir nicht leben. Wir haben Hausrat verkauft, wir haben Kleidung verkauft, um etwas zu essen kaufen zu können. Und irgendwann kam dieser Punkt: *Wir können nicht mehr.*

Und dass mein Vater dann die Entscheidung getroffen hat – oder meine Eltern gemeinsam –, einen Fluchtversuch zu wagen, war die Kon-

sequenz daraus. Denn wie wäre das Leben sonst weitergegangen? Trotzdem ich mit 1,3 die Schule abgeschlossen habe, durfte ich kein Abitur machen. Die beruflichen Lebenswege wurden abgeschnitten, eine Weiterentwicklung war gar nicht möglich, weil dieses „gebrochene Leben“ da war.

Dr. Agathe Israel

Sie beschreiben jetzt die Diskriminierung Ihrer Familie, dass Sie wirklich existenzielle Nöte hatten. Dennoch gibt es in Ihnen verschiedene Anteile. Die „Kleine“ wirft den Eltern auf jeden Fall etwas vor. Das ist so. Sie fragt: „Wieso macht ihr das? Wieso passiert uns das? Wieso geht es uns so?“

Und der reife Anteil, der bei Ihnen ja sehr im Vordergrund stand, sagt natürlich das, was Sie eben erzählt haben: *Wir müssen das bewältigen, es ist eine richtige Entscheidung gewesen.*

Aber wir tragen in uns verschiedene Altersstufen, und wir nehmen diese über das ganze Leben mit. Wir haben Baby-Anteile, die immer verlangen: *Ich möchte versorgt werden und vereint sein.* Und dann gibt es autonomere Anteile in uns.

Ich denke schon, dass ein Teil in uns immer protestiert oder fragt oder etwas vorwirft – und dieser Teil braucht auch Raum. Sie haben so viele reife, erwachsene Anteile, dass Sie diesen inneren Konflikt regulieren können. Aber der kindliche Anteil ist trotzdem da.

Ist das verständlich oder wirkt das ein bisschen kompliziert?

Silke Schulz

Ja, da muss ich noch mal drüber nachdenken.

Dr. Agathe Israel

Ja, das glaube ich auch.

Silvia Krause

Mir war noch einmal wichtig, weil das Thema dieser transgenerationalen Weitergabe: Wenn ich meine Tochter sehe, wie sie mit unserem Enkel umgeht, wird mir klar, dass sie ebenfalls in der Vermeidung ist, ihm irgendwie wehzutun. Das wird sehr deutlich, weil sie als Kind eine Verletzung erfahren hat, die ihr – so glaube ich – bis heute nicht bewusst ist. Und das zeigt sich deutlich in ihrem Erziehungsstil. Sie kann keine Grenzen setzen, und sie erklärt dem kleinen Kind wie einem großen, warum er dieses und jenes bitte sein lassen soll.

Mittlerweile haben wir tatsächlich eine gewisse Umkehrung, wenn ich das so sehe: Der Enkel, mittlerweile 13, erzieht eigentlich meine Tochter. Das ist ganz interessant. Und natürlich – er ist hoch intelligent –, aber er kann sich hier auch in dieses System nicht eingliedern. Es wäre interessant, das zu erforschen, oder die Frage zu stellen, inwiefern sich das auf ADHS oder ADS auswirkt, oder wie immer wir das heute bezeichnen. Dass Anteile weitergegeben werden und damit sichtbar werden. Er ist ja, wie man sagt, so am Ende der „Fresskette“ jetzt.

Das war mir noch einmal wichtig, in den Raum zu stellen: wie also dieser Schutz, den meine Tochter damals nicht haben konnte oder nicht so erlebt hat, wie sie versucht, ihn gewissermaßen in Watte zu packen. Dass er alles versteht – aber sie kann ihm nicht sagen: „Jetzt hörst du auf“, also Grenzen setzen. Denn damals gab es eine Grenze, die ihr wehgetan hat. Und diese Vermeidung einer schmerzhaften Situation – ja –, das wollte ich noch so zu dem Thema beitragen.

Vortrag: Die Strafvollzugsabteilung Dessau für weibliche Strafgefangene – Haft- zwangsarbeit für das Chemiedreieck

**Niklas Poppe, Historiker und Mitarbeiter
der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)**

Das zu DDR-Zeiten bestehende Barackengefängnis in Dessau, in der Sprache der Volkspolizei *Strafvollzugsabteilung* genannt, in dem ab 1974 weibliche Strafgefangene eingesperrt waren, zeigt deutlicher als viele andere Haftorte die konsequente Einbettung des Strafvollzuges in die DDR-Volkswirtschaft durch Haftzwangsarbeit. Handelte es sich doch um einen Lagerkomplex, der auf Initiative eines wichtigen Kombinates des Chemiesektors in Zusammenarbeit mit dem



Niklas Poppe

Ministerium des Innern entstand und von ersterem ausgestattet und bedeutend mitfinanziert wurde. Bevor jedoch auf das eingegangen werden kann, was sich auf dem Barackengelände des Areals der Dessauer Magnetbandfabrik abspielte, muss der Blick auf die Haftsituation in der Bezirkshauptstadt Halle (Saale) gerichtet werden.

Haftsituation im Bezirk Halle (Saale)

Das dort existierende Frauengefängnis, bekannt als „Roter Ochse“, war seit Anfang der 1970er in hohem Maße überbelegt. Innerhalb der Folgejahre wurde dies wieder und wieder in den Berichten der Abteilung Strafvollzug moniert. Doch bis zur Mitte des Jahrzehnts schien sich keine Besserung einzustellen, im Gegenteil. Bis zu 700 Strafgefangenen mehr als die auf 800 festgelegte Maximalkapazität waren in dem halleschen Frauengefängnis Mitte der 1970er eingesperrt.¹ Ein wesentlicher Grund, warum sich die Belegungssituation in Halle, aber auch in anderen DDR-Gefängnissen ab den 1970er Jahren immer weiter zuspitzte, hängt mit einer Deliktgruppe zusammen, die es vor der Einführung des 1968 in Kraft getretenen Strafgesetzbuches der DDR in dieser Form nicht gegeben hatte: Menschen, die wegen „asozialen Verhaltens“ in Haft kamen. Diese stellten ab den 1970er Jahren die größte Gruppe im DDR-Strafvollzug bis zur Wiedervereinigung. Schätzungsweise bis zu 130.000 Haftstrafen sollen auf der Grundlage des Paragraphen 249 verhängt worden sein.² Im Zentrum des Vorwurfs sich „asozial zu verhalten“ standen Begriffe wie „Arbeitsscheu“ oder „Arbeitsbummelei“ sowie die Bezichtigung, Prostitution zu betreiben, selbst wenn es sich in vielen Fällen lediglich um (zugeschriebene) Promiskuität gehandelt haben mag. Aber auch allgemein mit „unlauteren Mitteln“ Geld zu verdienen, fiel unter die Anschuldigung der „Asozialität“. Im Wesentlichen un-

1 LASA Merseburg, M 555-3, BDVP Halle, Nr. 1268, Einschätzung des AEK Halle, 3.3.1975, Bl. 92-99.

2 Konstantin Neumann: Legitime Sozialdisziplinierung oder politische Repression? Die Strafverfolgung „asozialen Verhaltens“ in der DDR, in: Zeitschrift des Forschungsbundes SED-Staat, Nr. 44/2019, S. 207-214.

terscheiden sich die Definitionsversuche des Begriffs kaum von den bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert praktizierten Zuschreibungen. Lediglich die erbbiologischen Erklärungsansätze aus der NS-Zeit verschwanden. Die Begrifflichkeit selbst, die Marginalisierung anderer Lebensentwürfe und auch verschiedene Repressionsmechanismen waren in den 1950ern in der DDR – wie auch in der Bundesrepublik – vorhanden. Der DDR-Strafrechtsparagraf 249 führte ab den späten 1960er Jahren jedoch zum systematischen Zugriff durch Polizei und Justiz.

Im Strafvollzugswesen lassen sich in den Berichten zur Haftsituation in den 1970er Jahren oftmals ungläubig wirkende Formulierungen finden, die eine stete Verschlimmerung des gesellschaftlichen Zustandes beklagen. Vielmehr erscheint dabei jedoch die fehlende Reflexionsgabe der Mitarbeiter im Ministerium des Innern (Mdi) ein Problem gewesen zu sein. So hieß es in einem Bericht aus der Abteilung Strafvollzug des Bezirks Halle im Frühling 1971:

„Auslastung der SVE [Strafvollzugseinrichtung, d.V.] und UHA [Untersuchungshaftanstalten, d.V.] steigt konstant [...] Der Anteil der Strafgefangenen mit stark verfestigten asozialen und negativen Verhaltensweisen steigt beständig: strenge Vollzugsart ist um 3 %, Strafarmt Arbeitserziehung ist um 43 %, Strafarmt Jugendhaus ist um 40 % angestiegen. Der Gefangenenbestand verjüngt sich. So beträgt der Anteil der Strafgefangenen bis 25 Jahre im 1. Quartal 60,4 %. Die ständig steigende Asozialität drückt sich darin aus, dass 63,1 % der Strafgefangenen Arbeitsbummelanten bzw. Arbeitsscheue sind.“³

Die auf der Hand liegende Erkenntnis, dass hier weniger eine soziale Entwicklung als die neue Häftlingskategorie an sich dazu führte, dass mehr „asoziale“ und junge Strafgefangene in den Haftanstalten zu finden waren, erscheint in solchen vielfach in den Akten des Mdi

3 LASA Merseburg, M 555, Nr. 597, Berichterstattung gemäß Anweisung 153/70, 14.04.1971.

zu findenden Zustandsbeschreibungen nicht. Auch die hohe Quote an „Wiederholungstätern“ sorgte in der Folge in der Bezirksbehörde der Volkspolizei oftmals für Kopfzerbrechen. Da nun jedoch mitunter vielmehr als strafwürdig empfundene Lebensweisen als konkrete Taten in den Fokus gerückt wurden, verwundert die hohe Anzahl von eben solchen mehrfach Inhaftierten kaum. Das DDR-Strafgesetz sah in Wiederholungsfällen nach Paragraph 249 eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren und nicht, wie beim „Erstvergehen“, bis zu zwei Jahren Haft vor. Damit mehrten sich zwangsläufig die Gefangenen in den Untersuchungsgefängnissen und Strafvollzugsanstalten Anfang der 1970er Jahre. Vermutet wird, dass sich die Einführung des Paragraphen 249 intensiver auf den Bereich des Frauenstrafvollzuges ausgewirkt haben dürfte, da davon ausgegangen werden kann, dass der starke Männerüberhang in der Kriminalitätsstatistik nicht auf den Bereich der „Asozialität“ übertragen lässt und die entsprechenden Haftkapazitäten im Bereich des Frauenstrafvollzuges verhältnismäßig stärker belastet gewesen sein dürften als jene in den Männerstrafvollzugseinrichtungen. So lässt sich etwa auch für das größte DDR-Frauengefängnis Hoheneck ab Mitte der 1970er Jahre „asoziales Verhalten“, neben der „Republikflucht“, als häufigster Inhaftierungsgrund feststellen.⁴

Barackengefängnis auf einem Werksgelände in Dessau

Als im Jahre 1974 mit dem Lagerkomplex in Dessau ein zweiter Haftort für Frauen im Bezirk Halle geschaffen wurde, nahm man das in der Bezirkshauptstadt und dem nun als „Arbeitserziehungskommando“ titulierten Haftanstalt im „Roten Ochsen“ dementsprechend erleichtert zur Kenntnis. Die Belegung in diesem Frauengefängnis ging nachfolgend kontinuierlich zurück. Gegenteilige Entwicklung war nordöstlich der Bezirkshauptstadt zu beobachten: Wurden als Erstbelegung noch 300 Frauen in Dessau inhaftiert, waren ein Jahr später bereits 600 Gefangene in den Baracken untergebracht. Diese

4 Sebastian Lindner: Hoheneck. Das zentrale Frauengefängnis der DDR 1950 – 1989/90, in: LaG 09/21.

Entwicklung hielt die kommenden Jahre an. Während in Halle im Jahr 1979 noch ca. 600 Strafgefangene eingesperrt waren, saßen in der Strafvollzugsabteilung Dessau zum selben Zeitpunkt beinahe 1.000 verurteilte Frauen ihre Strafen ab.⁵ Fortan stellte Dessau den größten Frauenhaftort des Bezirkes bis zur Wiedervereinigung.

Ein interessanter Aspekt der Entstehungsgeschichte ist nicht nur die augenscheinliche Notwendigkeit, Haftkapazitäten zu erweitern, sondern auch die volkswirtschaftliche Beteiligung an solchem Vorhaben. So entstand das Gefängnisareal für Frauen auf einem Werksgelände, das Anfang der 1970er Jahre als Barackenkomplex für Bauarbeiter gedient hatte. Nun wurden eigens auf dem Areal durch das Fotochemische Kombinat Wolfen (FCK Wolfen) Umbauarbeiten finanziert, um verurteilte Frauen vor Ort für die Magnetbandfabrik Zwangsarbeit verrichten zu lassen. Der größere Teil der eingesperrten Frauen war dabei in Außenkommandos beschäftigt.⁶ Täglich wurden die dort eingesetzten Strafgefangenen mit Gelenkbussen unter der Kontrolle bewaffneten Personals in die Fabrikhallen des Fotochemischen Kombinates gefahren. Der Einsatz für das Chemiekombinat war sowohl auf dem Strafvollzugsgelände als auch in den Außenkommandos maßgeblich und sollte Priorität haben. Das hieß für die Abteilung Strafvollzug und die Leitung des Lagerkomplexes, dass alle Soll-Stellen besetzt sein mussten, bevor man Strafgefangene in anderen Arbeitsbereichen einsetzte (z.B. im Dessauer Gasgerätewerk oder der Fahrradherstellung des VEB Blitz).⁷ Dafür finanzierte das Kombinat wiederum den Ausbau des Geländes, die Sanierung der Baracken, die Herstellung und Erweiterung der Produktionsbereiche und auch die sicherheitstechnischen Neuerungen,

5 LASA Merseburg, M 555-9, Nr. 28, Auskunftsmaterial für den Genossen Generalmajor Tunnat für den Arbeitsbesuch am 23.08.1979 im VEB Filmfabrik Wolfen, Fotochemisches Kombinat mit dem Generaldirektor Dr. Jäger, 17.08.1979

6 LASA Merseburg, M 555-9, Nr. 28, Konzeption für den Arbeitseinsatz der Strafgefangenen und dessen weitere Konzentrierung, 1.4.1976, JH Dessau, der Leiter.

7 ebd.



Links Produktionsgelände der Magnetbandfabrik, rechts ein Teil der für die Inhaftierung genutzten Baracken, BArch, MfS, BV Halle, AGL, Nr. 843, Teil 2.

die das Gelände zum abgeriegelten Haftkomplex machten.⁸ Das Areal, von außen durch die Lage auf dem Gelände der Magnetbandfabrik kaum als Gefängnis Komplex zu erkennen, war zusätzlich zu den Wachposten durch eine massive Außenmauer mit Mauerkronensicherung, einem Sicherungszaun und dem durchgängigen Einsatz von Wachhunden gesichert (siehe Bild).⁹

Im Jahre 1978 kam es zum Bau einer neuen Produktionshalle und zur Rekonstruktion der bereits bestehenden Lagergebäude. Die Gesamtkosten der Umbauarbeiten beliefen sich auf beinahe 7 Mio.

8 LASA Dessau, E 239, Nr. 2, S. 2; LASA Merseburg M555, Nr. 591, Lageeinschätzung Abt. Strafvollzug, 15.07.1974; M555 Nr. 609, Vereinbarung zwischen BdVP Halle und der Magnetbandfabrik Dessau; M 555-9, Nr. 28, Überführung der Audiobandkassettenkonfektionierung nach Dessau, 22.11.1978; M 555-9, Nr. 28, Zum Besuch von Generalmajor Tunnat, 23.8.1979.

9 LASA Merseburg, M 555-9, Nr. 28, Auskunftsmaterial für den Genossen Generalmajor Tunnat für den Arbeitsbesuch am 23.08.1979 im VEB Filmfabrik Wolfen, Fotochemisches Kombinat mit dem Generaldirektor Dr. Jäger, 17.08.1979.



Haftzwangsarbeit im Arbeitsbereich Audioband, VEB Magnetbandfabrik Dessau, LASA Dessau, E 239, Nr. 2, S. 8

Mark und wurden vom FCK Wolfen getragen. Einige Monate nach der Fertigstellung besuchte der Generalmajor Hans Tunnat, damals Leiter der Verwaltung Strafvollzug, das Dessauer Lager. Stolz wurden die nun erweiterte Monetarisierung der Strafgefangenenarbeit am Haftort dargestellt. So habe der Bau einer Produktionshalle bisher eine Warenproduktion im Wert von 43 Mio. Mark erbracht. Insgesamt sollen die vornehmlich in den Außenkommandos für die Filmfabrik Wolfen tätig gewesenenen über 600 Frauen im Vorjahreszeitraum über 135.000.000 Mark an Warenwert erarbeitet haben, die für den VEB Magnetbandfabrik durchschnittlich 185 Strafgefangenen 18.602.000 Mark.¹⁰

Besonders junge oder physisch beeinträchtigte Frauen wurden dagegen in anderen Betrieben eingesetzt, da die Tätigkeit für FCK Wolfen und Magnetbandfabrik als kräftezehrend und körperlich belastend galt. Trotzdem waren Mitte bis Ende der 1970er Jahre zwischen 70 und 80 Prozent der weiblichen Strafgefangenen aus Dessau für das Chemiekombinat tätig, u. a. in Bereichen der Filmaufarbeitung, der Magnetbandfertigung oder der Viskose-Spinnerei. Nennenswerte Ausbildungsmöglichkeiten gab es dabei erst ab Ende der 1970er

10 ebd.

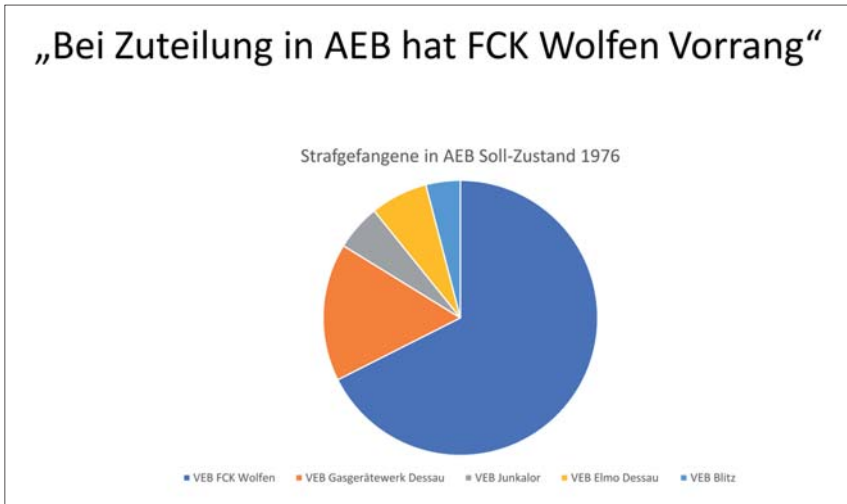
Jahre, zuvor konnten lediglich Teilfacharbeiterausbildungen abgeschlossen werden. Doch auch mit den ab 1979 vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten wurde nur ein Bruchteil der Strafgefangenen relevant geschult.¹¹ Dabei waren viele der Frauen ohne vorher abgeschlossene Ausbildung. Dabei waren die Frauen im Schnitt sehr jung, in der Regel zwischen 18 und 25 Jahre alt. Einige Strafgefangene waren gar als Minderjährige in der sogenannten Jugendabteilung eingesperrt. Dabei handelt es sich 1975 um etwa 60 aus Hoheneck verlegte Jugendliche.¹² Ein Jahr später waren es bereits mehr als doppelt so viele minderjährige Frauen, die jedoch nicht im FCK Wolfen eingesetzt werden sollten, sondern vermehrt im Gasgerätewerk Haftzwangsarbeit verrichten mussten, ohne entsprechende Möglichkeiten Facharbeiterabschlüsse zu erzielen. Die Jugendlichkeit der Frauen war auch ein Faktor für die Zusammenarbeit mit der Jugendstrafvollzugsanstalt, beziehungsweise dem Jugendhaus in Dessau. Verwaltete dieses ohnehin die Strafvollzugsabteilung, wurde sich auch direkt an den dort gemachten Erfahrungen orientiert im Rahmen der Erziehertätigkeit oder des Einsatzes von Strafgefangenen als Leitungskräfte wie etwa Brigadeleiterinnen.¹³ Das junge Alter der Inhaftierten wird vermutlich auch einen Einfluss auf die abzusitzenden Strafen mit sich gebracht haben. So ist Ende der 1970er Jahre von einer knapp 2-jährigen Haftstrafe als Durchschnittswert die Rede. Zur beinahe selben Zeit waren die durchschnittlichen Haftstrafen in der Strafvollzugseinrichtung Halle deutlich höher, wobei sich die Deliktgruppen durchaus in ihren Anteilen ähnelten. In Dessau waren wie in allen anderen Strafvollzugseinrichtungen verschiedene Straftatbestände für die abzusitzenden Haftstrafen ausschlaggebend. Die mit Abstand größte Deliktgruppe bildeten jedoch wie

11 LASA Merseburg, M 555-9, Nr. 28, Zum Besuch von Generalmajor Tunnat, 23.8.1979; M 555-9, Nr. 28, Auskunftsmaterial für den Genossen Generalmajor Tunnat für den Arbeitsbesuch am 23.08.1979 im VEB Filmfabrik Wolfen, Fotochemisches Kombinat mit dem Generaldirektor Dr. Jäger, 17.08.1979.

12 LASA Dessau, E 239, Nr. 2, S. 9.

13 ebd.

„Bei Zuteilung in AEB hat FCK Wolfen Vorrang“



Einteilung der Strafgefängenen in die Arbeitseinsatzbetriebe der StVAbt. Dessau 1976

in Halle die wegen „asozialen Verhalten“ Inhaftierten, die mitunter etwa zwei Drittel der Belegung ausmachten.¹⁴ Diebstahlsdelikte landeten in der Regel auf dem zweiten Platz der Deliktarten. Dass es in Dessau auch politische Inhaftierte gab, deren Anteil jedoch klein gewesen sein muss, zeigt eine eigene „213er“ Brigade, die nur aus Frauen bestand, die aufgrund von „Republikflucht“ eingesperrt waren.¹⁵

Mit der Amnestie im Jahre 1987 stand der Lagerkomplex erstmals völlig leer und die Bediensteten des Strafvollzuges mussten sich mit Überbrückungstätigkeiten beschäftigen, in dem etwa an einzelnen Funktionsgebäuden und den inzwischen fünf Baracken, die sie als „Unterkünfte“ bezeichneten, Umbauarbeiten übernommen wurden. Im August 1988 kamen dann neue Strafgefängene nach Des-

14 LASA Merseburg, M 555-9, Nr. 28, Auskunftsmaterial für den Genossen Generalmajor Tunnat für den Arbeitsbesuch am 23.08.1979 im VEB Filmfabrik Wolfen, Fotochemisches Kombinat mit dem Generaldirektor Dr. Jäger, 17.08.1979.

15 LASA Merseburg, M 555, Nr. 598, statistische Übersicht der Strafvollzugseinrichtungen des Bezirkes Halle, 1975.

sau. Die Belegung konnte aufgrund weiterhin stattfindender Bauarbeiten nicht ihr vorheriges Niveau erreichen, stieg jedoch im Jahre 1989 zeitweise auf etwa 700 Strafgefangene an. Trotzdem kam es zu Unzufriedenheiten beim Stammbetrieb wegen der verhältnismäßig geringen Anzahl an verfügbaren Zwangsarbeiterinnen. Als im Dezember 1989 auch weibliche Gefangene aus Dessau die Arbeit niederlegten und streikten, ließ das Fotochemische Kombinat das Jugendhaus und die Strafvollzugsabteilung wissen, dass aufgrund der Unzuverlässigkeit künftig nur noch maximal 200 Strafgefangene in den Betrieben des Kombinates geplant werde.¹⁶ Das Ende des Dessauer Barackengefängnis schien damit schon einige Zeit vor der Wiedervereinigung eingeläutet.

16 LASA Merseburg, M 555, Nr. 609, Informationen zu den Problemen der Zusammenarbeit mit den Arbeitseinsatzbetrieben des Jugendhauses Dessau und der Strafvollzugsabteilung Dessau, 17.01.1990.

Vortrag zur Wanderausstellung: „Einweisungsgrund: Herumtreiberei“ – Disziplinierung in Venerologischen Sta- tionen und Spezialheimen der DDR

Hannes Schneider – Riebeckstraße 63 e.V. Leipzig

Juliane Weiß – Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau

„Es hat sich herauskristallisiert, dass das mein absoluter Tiefpunkt im Leben war. Der Grad des Ausgeliefertseins, du weißt gar nichts, die können hier alles mit dir machen. [...] Die Untersuchung, dieser barbarische körperliche Eingriff, so eine Würdeverletzung. Und dann noch der Seitenblick, diese Sorge um die jungen Mädchen um mich. Die wesentlich jünger waren als ich.“



Juliane Weiß., Hannes Schneider

Mit diesen Worten erinnert sich eine Betroffene an ihre Zwangsunterbringung auf der Geschlossenen Venerologischen Station Leipzig-Thonberg. Sie war bereits volljährig und trotz eigener Belastungen richtet sich ihr Blick auf die Minderjährigen, die mit ihr auf Station waren.

Zwei Stimmen jener Jugendlichen, die allerdings zu anderen Zeitpunkten dort untergebracht waren, möchte ich ebenfalls zitieren:

»Das Abwertende, wie man sich da gefühlt hat. [...] Und man hatte keine Wahl zu sagen: ›Nein, das möchte ich nicht.‹ Man war in der Zwangssituation alles über sich ergehen zu lassen. Und damit erstmal klarzukommen, dass man sich hat erniedrigen lassen, dass ist es, was einen beschäftigt.«

»Dann bin ich mit dem grauen Barkas nach Eilenburg zurück ins Heim. [...] Und mir wurde dann angedroht, wenn ich noch mal abhaue, komme ich nach Torgau. Ich hab dann keine Flucht mehr be- gangen, weil ich schon Angst hatte. Ich hatte Angst auch wieder nach Thonberg zu kommen.«

Das Unrecht, das den Mädchen und Frauen auf den Geschlossenen Venerologischen Stationen widerfahren ist, erfährt gegenwärtig eine größere Aufmerksamkeit. Wie schon bei der Aufarbeitung der repressiven Heimerziehung war und ist der Mut und das Engagement der betroffenen Frauen der entscheidende Antrieb.

Die Geschichte dieser Stationen zeigt, wie sich die sogenannte „politisierte Medizin“ – ähnlich wie die Jugendhilfe und Pädagogik – in den Dienst des Erziehungsgedankens zur „sozialistischen Persönlichkeit“ gestellt hat und Teil eines umfassenden Netzwerks von Repression, Disziplinierung und Umerziehung war. Noch immer ist sie vielen unbekannt. Sowohl die wissenschaftliche Aufarbeitung als auch die gesellschaftliche Auseinandersetzung erfordern daher weitere Anstrengungen.

Vor diesem Hintergrund bedanken wir uns herzlich für die Einladung zum Bundesfrauenkongress der UOKG und für die Möglichkeit, unsere Wanderausstellung hier vorstellen zu dürfen.

Die Ausstellung „Einweisungsgrund: Herumtreiberei“ beschäftigt sich mit der Disziplinierung in den Geschlossenen Venerologischen Stationen und in den Spezialheimen der DDR.

Kuratoren der Ausstellung

Durchgeführt wird das Projekt von zwei Kooperationspartnern:

- Der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, die heute als Symbol für das gesamte unmenschliche Strafsystem der DDR-Spezialheime steht, das zwischen 1949 und 1989 etwa 135.000 Kinder und Jugendliche durchlaufen mussten;
- sowie dem Verein Riebeckstraße 63 e.V. in Leipzig, der auf dem Gelände der ehemaligen Städtischen Arbeitsanstalt einen Gedenk-, Lern- und Begegnungsort aufbaut. Über die Systeme hinweg befand sich an dieser Adresse ein Ort, der geprägt war von Ausgrenzung, Verwahrung und Gewalt. Von 1946 bis 1990 bestand dort auch die Geschlossene Venerologische Station Leipzig-Thonberg.

Seit 2021 besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen. Ein wesentlicher Grund dafür ist das vergangene Zusammenwirken der DDR-Einrichtungen, mit denen wir uns beschäftigen: die sich ähnelnden gewaltvollen Praktiken in den Geschlossenen Venerologischen Stationen und den Spezialheimen sowie die Tatsache, dass in den Biografien vieler minderjähriger Betroffener



Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof
Torgau



Verein Riebeckstraße 63 e.V. in Leipzig



Erzählcafé in den Räumen der ev.-luth. Erlöserkirchgemeinde Leipzig-Thonberg auf dem Gelände der Riebeckstraße 63 am 17. August 2024.

Foto: Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

häufig auch eine vorausgehende oder anschließende Unterbringung in den Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe zu finden ist.

Aus dieser Zusammenarbeit sind zwei konkrete Projekte entstanden:

- Ein Erzählcafé für Betroffene, Angehörige und Interessierte, das seit November 2023 regelmäßig auf dem Gelände der Riebeckstraße 63 stattfindet. Das nächste Treffen findet am 7. November 2025 statt;
- und die Wanderausstellung, die wir mit Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Monom-Stiftung umsetzen und 2024 in Torgau und Leipzig eröffnen konnten.

Was waren diese Einrichtungen eigentlich, die abfällig auch als „Tripperburgen“ bezeichnet wurden?

Es handelte sich offiziell um Krankenstationen zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten. Tatsächlich aber dienten sie der Diszipli-

nierung und Umerziehung von Mädchen und Frauen, deren Verhalten als abweichend galt, sei es von der gängigen Sexualmoral, der Idealvorstellung der sozialistischen Persönlichkeit, der Arbeitsmoral oder der Staatstreue.

Geplant waren geschlossene Stationen in allen Bezirken. Für mehrere Städte gibt es gesicherte Erkenntnisse, für viele weitere besteht noch Forschungsbedarf.

Zwischen 1961 bis 1989 war weniger als ein Drittel der Eingewiesenen tatsächlich erkrankt. Gleichzeitig sank das Alter der Eingewiesenen in dieser Zeit deutlich. Einweisungsgründe wie „Herumtreiberei“ oder „Arbeitsbummelei“ sind viel häufiger in den Akten zu finden.

Einweisungsgründe, die auch in ein Spezialheim zur Umerziehung führen konnten. Nicht zuletzt aus diesem Grund wird die Einschätzung vertreten, dass die Venerologischen Stationen ab den 1960er Jahren stärker dem Heimsystem zuzuordnen sind.

Der Alltag auf den Stationen war geprägt von Erniedrigungen und Gewalt: tägliche, gewaltsam durchgeführte Abstriche, rigide Vorschriften, Strafen, Zwang, Isolation. Diese Untersuchungen sind heute klar als sexualisierte Gewalt zu bewerten. Die Dauer der Unterbringung variierte: bei tatsächlicher Erkrankung war sie kürzer, bei gesunden Mädchen und Frauen war die Unterbringung oft mehrere Wochen lang. Auffällig ist auch das Netzwerk rund um die Stationen: Die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, der Polizei oder auch dem Ministerium für Staatssicherheit.

Die Folgen der Unterbringung sind bis heute spürbar. Betroffene Frauen berichten von Willkür, Demütigungen und sexueller Gewalt als Disziplinierungsmethode. Viele schweigen – aus Scham, Angst oder weil sie das Erlebte nicht in Worte fassen können. Wer spricht, bezeichnet die Erfahrungen nicht selten als das Schlimmste in ihrem Leben.

Die Erinnerungen sind bruchstückhaft. Viele Frauen empfinden Schuldgefühle, schämen sich. Häufig haben sie eine Täter-Opfer-Umkehr erlebt, bei der ihnen die Schuld für das zugefügte Leid zugeschoben wurde.

Die Langzeitfolgen sind vielfältig: psychische Belastungen, Ängste, Schmerzen oder ein tiefes Misstrauen gegenüber anderen Menschen und auch gegenüber professioneller Hilfe.

Und dennoch: Dank der mutigen Frauen, die ihre Erfahrungen teilen, sowie dank engagierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, zivilgesellschaftlicher Initiativen und Beiträgen aus Literatur, Medien und Kunst konnte in den letzten Jahren eine historische, juristische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesem, lange verdrängten Kapitel der DDR-Geschichte beginnen.

Hintergrund zur Aufarbeitung

Es waren in erster Linie betroffene Frauen, die die Aufarbeitung überhaupt erst anstießen. Den Anfang machte im Jahr 2000 Ursula Gallus, die beim Verein *Zeitgeschichten e.V.* in Halle anrief und dort von ihren Erfahrungen auf der Station in der Poliklinik Mitte berichtete. In den folgenden Jahren begannen erstmals lokale Medien, über dieses Thema zu berichten. Nach und nach meldeten sich weitere Betroffene zu Wort. Ein Beispiel ist Bettina Weben, die später ihre Biografie unter dem Titel *„Gequält, erniedrigt und doch am Leben“* veröffentlichte. Diese Berichte und persönlichen Erzählungen bildeten den Ausgangspunkt für die wissenschaftliche Aufarbeitung in Halle beziehungsweise in Sachsen-Anhalt. Auf Initiative von Birgit Neumann-Becker, der damaligen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, begann um das Jahr 2010 eine systematische Auseinandersetzung mit dem Thema.

Ab dem Jahr 2014 erschienen dazu mehrere wissenschaftliche Publikationen von Florian Steger und Maximilian Schochow. Die bekannteste Veröffentlichung ist *„Traumatisierung durch politisierte*

Medizin“ aus dem Jahr 2016, das bis heute als Standardwerk zu diesem Themenfeld gilt. In diesem Zusammenhang entstand 2015 in Halle auch das erste Gedenkzeichen – also genau vor zehn Jahren. In den darauffolgenden Jahren weitete sich die Forschung auf andere Städte aus, unter anderem auf Rostock, Leipzig und Berlin. Zwei Beispiele dafür: Steffi Brüning veröffentlichte ihre Studie *„Prostitution in der DDR“*, die den Blick noch einmal erweiterte – insbesondere auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den Umgang mit weiblicher Sexualität in der DDR. Ein weiteres Beispiel ist die Veröffentlichung *„Die ehemalige Leipziger Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63“* im Verlag Hentrich & Hentrich. Mitte der 2010er-Jahre erschien zudem eine ganze Reihe von Beiträgen in Zeitungen und im Rundfunk – das Thema gewann also überregionales Interesse.

Seit etwa fünf Jahren hat das öffentliche Interesse noch einmal deutlich zugenommen. Es entstanden auch künstlerische und literarische Auseinandersetzungen, wie etwa die Plastik *„Verdeckt“* von Liane Pförtner aus dem Jahr 2021 oder der Roman *„Herumtreiberinnen“* von Bettina Wilpert. Parallel dazu ist das öffentliche Bewusstsein für sexualisierte Gewalt deutlich gestiegen, auch durch Debatten wie #MeToo. In dieser Zeit entstand auch die Idee zur Wanderausstellung *„Einweisungsgrund: Herumtreiberei“*, die einen Beitrag zur Erinnerung und weiteren Aufarbeitung leisten möchte.

Entstehung der Wanderausstellung „Einweisungsgrund Herumtreiberei“

Leitend für die Konzeption der Wanderausstellung war eine Forschungsthese von Steffi Brüning. Sie besagt, dass die Geschlossenen Venerologischen Stationen nicht als medizinische Einrichtungen verstanden werden sollen, sondern von ihrer Wirkung und Funktion im Heimsystem der DDR zu verorten sind.

In der Ausstellung möchten wir zeigen, wie eng das Gesundheitswesen mit den Sicherheitsorganen, der Abteilung Jugendhilfe und der Abteilung Innere Angelegenheiten zusammenwirkte. Symbolisch

steht dafür das willkürliche Aufgreifen von Mädchen und Frauen durch die Transportpolizei auf Bahnhöfen – ein Motiv, das auch auf dem Cover der Ausstellung illustriert wird. Im Zentrum der Präsentation stehen die Biografien und Erzählungen betroffener Frauen. Ihre Geschichten belegen die systematische Gewalt und sind die wichtigste Quelle der Ausstellung.

Zugleich versteht sich die Ausstellung als ein Ort des Sammelns und Zusammenführens von Wissen über die Geschlossenen Venerologischen Stationen. Sie soll das bislang nur stückweise vorhandene Wissen bündeln und zugänglich machen. So wurde die Ausstellung in diesem Jahr um vier lokalgeschichtliche Tafeln ergänzt. Dabei geht es auch darum die sehr unterschiedlichen Bedingungen auf den Stationen zu verdeutlichen. Das leitende Personal hatte große Handlungsspielräume und unterlag wenig Kontrollen. Damit war es maßgeblich für die Situation der zwangseingewiesenen Mädchen und Frauen verantwortlich.

Eröffnung der Wanderausstellung und Stationen im Jahr 2025

Die Wanderausstellung *„Einweisungsgrund Herumtreiberei“* wurde Ende 2024 an zwei bedeutenden Orten eröffnet. Zum einen in der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, zum anderen am historischen Ort der ehemaligen Geschlossenen Venerologischen Station in der Leipziger Riebeckstraße 63. Diese Eröffnungen fanden gemeinsam mit den Frauen statt, deren Geschichten auch in der Ausstellung zu sehen und zu hören sind.

Im Jahr 2025 ging die Ausstellung dann auf Wanderschaft. An jedem Standort wurde sie von einem eigenen Begleitprogramm begleitet – unter anderem mit sogenannten Erzählcafés. Diese Formate sollten einen geschützten Raum schaffen, in dem Betroffene miteinander und mit Interessierten ins Gespräch kommen konnten.

Der erste Standort der Wanderausstellung war bewusst Halle. Dort begann die wissenschaftliche Aufarbeitung und es ist der am bes-



Wanderausstellung am 23. November 2024 in der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau anlässlich des Treffens ehemaliger DDR-Heimkinder. Foto: René Meinel

ten erforschte Standort einer ehemaligen Station. Die Ausstellung war im Ratshof zu sehen, also in unmittelbarer Nähe zur ehemaligen Poliklinik-Mitte. Dort, wo sich heute Wohnungen befinden, befand sich früher die Geschlossene Venerologische Station. Diese Station galt unter der Leitung von Gerd Münx als besonders restriktiv und gewaltvoll. Quellen belegen, dass eine Verlegung in die Station nach Halle als Strafmaßnahme verstanden wurde.

Der zweite Standort war Gera. Auch dort existiert das historische Gebäude noch, es ist jedoch – wie in Halle – heute ein Wohnhaus und nicht öffentlich zugänglich. Die Ausstellung wurde daher an der SRH-Hochschule für Gesundheit gezeigt. Zur Geschichte der Station in Gera gibt es bislang nur wenige veröffentlichte Forschungen, jedoch existiert eine Reihe aussagekräftiger Quellen. Die Station in Gera stand in einem sehr engen Austausch mit den Stationen in Erfurt und Leipzig. Auch über die Bezirksgrenzen hinaus wurde hier eng bei der Disziplinierung von unangepassten Mädchen und Frauen zusammengearbeitet.

Im Sommer wurde die Wanderausstellung in der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Rostock gezeigt. Dort bot sich die Möglichkeit, die Wanderausstellung gemeinsam mit der *BLACKBOX Heimerziehung* zu präsentieren, was auf großes Interesse stieß. Eine Besonderheit der Rostocker Station war der große Einfluss der Staatssicherheit. Die leitende Fürsorgerin Eva Grauert und ihr Ehemann, der Chefarzt der Klinik, arbeiteten über Jahrzehnte für die Stasi. Sie nahmen gezielt Einfluss auf die Einweisung von Frauen, die für die Stasi von Interesse waren.

Ausblick: Dresden und Berlin

Im Oktober wird die Ausstellung im Städtischen Klinikum Dresden zu sehen sein. Wir freuen uns, dass die Ausstellung dort gemeinsam mit der Einweihung einer Erinnerungstafel an die ehemalige Geschlossene Venerologische Station eröffnet wird. Am Jahresende wandern wir noch nach Berlin in das Museum Pankow, um dort im Besonderen auf die Station im Klinikum Berlin-Buch aufmerksam zu machen. Auch dort gibt es momentan eine Initiative für ein Gedenkzeichen. Initiatorin dafür ist Zeitzeugin Martina Blankenfeld, welche auch aktiv am Begleitprogramm für Berlin mitarbeitet.

Resilienz-Workshop: Tausend Taschentücher mit Geschichten – Wandlung durch Handlung

Tatjana Janda

Liebe Frauen,

voller Dankbarkeit schauen wir auf den dritten Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ/DDR zurück.

Dessau hat uns alle reich beschenkt. Gestärkt tragen wir das Wissen, die Begegnungen, die Erkenntnisse weiter.

Unser Projekt „Tausend Taschentücher und Geschichten – Wandlung durch Handlung“ war ein Erlebnis ganz besonderer Art.

Live und in Farbe, konnten wir uns der Gabe der Berührung hingeben. In einem geschützten, für uns extra frisch renovierten Bereich, wartete die Sammlung der Tausendtaschentücher auf die Besucher.



Tatjana Janda, Isabel Fannrich

Schauen, staunen, forschen, bedingungslos, erwünscht und getragen von unzähligen Sammlern aus dem ganzen Land.

In zweijähriger intensiver Vorbereitungszeit wuchs die Sammlung zu dem, was sie heute ist.

Es sind schon über tausend Taschentücher zusammengekommen. Danke, Danke, Danke an alle, die uns mit Herz und Hand begleiten.

Eure Mitarbeit, ist die Quelle und das Herz des Projektes. Diese wunderbare Energie übertrug sich ohne Worte auf die Besucher.

Das Frauenforum konnte diese Premiere erfolgreich bestehen.

Wir sammelten auf einer Pinnwand und bei der Podiumsdiskussion eure Wünsche, Ideen und Hoffnungen.

Schnell war klar, es geht weiter, wir sind viele, wir sind stark, wir sind reich an kostbaren Erlebnissen, wir sind bereit diesen Überfluss überfließen zulassen. Wir sind ein Geschenk für unsere Mitmenschen, ganz besonders für die junge Generation.

Mit dieser Aktion konnten wir erneut beweisen, dass wir in der Lage sind die Opferrolle zu verlassen und selbsttätig zu handeln.

Jeder für sich und doch gleichzeitig für alle, bravo!

Ergebnisoffen begann und endete der Workshop. Alle eure Anregungen und Wünsche begleiten den weiteren Verlauf des Projektes.

Das Frauenforum besitzt einen Schatz, ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Seine Strahlkraft, lässt sich nicht verbergen.

Mit großem Interesse ist die Gedenkstätte Hoheneck, die Robert Havemann Gesellschaft und die UOKG, für das Projekt.

Der Weg ist das Ziel, tragt es im Herzen, wartet nicht, handelt!

Grabt bei euch selbst. Rechnet mit allem, auch mit dem Allerschönsten!

Es grüßt euch Tatjana!



Präsentation einiger Taschentücher

Was für die eine Inspiration war und ist, ist und war für die andere, die in der Frauen- und Jugendhaftanstalt in Hohenleuben 1.000 Taschentücher täglich umsäumen musste, ein Fluch.

Wir möchten an dieser Stelle den bewegenden und eindrücklichen Text von Kerstin Seifert abdrucken. Wir bedanken uns für deine Stärke und Offenheit, die du uns damit entgegengebracht hast.

Taschentuch

Von Kerstin Seifert

Seit vielen Wochen und Monaten versuche ich eine Geschichte über dich zu schreiben.

Fragmente, kurze Bruchstücke entstanden, aber es gelang mir nicht, einen zusammenhängenden Text zu schreiben.

Dann, an einem warmen Junitag, begegnete ich dir.

Du lagst im Supermarkt, zwischen Erdbeeren und Gartengeräten, weiß und grau, rosa-, blau-, grün-gestreift.

Zu sechst gefaltet in einem Karton.

100 % Baumwolle, Made in India stand da.

Für Damen ca. 30×30 cm, für Herren 40×40 cm.

Du hast mich überrascht und sehr wütend gemacht, nach 40 Jahren, ohne Vorwarnung.

Ich hatte keine Zeit mich vorzubereiten.

Keine Zeit mich dir schrittweise zu nähern.

Du warst einfach da – wie ein alter Schmerz, der sich nicht ankündigt – tief in meinem Bauch.

Ich wollte dich nicht, ich hatte dich verbannt, kam prima ohne dich zurecht, mithilfe deiner Zellstoff-Verwandten, genauso wie ich auch die Erinnerungen an die Zeit verbannt hatte, als ich, frisch im Westen angekommen und auf die Frage, was mir helfen könnte, nur sagen konnte:

„Bitte keine Stofftaschentücher benutzen.“

Heute frage ich mich: Was machen die Frauen, die im Gefängnis Bettwäsche nähen? Schläft man dann nicht mehr?

Aber du kamst zurück.

Nicht als Trost.

Nicht als Freund.

Sondern als Kapitel eines Buches, das ich nie ganz gelesen habe, weil es zu weh tut.

Ich sah dich an und in deinem Stoff lagen die Stimmen der Frauen,

die in das Produktionsgebäude marschierten im Winter 1985/86,
um an die Nähmaschinen zu gehen.

In einer Schicht 1000 Taschentücher umsäumen,
zwei Arbeitsgänge pro Stück,
ein Faden bleibt,
wird vernäht und gleich an das nächste angenäht.

Die Rollkiste hinter der Maschine füllt sich.

Das Tempo ist mörderisch.

Der Lärm

Der Staub

Die Normen

Ich habe sie nicht jeden Tag geschafft, vielleicht nie.

Und dann, möglicherweise als Vorbereitung für den Verkauf,
gab es eine Veränderung für Nummer 268.

Ein neuer Arbeitsplatz, hinten im Saal mit den Nähmaschinen.

Endkontrolle

Kein Akkord mehr

Prüfen, auftrennen, hoffen

Ein Fenster

Ein Blick nach draußen, auf Felder und grüne Hügel.

Auf Himmel

Und eines Morgens im Mai fliegt eine Taube vorbei, schneeweiß,
mit einem Zweig im Schnabel.

Ein Zeichen, ein Versprechen.

Die Taube hat ihr Versprechen gehalten. Kurz darauf kamen sie
in der Nacht:

„Sachen packen, mitkommen!“

Jetzt liegst du wieder hier, ungebeten, ungeliebt.

Du bist mehr als Stoff.

Du bist Geschichte und Schmerz.

Du bist Erinnerung, ein stiller Zeuge.

Ein Faden aus Trauer, der sich durch mein Leben zieht.

Ein Kapitel, das ich jetzt endlich lesen will.

Projektvorstellung: Erziehung durch Arbeit – „Asoziale“ als Staatsfeinde in der DDR

Dr. Peter Keup, Historiker, UOKG e.V., MRZ e.V.

**Dr. Eva Fuchslocher, Kulturwissenschaftlerin,
europäische Ethnologin und Soziologin, exhibeo e.V.**

Dr. Michael Schäbitz, Historiker, exhibeo e.V.

Gemeinsame Vorstellung des Ausstellungsprojekts
„Erziehung durch Arbeit. ‚Asoziale‘ als Staatsfeind in der DDR“,
ein Kooperationsprojekt zwischen exhibeo e.V. und UOKG.

Ausgangspunkte der geplanten Ausstellung

Die politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung sogenannter „Asozialer“ in der DDR, ist ein wenig beleuchteter Aspekt bei der Betrachtung der Repression im SED-Staat – wenn nicht gar ein Tabuthema.

Das liegt nicht unbedingt daran, dass Forschende dieses Themas außer Acht lassen wollten und wollen. Grund ist vielmehr, dass Betroffene vor dem Hintergrund, der mit dem Paragraphen 249 verbundenen Stigmatisierungen, schlicht nicht gerne darüber sprechen. Außerdem muss festgestellt werden, dass es seinerzeit in der DDR erhebliche Vorbehalte in der Bevölkerung gegen eben „die Asozialen“ gab und dass, ähnlich wie in der Zeit des Nationalsozialismus, die staatliche Propaganda sehr erfolgreich die gesellschaftliche Ächtung „asozialer Lebensweise“ vorantrieb.

Aber – auch in der Bundesrepublik, während der deutschen Teilung und auch heute, ist die Zuschreibung Asozial – Assi – stigmatisierend. Verurteilungen aufgrund dieses Vorwurfs in der DDR – ob nun hinlänglich als Paragraf 249 bekannt sei dahingestellt – wurde von



Dr. Peter Keup, Historiker, Mitarbeiter der UOKG e.V. und des Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.

der Mehrheit der Bevölkerung kaum kritisch hinterfragt. Es muss vielmehr von einer Befürwortung ausgegangen werden. Auch dürften nicht viele DDR-Bürger gewusst haben, dass die strafrechtliche Verfolgung vermeintlich „Asozialer“ auf politisch missliebige und nicht ins Bild der DDR-Gesellschaft passende Menschen gezielt hat.

Die DDR-Gesellschaft definierte sich über die Arbeit, in der sich die Menschen durch Fleiß und Können auszeichneten und im Betrieb – im sozialistischen Kollektiv – aber auch in der Freizeit, in Sport und Kultur – für die sozialistische Sache einzusetzen und deren Normen zu entsprechen hatten. Wer nicht dem Ideal des neuen sozialistischen Menschen entsprach, konnte auf der Basis des Paragraphen 249 kriminalisiert und aus dem Verkehr gezogen werden. Eine eigentlich viel angebrachtere staatliche oder gesellschaftliche Unterstützung von Menschen, die in gewissen Lebensabschnitten ganz einfach Hilfe gebraucht hätten, blieb in aller Regel aus.

Somit wollen wir mit unserer Ausstellung das Spektrum dieser Thematik einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen, und dabei vor

allem den Fokus auf die politische Motivation sowohl beim Erlass als auch der Anwendung dieses Straftatbestandes richten. Es sollen die Lebenswege Betroffener und das mit Sanktionen einhergehende staatliche Vorgehen nachgezeichnet werden. Es soll auch ein Bewusstsein für Norm und Abweichung geschärft werden, und der Umgang mit diesen Kategorien in einer Diktatur, in der die Gesetzgebung dem Machterhalt der Eliten dient, oder in einem demokratischen Rechtsstaat, der Abweichungen von allzu engen Normen vor dem Hintergrund individueller Lebensgestaltung schlicht zu akzeptieren, wenn nicht gar zu schützen hat.

Dass gerade junge Menschen in der DDR der restriktiven Gesetzgebung – in unserem Beispiel dem Paragrafen 249 – zum Opfer fielen, soll Ansatzpunkt zur Arbeit mit Jugendlichen zu den Themen „Diktatur und Unrechtsstaat“ sein.

Das kann beispielsweise an einem Bericht aus der Berliner Zeitung (Ost) vom 7. Juli 1967 deutlich gemacht werden, der eine öffentliche Sitzung der Kommission für „gesellschaftliche Erziehung“ im Bezirk Lichtenberg thematisiert, in der mehr als acht junge Frauen und Männer wegen Arbeitsbummelei und Alkoholismus vor Gericht standen und zu Arbeitserziehung, und in einem Fall wegen des Verstoßes gegen Bewährungsauflagen, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurden.

Verurteilte nach Paragraf 249, eine angebliche Randgruppe?

Dass den sogenannten „Asozialen“ im gesellschaftlichen Diskurs bisher nur wenig Aufmerksamkeit zuteilwurde, ist vor dem Hintergrund der strafrechtlichen Verfolgungspraxis im SED-Staat ein gravierendes Versäumnis, denn: Diese angebliche Randgruppe machte am Ende der DDR etwa ein Viertel aller Strafgefangenen aus. Allein zwischen 1968 und 1989 gab es ca. 130.000 Verurteilungen nach Paragraf 249 – und da sind noch nicht einmal diejenigen enthalten, die nach einer Haftstrafe wegen Paragraf 249 gegen die gerichtlichen Auflagen „Zur Erziehung und Kontrolle“ – wie: Arbeitsplatzbindung, Aufenthaltsbeschränkungen, Meldepflichten, Verbot des Um-

gangs mit bestimmten Personen u.ä. verstießen und infolgedessen nach Paragraf 238 StGB/DDR verurteilt wurden. Über die Dimension dieser Verurteilungen kann gegenwärtig keine genaue Aussage gemacht werden, sie war jedoch erheblich.

Etwa die Hälfte der Verurteilten war unter 30 Jahre alt und es waren im Vergleich zu anderen Straftatbeständen in der DDR mit ca. 20 Prozent aller Verurteilungen überdurchschnittlich Frauen betroffen.

Schauen wir uns die Verurteilungen nach Paragraf 249 im Zeitverlauf an, sind Höhepunkte festzustellen – z. B. 1973 mit knapp 14.000 Verurteilungen – einhergehend mit der Aktion „Banner“ im Vorfeld der Jugend-Weltfestspiele. Da wurden Menschen aus dem Verkehr gezogen, die im Verständnis der Behörden nicht ins Vorzeigebild von Sauberkeit, Ordnung und Anstand passten. Es fanden Verurteilungen im Schnellverfahren statt.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass es auch in der DDR Personen gab, die für einen anderen Umgang mit vermeintlich „Asozialen“ – als den der Kriminalisierung – plädierten.

Ein Ergebnis dessen war z. B. die Einrichtung sogenannter „besonderer Brigaden“ in großen VEBs ab etwa Mitte der 1980er Jahre, die für Akzeptanz, Verständnis und Unterstützung von Menschen mit temporären Problemen warben und Hilfestellungen auch im privaten Bereich umzusetzen versuchten. Bei Problemen mit Arbeitsanforderungen sollte statt der Androhung bzw. Umsetzung arbeitsrechtlicher Konsequenzen, zumindest im Bemühen, innerbetrieblich Unterstützung angeboten werden, wobei Erfolg und Misserfolg sehr stark vom Engagement einzelner Personen abhing und somit nur punktuell Hilfe da ankam, wo sie dringend gebraucht wurde und das eben mehr im betrieblichen – weniger im familiären/privaten Bereich.

Die evangelische Kirche ist hier als aktiver Akteur zu nennen, die vor allem ab den 1970er Jahren mit der sogenannten „Offenen Arbeit“, die neben wöchentlichen Veranstaltungen häufig auch Beratung und Hilfe anbot.



Dr. Eva Fuchslocher, Kulturwissenschaftlerin, europäische Ethnologin und Soziologin, exhibeo e.V.

Der Paragraph 249 und seine Vorläufer – Stigmatisierung bis heute

Ich möchte erst noch mal einen kleinen Schritt zurückgehen. Was war denn vor dem Paragraphen 249? Landstreicherei, Bettelei, verbotener Müßiggang, Prostitution und so weiter standen schon in Preußen seit 1851 unter Strafe und diese „Delikte“ hatten Haft und häufig anschließend Unterbringungen in Arbeitshäusern zur Folge. Im Nationalsozialismus kam es schließlich zur brutalen Verfolgung und Ermordung von sogenannten Arbeitsscheuen, „Asozialen“ oder auch „Berufsverbrechern“. Allein 1938 wurden mehr als 10.000 Menschen wegen „arbeitsscheuen Verhaltens“ in Konzentrationslager verschleppt. Ab 1942 gab es noch einmal eine neue politische Entwicklung: Da wurden sogenannte „Asoziale“ gezielt der Vernichtung durch Arbeit zugeführt, indem viele Menschen aus dem Strafvollzug in die Konzentrationslager deportiert worden sind. Diese Opfer des Nationalsozialismus fanden weder in der DDR noch in der Bundesrepublik Anerkennung. Es hat bis 2020 gebraucht, bis der Deutsche Bundestag diese Menschen als Opfergruppe des Na-

tionalsozialismus anerkannt hat. In der Nachkriegszeit galt in Ost wie West weiterhin der Paragraf 361 des Reichsstrafgesetzbuches – also die gleiche Gesetzgebung wie schon vor und während des Nationalsozialismus. In beiden Staaten gab es weiter Arbeitshäuser, in die auch Menschen eingewiesen wurden. In der Bundesrepublik hatten diese allerdings eine geringe Bedeutung und wurden schließlich 1969 endgültig abgeschafft. Ganz anders die Entwicklung in der DDR, wo erst 1968 mit Einführung des Paragraphen 249 ein eigener Straftatbestand „asoziales Verhalten“ eingeführt wurde.

Dem vorausgegangen war wiederum die sogenannte Parasitengesetzgebung in der Sowjetunion – die DDR hat hier also nicht allein agiert. Diese Gesetzgebung wurde in der DDR maßgeblich vorangetrieben von der berüchtigten Justizministerin Hilde Benjamin, aber auch durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). „Asoziale“ wurden zu Saboteuren beim Aufbau des Kommunismus erklärt. Sie entsprachen nicht dem Ideal des neuen sozialistischen Menschen – und so wurde „Asozialität“ zu einem politischen Delikt mit staatsfeindlichem Charakter.

Die Verurteilung Betroffener nach Paragraf 249 führte zu Kriminalisierung, mitunter zu Traumatisierung, zu gesundheitlichen Haftfolgen und teilweise auch zu politisch motiviertem Kindesentzug. Und die Stigmatisierung der Betroffenen hält bis heute an. Strafrechtliche Rehabilitation und auch finanzielle Entschädigung können bis heute nur im Einzelfall erstritten werden. Auch diese Opfer sind bis heute keine anerkannte Opfergruppe.

Wer wurde in der DDR wegen „asozialen Verhaltens“ strafrechtlich verfolgt?

Wer wurde in der DDR nun verfolgt? Vorweg muss man noch einmal klar sagen: Die Kriminalisierung von sogenannten „Asozialen“ diente weniger der Bekämpfung tatsächlicher Straftaten als vielmehr der Erziehung von Menschen, denen „abweichendes Sozialverhalten“ zugeschrieben wurde.

Bis 1968 wurde auf Grundlage des Paragrafen 361 des Reichsstrafgesetzbuches in der DDR asoziales Verhalten allerdings in eher nur geringem Umfang verfolgt. Aber schon ab 1950 dienten auch die Jugendwerkhöfe dazu, Arbeitsbummelei und – vor allem bei Mädchen – sogenannter sexueller Verwahrlosung entgegenzuwirken.

Ab 1961 wurde auch die „Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung“ dazu genutzt, vermeintlich Asoziale zur Arbeitserziehung (Gefängnis plus Zwangsarbeit) zu verurteilen – und das, ohne dass dieses Delikt klar definiert war. So wurde diese „Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung“ auch dazu genutzt, „Arbeitsscheue“ zu kriminalisieren, aber auch Bauern, die sich der Kollektivierung entzogen, Menschen, die ihre Ablehnung gegenüber dem sozialistischen Gesellschaftssystem äußerten, ehemalige Grenzgänger, sogenannte „renitente Jugendliche“, beispielsweise Anhänger der Beatmusik.

Diese Entwicklung ging so weit, dass selbst das Ministerium des Inneren den Umgang der Volkspolizei mit dieser Verordnung im November 1961 als *„Allheilmittel unbequemen Personen gegenüber“* einschätzte.

1968 schließlich stellte der Paragraf 249 die „Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“ unter Strafe. Hauptmerkmal dieser sogenannten kriminellen Asozialität war das Arbeitsverhalten. Wer kein festes Arbeitsverhältnis vorweisen konnte, häufig den Arbeitsplatz wechselte oder Gelegenheitsarbeiten nachging, war bereits durch Paragraf 249 bedroht.

Auch wer seinen Unterhalt auf sogenannte unlautere Weise erzielte – beispielsweise durch Prostitution, Landstreicherei, Bettelei, Wahrsagerei, Glücksspiel oder ein Dasein als Straßenmusikant –, konnte mit dem Paragrafen 249 in Konflikt geraten. Ebenso die „Gefährdung der öffentlichen Ordnung des sozialistischen Zusammenlebens“. Wer beispielsweise seine Miete nicht zahlen konnte, Strom-, Gas- oder Unterhaltskosten schuldig blieb, wer Alkoholmissbrauch betrieb, Schulden hatte, wessen Kleidung oder Wohnung als verwahr-

lost galt, wer sogenannte sexuelle Triebhaftigkeit zeigte, obdachlos war oder mit den eigenen Kindern überfordert – all dies konnte zu einer Verurteilung nach Paragraph 249 führen. Auch ein Antrag auf Ausreise, sofern keine andere Straftat nachgewiesen werden konnte, oder unangepasste Jugendliche wie Punks konnten so belangt werden.

Gerade weil dieser Paragraph so dehnbar war, diente er auch der Verfolgung und Verurteilung politisch unliebsamer Personen. Die Stigmatisierung der nach Paragraph 249 Verurteilten und oftmals auch die Auflagen, die diese Menschen nach der Haft erfüllen mussten, erschwerten häufig eine erfolgreiche Wiedereingliederung und führten nicht selten zu erneuter Haft.

Darüber hinaus wurde eine Vielzahl von Menschen verurteilt, die eigentlich Hilfe und Unterstützung bei der Bewältigung ihres Lebens gebraucht hätten – etwa bei Süchten, psychischen Erkrankungen, Überforderung im Alltag und im Umgang mit den eigenen Kindern, bei Schulden oder bei Menschen, die schlicht Schutz vor Gewalt und/oder sexuellem Missbrauch in ihren Familien benötigt hätten.

Die Abbildung zeigt Frauen im Strafvollzug. Peter Keup hat es ja bereits gesagt: Frauen waren überproportional häufig von diesem Straftatbestand betroffen. Hier sehen Sie eine Übersicht über die „Erscheinungsformen negativ-dekadenter Jugendlicher in der DDR“ aus dem Bestand der Kreisdienststelle Weimar des MfS.



Quelle Foto: BArch, DO 1 Bild-F011687-03, Henry Herrmann

Aufbau der Ausstellung

Ja, was haben wir nun in der geplanten Ausstellung vor?

Wir möchten zunächst mit einem Überblicksteil in das Thema einführen und anschließend im Hauptteil 12 bis 15 Stationen mit individuellen Lebensläufen in den Mittelpunkt stellen. Über diese einzelnen Schicksale soll die Bandbreite aufgezeigt werden: Wer wurde nach Paragraf 249 verurteilt, und welche Auswirkungen hatte dies tatsächlich für den weiteren Lebensweg?

Bei der intensiveren Beschäftigung mit dem Thema und den Biografien für die Ausstellung sind wir zu der vorläufigen Einschätzung gelangt, dass sich fünf größere Gruppen erkennen lassen, die in unserem Sample vom Paragrafen 249 betroffen waren. Dazu gehören Menschen, die aus politischen Gründen über diesen Paragrafen kriminalisiert wurden, sowie Menschen, die Ausreiseanträge gestellt hatten und darüber strafrechtlich verfolgt wurden. Ein Beispiel: Wir haben einen Zeitzeugen, dessen Ausreiseantrag abgelehnt wurde. Er kündigte daraufhin aus Protest seine Arbeitsstelle und wurde nach nicht einmal acht Wochen ohne Arbeit verhaftet und unter anderem nach Paragraf 249 verurteilt.

Eine weitere – vermutlich sogar die größte – Gruppe umfasst diejenigen, für die wir den Arbeitstitel „Repression bzw. Knast statt Hilfe“ gewählt haben: Menschen, die eigentlich Unterstützung gebraucht hätten, anstatt kriminalisiert zu werden. Über das Schicksal der Mutter von Tim Steinwender werden wir dazu später noch mehr hören. Schließlich gibt es Menschen mit einem abweichenden Lebensentwurf, etwa Punks oder Jugendliche mit ausgeprägter Unangepasstheit.

In der Ausstellung möchten wir eine vielfältige Auswahl von Biografien abbilden – sowohl zeitlich, mit Schwerpunkt auf den Jahren 1968 bis 1989, aber auch unter Einbeziehung früherer Fälle, also Vorläufer des Paragrafen 249. Frauen und Männer sollen in einem ausgewogenen Verhältnis vertreten sein, ebenso wie eine räumlich breite Verteilung über das Gebiet der ehemaligen DDR.

Darüber hinaus haben wir fünf vertiefende Andockungen, also übergreifende Themen, um das Thema noch stärker zu rahmen. Zum einen möchten wir das kommunistische Menschenbild als Gegensatz zur vermeintlichen Asozialität thematisieren. Dann soll es um die Propaganda in den Medien der DDR gehen, also um die Konstruktion des „Anderen“, des „Asozialen“. Hier konnten wir bereits viele Funde im Bestand des Deutschen Rundfunkarchivs machen. Außerdem werden wir auf die Vorläufer des Paragrafen 249 historisch eingehen, also auf die Entwicklungen im Kaiserreich, im Nationalsozialismus und schließlich in der frühen DDR.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Verurteilungspraxis in der DDR sein: Es kam zu Schnellverfahren, wir möchten zeigen, wo sich die Haftorte befanden, es gab spezielle Arbeitserziehungskommandos, und wir wollen auch die Haftbedingungen darstellen. Schließlich möchten wir als letztes übergreifendes Thema noch einmal besonders die Zeit nach der Haft in den Blick nehmen. Schon erwähnt wurde, dass Auflagen, Stigmatisierung und häufig erneute Straffälligkeit die Betroffenen unmittelbar nach der Entlassung begleiteten. Hinzu kommen Fragen der Rehabilitierung, die viele bis heute beschäftigen.

So möchten wir das System der „Asozialität“ als Praxis von Stigmatisierung und Einschüchterung begreifbar machen und seine Auswirkungen nachvollziehbar darstellen. Uns ist dabei zugleich wichtig aufzuzeigen, dass der Paragraf 249 ein Instrument zur Stabilisierung der DDR-Diktatur war, die wiederum auf eine große Übereinstimmung zwischen staatlichem Handeln und Haltung der Bevölkerung zurückgreifen konnte.

Ich übergebe nun an Michael Schäbitz für weitere Ausführungen. Danke.



Dr. Michael Schäbitz, Historiker, exhibeo e.V.

Biografisches Beispiel

Wir gehen jetzt ein bisschen zeitlich zurück, weil wir uns ja auch mit den Vorgängerparagrafen des Paragrafen 249 beschäftigen. In dem Fall aus den frühen 1950er Jahren geht es um Prostitution, und da Paragraf 249 auch Prostitution unter Strafe stellt, ist das für unser Thema relevant. Das Beispiel habe ich kürzlich im Brandenburgischen Landeshauptarchiv gefunden.

Irmgard Sch., geboren 1929 in Berlin. Ihre Jugend ist von Krieg und den Wirren der Nachkriegszeit geprägt. Am 3. Februar 1951 wird sie in Ost-Berlin bei einer Razzia gegen Prostituierte von der Polizei festgenommen. Das Amtsgericht Neuruppin verurteilt sie wenige Wochen später wegen Prostitution und Landstreicherei, unter anderem nach § 361 Reichsstrafgesetzbuch, zu einem Jahr Gefängnis, sechs Wochen Haft und anschließender Einweisung in ein Arbeitshaus.

Während des Gerichtsverfahrens berichtet sie von einer Vergewaltigung durch einen sowjetischen Soldaten im Jahr 1946 und einer

daraus resultierenden Erkrankung an Syphilis und Gonorrhoe. Einige Zeit danach, so ihr Bericht weiter, versucht sie ihr Glück in Düsseldorf und arbeitet dort als Küchenkraft in einem Krankenhaus. „Ich wurde dann schwanger und meldete mich in einem Heim. Von dort aus wurde ich wieder in die DDR eingewiesen.“

Irmgard Sch. geht daraufhin zu ihren Eltern nach Neuruppin und schlägt sich in den folgenden Jahren mit Hilfsarbeiten durch. Doch statt Unterstützung erhält sie Druck: „Meine Eltern haben mich aber erst dazu verleitet, dass ich mit Angehörigen der Besatzungsmacht Verkehr aufnehmen soll, denn ich verdiente ihnen zu wenig Geld. Meinen ganzen Verdienst musste ich abgeben. Mein Kind und ich hatten aber nichts anzuziehen, und ich musste versuchen zu Geld zu kommen, damit ich Kleider anschaffen kann.“

In der Urteilsbegründung des Amtsgerichts Neuruppin heißt es: *„Die menschliche Gesellschaft und besonders die Werktätigen in der DDR haben das Recht, vor solchen Menschen geschützt zu werden, die bedenkenlos die Gesundheit anderer Menschen in Gefahr bringen, sodass dieselben bei der Erfüllung unserer Wirtschaftspläne aus der Produktion ausfallen.“* Und in diesem Urteil heißt es auch, Ziel der Bestrafung sei es, die Angeklagte wieder zu einem nützlichen Menschen zu erziehen.

Nach verschiedenen Haftstationen wird Irmgard Sch. dann in das „Landespflegeheim und die Arbeitsanstalt zu Schönberg/Elbe“ eingewiesen. Dort bemüht sie sich, den Erwartungen zu entsprechen. Und in ihrem Gnadengesuch schreibt sie: *„Ich bin bestrebt, wieder ein anständiges Mädel zu werden, und bin gewillt, wenn ich wieder frei bin, in der DDR am Aufbau teilzunehmen und meine Arbeit zu verrichten. Ich habe eingesehen, dass man ohne Arbeit zugrunde geht.“* Dieses Gesuch wird dann genehmigt, und nach anderthalb Jahren kann sie die Anstalt verlassen.

An diesem Beispiel verdichtet sich ein Muster der DDR-Justiz: Frauen in Notlagen, oft Opfer von Gewalt und Armut, werden nicht als

Hilfsbedürftige angesehen, sondern als Staatsfeinde – als Hindernisse auf dem Weg zum Aufbau des Sozialismus – kriminalisiert. Und in den Worten, die sie in ihrem Gnadengesuch schreibt, klingt die Anpassung an dieses System durch. Zugleich offenbart sich in diesem Fall auch die Härte, mit der auf individuelle Lebensbrüche nicht eingegangen wird, wie sie kriminalisiert und moralisch diszipliniert werden. Und diese Härte gegen Menschen, die eigentlich Hilfe gebraucht hätten, zieht sich auch durch die folgenden Jahrzehnte in der DDR.

Fragen der Rehabilitierung

Eva Fuchslocher hat es schon erwähnt: Wir wollen natürlich auch das Thema Rehabilitierung aufgreifen, die mit der Abschaffung des Paragraphen 249 noch im Sommer 1990 durch die Volkskammer begonnen hat. Das ist in großer Einhelligkeit geschehen.

Die Frage der strafrechtlichen Rehabilitierung jedoch ist hoch umstritten. Sie ist zwar grundsätzlich möglich, jedoch außerordentlich schwierig, da der Paragraph 249 im strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz nicht als solcher als rechtsstaatswidrig angesehen wird. Das bedeutet, jeder einzelne Fall muss vor Gericht erstritten werden. Sollte jemand allein verurteilt worden sein, weil er oder sie nicht arbeiten gegangen ist, sind die Chancen für eine strafrechtliche Rehabilitierung eigentlich relativ groß sein. Aber auch das ist nicht immer der Fall.

Sobald andere Straftaten dazukommen, wie Mietschulden oder die Verletzung der Unterhaltspflicht, wird es schwierig bis unmöglich. Auch Bagatelldelikte wie geringfügiger Diebstahl stehen der Rehabilitierung häufig im Weg. Zudem wird in der Rehabilitierungspraxis meist nach Aktenlage entschieden, und die Betroffenen werden nicht angehört.

Wir haben uns jetzt lange mit dem Thema beschäftigt und sind zu der Einschätzung gekommen, dass der Gesetzgeber diese Frage der

Rehabilitierung von Verurteilungen nach Paragraf 249 noch einmal auf die Tagesordnung setzen sollte, um dieses eklatante und politisch motivierte Unrecht zu rehabilitieren. Und selbst wenn man sich daran stört, dass in vielen Fällen die Betroffenen auch andere Straftaten begangen haben – man könnte ja nur nach Paragraf 249 rehabilitieren. Er ist ein echter Gummiparagraf, der der Sozialdisziplinierung gedient hat und stabilisierend für das SED-Regime war. Würde man nur nach Paragraf 249 rehabilitieren, blieben oftmals nur Bagatelldelikte übrig. Niemand sollte wegen Mietschulden oder unbezahlter Stromrechnung ins Gefängnis gehen.

Ich komme zum Ausblick:

Dankenswerterweise hat das Team um Frau Zupke es möglich gemacht, dass wir diese Ausstellung im Februar nächsten Jahres im Mauermahnmahl im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestages zusammen mit ihr eröffnen können. Danach ist die Ausstellung als Wanderausstellung geplant, die hoffentlich an vielen Orten zu sehen sein wird.

Und falls es hier im Saal Betroffene gibt oder Sie Betroffene kennen: Wir sind immer noch auf der Suche nach Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die direkt davon betroffen sind oder aber auch Beteiligte aus Justiz, Jugendämtern, Kirchenkreisen und so weiter. Da wären wir sehr dankbar.

Vielen Dank!

Podium: Erziehung durch Arbeit – „Asoziale“ als Staatsfeinde in der DDR

Projektvorstellung mit Zeitzeugengespräch

Tim Steinwender, Zeitzeuge

**Dr. Eva Fuchslocher, Dr. Michael Schäbitz – exhibeo e.V. –
Gesellschaft für politische, kulturelle und historische Forschung
und Bildung**

Dr. Peter Keup, UOKG e.V.

Isabel Fannrich, Moderation

Isabel Fannrich

Ja, vielen Dank. Sie haben sehr gut die Dringlichkeit des Themas klargemacht.



Dr. Michael Schäbitz, Dr. Eva Fuchslocher, Dr. Peter Keup, Tim Steinwender, Isabel Fannrich

Ich bitte den Zeitzeugen Tim Steinwender jetzt nach vorne, und wir setzen uns gemeinsam aufs Podium. Vielen Dank fürs Kommen. Ich stelle Sie kurz vor:

Tim Steinwender ist Jahrgang 1978. Als Sie geboren wurden – war Ihre leibliche Mutter 15 Jahre alt. Die Jugendhilfe entzog ihr die Fürsorge unter dem Vorwurf, sie würde nicht arbeiten, laut Musik hören, Alkohol konsumieren und Männer kennenlernen. So kam es dazu, dass Sie bis zum Alter von drei Jahren in der Wochenkrippe waren und anschließend bei Adoptiveltern aufgewachsen sind. Ihre Mutter hat die Erklärung zur Freigabe zur Adoption wohl unterschrieben. Sie wurde wegen „unsteten Lebens“ nach Paragraph 249 verurteilt und für 14 Monate inhaftiert.

Das war die Ausgangslage. Sie selbst haben später Germanistik und Erziehungswissenschaften studiert, das Staatsexamen gemacht und im Alter von 34 Jahren begonnen, die Geschichte Ihrer Mutter aufzuarbeiten. Kennenlernen konnten Sie sie jedoch nie; sie ist bereits 2005 verstorben. Im Zuge dieser Aufarbeitung sind Sie arbeitsunfähig geworden. 2015 haben Sie sich zum Verwaltungsfachangestellten umschulen lassen und währenddessen ein Praktikum bei der Stasi-Unterlagenbehörde in Leipzig absolviert. Dort haben Sie – das können Sie gleich selbst schildern – Zugang zu bestimmten Akten erhalten. Heute arbeiten Sie seit fünf Jahren in der Kreisverwaltung als Teamleiter und sind Vater von zwei Kindern.

Ich freue mich sehr, dass Sie heute als Zeitzeuge hier sitzen und Teil der Ausstellung sein werden. Vielen Dank.

Was war Ihre Motivation, die Geschichte Ihrer leiblichen Mutter – aufzuarbeiten?

Tim Steinwender

Ja, im Dezember 2012 ist mein Sohn zur Welt gekommen, mein erstes Kind. Und im Zuge meiner eigenen Vaterschaft wurde mir klar, dass der Einzige, der meinen Nachkommen ihre Geschichte zugäng-

lich machen kann – ihre Herkunft zugänglich machen kann – ich bin. Denn nur ich habe die Möglichkeit, Akteneinsicht zu nehmen, und nur ich kann für sie Fragen stellen: Wo kommst du her? Wer sind deine Eltern? Wer ist unsere Oma? Das sind Antworten, die ich potenziell erhalten könnte, die sie selbst nie erhalten können – von Rechts wegen schon nicht.

Das war nicht einfach. Ich habe 2012 dann das erste Mal Einsicht in meine eigene Adoptionsakte genommen. Es gibt zwei Seiten der Adoptionsakte: eine annehmende Stelle und eine abgebende Stelle. Ich habe die erste Einsicht bei der annehmenden Stelle genommen. Das war eine 34-seitige Adoptionsakte, von der ich drei Seiten gesehen habe: meine Geburtsurkunde, die Verfügung meiner Adoption und die rechtskräftige Wertung der Pflegschaft.

Dann habe ich in der abgebenden Stelle in Hoyerswerda – meine Mutter kommt aus Lauter – Einsicht genommen. Dort habe ich acht Seiten sehen dürfen von der 78-seitigen Akte. Und so hat sich das immer weiter hingezogen. Ich habe dann mehrfach Anträge gestellt, war persönlich vor Ort und habe immer wieder als Antragsgrund das Recht auf Kenntnis der eigenen Herkunft benannt.

Frau Behr von der UOKG hatte mich glücklicherweise darin bestärkt, als ich ihr damals die „Annahme an Kindes statt“ – so heißt es korrekt, was allgemein als Adoptionsfreigabe bezeichnet wird – gezeigt hatte. Sie meinte: „Das sieht aber komisch aus. Hier müssten Sie vielleicht noch einmal nachschauen. Ich glaube, da gibt’s mehr zu erfahren.“ Generell war das ein sehr guter Kontakt mit ihr.

Und dann hat es auch „nur“ acht weitere Jahre gedauert, bis ich meine Mutter im Jahr 2020 vollständig rechtskräftig rehabilitieren konnte. Unter anderem hat mir dabei meine Tätigkeit in der Stasi-Unterlagenbehörde geholfen.

Meine Mutter hatte eine Stasiakte, die allerdings nur aus zwei Seiten bestand, nämlich der VSH-Kartei. Es ist eine DIN-A4- bzw. DIN-A5-Karteikarte, auf der Stammdaten erfasst sind und auf eine

weitere Akte hingewiesen wird. Diese Akte lag bei der Kreisdienststelle in Hoyerswerda in der ZMA, der Zentralen Materialablage, ist aber Ende '89 auf dem Sportplatz in Hoyerswerda – wie der gesamte ZMA-Bestand – verbrannt worden.

Das heißt: Die direkte Akte existierte nicht mehr. Allerdings gab es eine Strafnachrichtenkartei. In diesen Strafnachrichten, die die Stasi über straffällig gewordene Personen systematisch angelegt hat, fand ich ein Aktenzeichen zu einer Strafakte. Diese Strafakte habe ich dann beim zuständigen Kreisgericht Hoyerswerda angefordert. Das Gericht verwies mich wiederum auf seinen Rechtsnachfolger für DDR-Sachen, die Staatsanwaltschaft Cottbus.

Ich hatte das Glück, dass diese Akte dort vollständig, über 80 Seiten, vorlag. Und ich habe sie in relativ kurzer Zeit auch erhalten. Ich stand 2019 unter Zeitdruck, denn ich hatte mich bis dahin entschieden, meine Mutter rechtsstaatlich rehabilitieren zu lassen. Es war klar, dass eine Rehabilitierung nach Paragraph 249 – wie schon erwähnt – relativ aussichtslos ist.

Die Rehabilitierungsquote in Brandenburg lag bei knapp 10 Prozent, und es gab diese besonderen Voraussetzungen. Maßgeblich geht es nur um Arbeitsbummelei. Es darf kein Schaden Dritter entstanden sein, zumindest kein nachweisbarer, und möglichst soll das Vergehen nicht in Tateinheit mit anderen Sachen stehen. Ich hatte das Glück, dass der Fall meiner Mutter relativ eindeutig war.

Als ich diese Strafakte, also die Verfahrensakte, dann hatte, habe ich den längsten Antrag meines Lebens geschrieben: elf Seiten mit 32 Seiten Anhängen. Meine Präambel bzw. meine Argumentation begann mit dem Satz: Wer in der DDR aufgrund von Nicht-Arbeiten inhaftiert war, ist gemäß Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention Zwangsarbeit ausgesetzt worden, und diese Strafe kommt einer Bestrafung für das bloße Nicht-Arbeiten, einem nicht freiheitsstaatlichen Rechtsentzug, gleich.

Dann habe ich weitere Punkte ausgeführt, etwa dass es einem Jugendlichen – meine Mutter war zum Zeitpunkt ihrer Inhaftierung

19 Jahre alt – nicht vorzuwerfen sei, dass er tanzen geht oder laut Musik hört, da dies einem normalen, gesunden Lebenswandel eines jungen Menschen entspricht.

Ihr wurde außerdem vorgeworfen, sie würde sehr viel trinken. Ich habe nicht nur Germanistik und Erziehungswissenschaften studiert, sondern auch Geschichte und mich daher mit antiken Quellen beschäftigt. Dort gilt die Faustregel: Man streicht bei Zahlen häufig eine Null. In den Unterlagen meiner Mutter lautete der Vorwurf, sie trinke täglich zwölf bis fünfzehn Gläser Bier. Meine Mutter war 155 cm groß und wog 50 Kilogramm. Ich glaube, es ist ziemlich klar, dass es sich dabei um eine maßlose Übertreibung handelt.

Und auch da habe ich geschrieben, worin die Gefährdung Dritter liegen soll, wenn sie das tut, also welche Zersetzung der öffentlichen Ordnung hier gegeben ist. Nach vier Monaten hat mir die Staatsanwaltschaft Cottbus vorab bereits mitgeteilt, dass sie meiner Argumentation vollumfänglich folgen wird. Und nach sechs Monaten hatte ich dann das Urteil in der Hand und damit nach acht Jahren meine Mutter rechtsstaatlich rehabilitiert. Sie ist voll entschädigungswürdig.

Als adoptiertes Kind kann ich keine Entschädigung geltend machen, denn mit Rechtskraft der Adoption sind alle Rechte nach der Adoption für mich verwirkt. Es geht mir auch nicht um Geld. Es steht lediglich die Frage im Raum, ob ich für meine eigene Person vielleicht ebenfalls ein solches Verfahren anstrengen werde oder nicht.

Bisher habe ich es noch nicht gemacht, weil es sehr belastend ist und weil die Inhaftierung meiner Mutter nicht direkt mit meiner Adoption in Zusammenhang steht. Es ist – Michael Schäbitz spricht von „zersetzend“ – auch für mich genau so. Meine Mutter war, wie gesagt, 15 bei meiner Geburt, hatte sehr viele Termine bei der Jugendhilfe und hat selbst eine umfangreiche Jugendhilfeakte, in die ich keine Einsicht nehmen darf.

Ihr wird darin regelmäßig vorgeworfen, dass sie in beengten Wohnverhältnissen lebt. Ohne Scherz. Es ist wirklich... man kann eigentlich nur darüber lachen.

In der Adoptionsverfügung steht als Art der Gefährdung, weshalb die Jugendhilfe die Fürsorge für mich übernimmt: „jugendliche Mutti“. Ich weiß gar nicht, was ich dazu sagen soll.

In der gesamten Adoptionsakte lese ich nichts von Vernachlässigung, nichts davon, dass sie sich nicht kümmern würde oder sonst irgendetwas. Ganz im Gegenteil: Meine Mutter hatte einen Abschluss der achten Klasse und begann – in dem Aluminiumwerk Lauter – eine Lehre als Bewerberin. Da war sie mit mir bereits schwanger. Sie sollte, als ich fünf Monate alt war, wieder arbeiten gehen. Das hat sie nicht getan, sondern um die Zuteilung einer anderen Arbeit gebeten. Diese wurde ihr über längere Zeit verweigert.

Im elften Lebensmonat war die Jugendhilfe wieder bei uns zu Besuch. In der Akte steht: „Frau Ramona begegnete uns wieder sehr vorlaut.“

Wir mussten ihr klarmachen, dass aufgrund des Gesundheitszustandes ihres Kindes im November 1979 – ich war erkältet – das Kind unmittelbar in die Poliklinik einzuweisen ist. Daraufhin riefen wir Frau Dr. X.Y. in der Poliklinik an, mit der Anweisung, das Kind aufgrund sozialer Indikation dort zu behalten. Ramona wurde also gezwungen, mich in diese Poliklinik zu bringen. Frau Dr. X.Y. hat pflichtgemäß mein Verweilen in der Poliklinik aufgrund sozialer Indikation befürwortet und daraufhin bin ich in die Wochenkrippe gekommen. Dann wurde meiner Mutter sechs Monate lang ein Besuchsrecht verwehrt, denn sie musste ja erst einmal ihre Lebensverhältnisse ändern, um zu zeigen, dass sie überhaupt würdig ist, Umgang mit dem Kind zu haben.

Unter anderem gehörte dazu, regelmäßig arbeiten zu gehen. Das machte sie dann. Sie hat mich mehrfach besucht. Es gibt dokumentierte Besuchserlaubnisse. Sie hat mich auch am Wochenende mitgenommen. Wie gesagt, da war ich im Alter von eineinhalb bis zweieinhalb Jahren.

Als Ramona 18 wurde, im Mai 1981, stand die Rückübertragung der Sorge an. Es gab eine Verhandlung, bei der sie nicht anwesend war.

Zehn Tage später steht ihre Unterschrift auf dieser Freigabe an Kindes statt. Ich weiß nicht, wie das dazu gekommen ist. Fakt ist: Wenige Wochen später wird sie durch das Ministerium des Innern (Mdi) des Rates des Kreises Lauter/Hoyerswerda als „kriminell gefährdeter Bürger“ bzw. „kriminell gefährdete Bürgerin“ eingestuft. Und wenig später, weil sie Umgang mit auffällig gewordenen Personen hatte, ist sie schon in Inhaftierung in Cottbus. Drei Tage Untersuchungshaft, dann gab es die Verurteilung und 14 Monate Haft.

Isabel Fannrich

Wie hat das, was Sie nach und nach herausgefunden haben – und das hat sich ja über viele Jahre hingezogen, während Sie große Mühe hatten, überhaupt Einsicht in die Unterlagen zu bekommen – Ihre Einstellung zu Ihrer Mutter und auch zu sich selbst verändert?

Tim Steinwender

Ja, das ist gar nicht so leicht zu beantworten.

Als adoptiertes Kind habe ich lange in einem Loyalitätskonflikt gelebt, den Kinder im Adoptionsdreieck wahrscheinlich alle erleben. Einerseits gibt es Erwachsene bzw. Eltern, die mich aus dem Heim herausgeholt haben. Andererseits gibt es eine Mutter, die – so dachte ich lange – höchstwahrscheinlich nicht geeignet war, Mutter zu sein. Denn sonst hätte ein Staat, der ja angeblich fürsorglich für seine Bevölkerung eintritt, ihr das Kind nicht entzogen.

Gleichzeitig war lange in meinem Kopf, dass ich für meine Adoptiveltern „etwas sein“ müsse. Ich habe erst sehr spät erkannt, dass meine Adoptiveltern mich natürlich nicht adoptiert haben, damit *ich* es besser habe, sondern weil *sie* etwas brauchten oder wollten. Diese Erkenntnis hat sehr lange gedauert.

Ob Ramona – meine leibliche Mutter – geeignet war oder nicht: Es steht außer Frage, dass eine 15-Jährige Hilfe braucht, um ein Kind zu erziehen. Ihr dann vorzuwerfen, sie lebe in beengten Wohnverhält-

nissen oder sei „vorlaut“, ist nicht nur nicht rechtsstaatlich, sondern schlicht unmenschlich. Die Hilfemaßnahme hätte lauten müssen: Wir weisen ihr Wohnraum zu, wir geben ihr eine Betreuung, wir unterstützen sie – was auch immer es braucht.

In meinem Kopf war lange: Ich bin ihnen etwas schuldig. Ich wusste etwa seit meinem sechsten Lebensjahr, dass ich adoptiert bin; meine Adoptiveltern haben daraus kein Geheimnis gemacht. Irgendwann hatte ich gefragt: „Was ist Adoption?“, und dann haben sie es mir erklärt.

Mit 18 habe ich zum ersten Mal versucht, mich an das Jugendamt zu wenden. Dann ist dieses Jugendamt umgezogen nach Wittenberg, und ich habe das als Wink des Schicksals genommen. Es hat nur noch einmal 16 Jahre gedauert, bis ich mich erneut auf den Weg gemacht habe – aber dann stand die Geburt meines Sohnes bevor.

Das war lange ein äußerer Vorwand, mich meiner Geschichte zuzuwenden; in Wahrheit habe ich es natürlich für mich selbst gemacht. Denn die Kenntnis der eigenen Wurzeln ist ein wichtiger identitärer Baustein – um mich abgrenzen zu können, um meiner Mutter dankbar sein zu können für das Leben, das sie mir gegeben hat. In der DDR war es für Frauen vergleichsweise einfach, ein ungewolltes Leben zu beenden.

Sie hat sich dagegen entschieden. Sie hat mir den Namen meines leiblichen Vaters gegeben – ein ungarischer Gastarbeiter, der die Vaterschaft nicht anerkannt hat, weil er wahrscheinlich im Gefängnis gelandet wäre oder aus anderen Gründen. Das zeigt mir, dass es zumindest nicht völlig ungewollt war.

Als ich dann nach acht Jahren schließlich ihre Rehabilitierung erreicht hatte, ging es weiter. Ich hatte das Glück, auch die Haftakte aus der Haftanstalt Leipzig zu bekommen. Dort hatte ich erstmals nach zehn Jahren ein Foto meiner Mutter in der Hand: ein kleines Schwarz-Weiß-Foto, eine schreckliche Kopie aus dem Anamnesebogen der Haftanstalt.

Ich sah darauf keine 19-jährige junge Frau, die im Leben steht, sondern eine vom Leben gezeichnete, gebrochene Person.

Ich hielt zum ersten Mal handschriftliche Briefe von ihr in der Hand. In der Gerichtsverhandlung hatte sie gesagt: „Die Jugendhilfe hat mir das Kind weggenommen.“ In der Haftakte waren Briefe, die nie abgeschickt wurden. In einem schreibt sie einem Freund, dass sie dort jemanden kennengelernt hat und ihm von Tibor – meinem Geburtsnamen – erzählt hat, und dass man ihn ihr weggenommen habe.

Egal, ob sie geeignet war oder nicht: Für mich war es ganz entscheidend zu sehen, dass ich nicht ungewollt war. Dass sie überfordert war – das kann ich alles einordnen. Das hat mir sehr viel gegeben, auch in der Beurteilung ihrer Person.

Sie war keine „asoziale Person“. Sie wurde dazu gemacht. Sie wurde stigmatisiert.

Ein Staat, der behauptete, seine Bürger seien das wichtigste Gut, hat sie abgewertet, ausgegrenzt, schikaniert. In der Akte ist die Rede von über zehn „Aussprachen“ beim Rat des Kreises. Das Arbeitskollektiv lässt sich unrühmlich über sie aus. Es gibt eine Passage, in der steht, das Arbeitskollektiv sei eine „an der Erziehung des Kindes beteiligte Kraft“ – was für ein Hohn – und könne sich äußern, wie geeignet meine Mutter als Mutter sei. Das Arbeitskollektiv befürwortete, ihr das Kind zu entziehen, damit ihr „auf diesem Wege klar gemacht werde, dass es so nicht weitergehen kann“.

Ein Jahr später, als es um ihre Inhaftierung geht, steht derselbe Satz fast wortgleich in der Akte: *„Ihr muss auf diesem Wege klargemacht werden, dass es so nicht weitergeht.“*

Was soll ich dazu sagen? Es ist menschenverachtend.

Ich finde es traurig, dass wir heute wieder darüber diskutieren, ob der Wert eines Menschen an seiner Arbeitsleistung gemessen werden soll. Ich dachte, wir wären weiter.

Ich weiß nicht, wer meine Mutter als Mensch war. Ich weiß nur: **Sie war zu Unrecht im Gefängnis.**

Isabel Fannrich

Vielen, vielen Dank – Sie haben da jetzt noch was eingeblendet.

Tim Steinwender

Ja, dass hier durch ein gerichtliches Verfahren klar gemacht werden müsse, dass solche Verhaltensnormen nicht geduldet werden können.

Isabel Fannrich

Ja, ganz herzlichen Dank, dass Sie sich hier so geöffnet haben und vielleicht können Sie drei sagen, wie Sie in Kontakt gekommen sind.

Dr. Michael Schäbitz

Sie hatten es schon gesagt, ich habe in diesem Projekt „Landschaft der Verfolgung“ in Hohenschönhausen gearbeitet, und da gab es einen Podcast für die damals noch BStU. Den hat Tim gehört und er hat sich dann an mich gewandt. Und ich habe gesagt – das war 2019 oder 2020 – die Stasi ... da waren wir zuerst dran, die Daten für die Stasi-Opfer aufzunehmen. Die Stasi hat sich mit dem Paragraphen 249 nicht so viel beschäftigt. Das war in der Regel die Volkspolizei. Aber ich bin dran, ich möchte irgendwann ein Projekt machen über Verurteilungen nach Paragraf 249, und wenn ich darf, werde ich mich noch einmal melden. Und dann, ein paar Jahre später, haben wir tatsächlich dieses Projekt aus der Taufe gehoben, und Tim hat sich bereit erklärt, Teil dieses Projekts zu sein.

Isabel Fannrich

Und in der Ausstellung werden auch diejenigen, die damit zu tun haben – also auch Sie – namentlich benannt werden. Das geschieht selbstverständlich nur nach vorheriger Absprache, richtig?

Dr. Michael Schäbitz

Also, sobald die Betroffenen damit einverstanden sind, werden sie namentlich genannt. Wir würden aber ebenso anonymisieren, wenn das gewünscht ist. Unser Anliegen ist jedoch, den Betroffenen ein Gesicht zu geben und das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen, weil es eines der letzten Tabuthemen der DDR-Geschichte ist – und weil die Stigmatisierung bis heute fortwirkt.

Die Schwierigkeiten, an die Akten zu gelangen, sind enorm – das haben Sie ja nur angedeutet. Eine öffentliche Sensibilisierung mit dieser Wanderausstellung und den dort gezeigten Biografien zu schaffen, ist uns daher ein großes Anliegen. Und wir sind darauf angewiesen und außerordentlich dankbar, dass sich Menschen bereit erklären, sich dem zu stellen.

Isabel Fannrich

Vielen Dank für diesen Einblick.

Schlussworte

Isabel Fannrich

Ich möchte mich jetzt auch herzlich bedanken bei allen für die interessanten und bewegenden Beiträge auf dem Podium und im Publikum. Viele Geschichten konnten vielleicht nur deshalb erzählt werden, weil wir uns hier in einem geschützten Raum befinden. Das ist gut und richtig so.

Viele arbeiten aber daran, dass die Geschichten nach draußen dringen, und das, finde ich, macht sehr viel Hoffnung, weil es Ausstellungen gibt, neue Ausstellungen, Forschung und Publikationen.

Ja, und deshalb freue ich mich auch, in zwei Jahren hoffentlich wieder auf dem nächsten Frauenkongress weiteres zu hören und zu sehen, was dann die Themen sein werden.

Vielen herzlichen Dank. Es hat mich wieder gefreut, hier zu moderieren.

Ihnen noch einen schönen Abend, und dann bitte ich jetzt Dieter Dombrowski und Konstanze Helber noch für die Abschlussworte nach vorne.

Dieter Dombrowski

Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bei allen bedanken, die sich hier geöffnet haben. Das ist nicht selbstverständlich. Wir alle haben nun vieles, worüber wir nachdenken, reflektieren und vielleicht auch weiter mitnehmen – beim Einschlafen, beim Aufwachen und im Alltag.

In meinem Dorf gibt es eine alte Tradition aus DDR-Zeiten: Jeden Donnerstag trafen sich die Meisterbrigadiere, um noch gemeinsam ein Bier zu trinken. Diese Treffen werden bis heute fortgeführt, wenn auch unter anderen Bedingungen – in einem Raum neben einem Kuhstall. Unsere Bauern und Mitbewohner nennen das augenzwin-

kernd „Agrarmesse“. Dort wird ordentlich getrunken. Da sich der Bauer jedoch das Hüftgelenk gebrochen hat, fiel die Agrarmesse am vergangenen Donnerstag erstmals aus. Als ich vorbeiging, sagte einer der Anwesenden zu mir: „Dieter, wir haben doch schon wieder DDR 2.0, oder?“

Zunächst wusste ich gar nicht, was er damit meinte – aber natürlich habe ich es dann doch verstanden. Doch genau das ist der Punkt: Wenn man das, was wir heute hier gehört haben, wirklich verinnerlicht – Erfahrungen, die wir alle auf unterschiedliche Weise gemacht haben, aber immer unter ähnlichem Druck und in vergleichbaren Strukturen – und wenn dann ansonsten nette Menschen sagen: „Wir haben wieder DDR 2.0“, dann macht das sehr nachdenklich und auch traurig. Denn man weiß kaum noch, wie man erklären soll, welcher großen Schatz wir heute haben: dass wir frei sprechen können, dass wir uns organisieren können.

Für mich bleibt das ein Rätsel. Viele von uns stellen sich diese Frage. Es macht traurig, weil es auch ein Ausdruck von Teilnahmslosigkeit und Desinteresse ist. Und wie vorhin der Zeitzeuge berichtete: Dass eine Brigade – heute würde man sagen ein Team – sagt: „Die gehört in den Knast.“ Das ist unvorstellbar. Und das soll mit unserem heutigen Zusammenleben vergleichbar sein? Als „DDR 2.0“?

Wie man dem im Großen begegnen kann, weiß ich nicht. Im Kleinen werde ich es versuchen. Ich wollte einfach teilen, was mir dazu durch den Kopf geht.

Ein solcher Kongress, wie wir ihn nun bereits zum dritten Mal durchführen, ist für viele von Ihnen Erinnerung, Solidarität und gegenseitige Stütze. Für andere ist er Auftrag und Motivation, weiter aktiv zu sein und Dinge zu organisieren. Das ist auch unser Anliegen als UOKG.

Deshalb: Wenn Sie Ideen oder Fragen haben, wenden Sie sich gern an uns.

Vorhin wurde noch eine Frage zum Thema Zersetzung gestellt, die ich gern beantworten möchte. Ja, es hat hierzu eine Gesetzesände-

rung gegeben. Entschädigungsleistungen für Zersetzungsmaßnahmen gab es bereits zuvor. Neu ist lediglich, dass nun auch Zersetzungsmaßnahmen anerkannt werden können, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik durchgeführt wurden – etwa durch das MfS. Das ist der entscheidende neue Punkt.

Der Kongress ist noch nicht beendet. Heute Abend und morgen geht es weiter. Beim Gottesdienst werden wir noch einmal die Gelegenheit haben, innezuhalten und derer zu gedenken, die nicht mehr unter uns sind.

Ich bin zuversichtlich, dass wir auch in zwei Jahren wieder einen solchen Kongress durchführen werden – und dann vielleicht mehr über die Projekte hören, die wir heute begonnen oder kennengelernt haben.

Ich hoffe, dass wir viele Verbündete finden. Vor allem wünsche ich Ihnen Gesundheit, Lebensmut und Kraft, um die Aufarbeitung weiterzuführen. Wir sind kein Jammerverein. Wir haben bereits viel geleistet für unsere Freiheit. Und wenn es uns gelingt, weitere Menschen – insbesondere junge – im positiven Sinne zu „entzünden“, sodass sie uns unterstützen, wäre das ein großer Gewinn.

Ich danke Ihnen sehr für Ihr Interesse und Ihre Ausdauer. Der Saal ist weiterhin voll, Sie sind dageblieben – und das zeigt, dass es sich lohnt, zusammenzukommen.

Herzlichen Dank.

Konstanze Helber

Tja – und schon ist er wieder vorbei, der Kongress. Zumindest der Hauptteil. Der Sonntag steht noch mit einem Gottesdienst bevor. Doch was wir in diesen zwei Tagen gehört und erlebt haben, war schlicht beeindruckend.

In meiner Begrüßungsrede habe ich gesagt: Vernetzen Sie sich, sprechen Sie miteinander, sprechen Sie mich an. Und genau das haben

Sie getan. Ich war in so vielen intensiven Gesprächen – mit euch, mit Ihnen allen –, wie ich sie mir in dieser Tiefe kaum vorgestellt hätte. Das hat mich sehr berührt und nachhaltig beeindruckt.

Wenn ich jetzt in den Saal blicke, bin ich überwältigt von der großen Beteiligung und dem spürbaren Interesse. Das ist eine große Wertschätzung – für uns alle. Wir sind da. Wir Frauen bewegen etwas, wir wollen etwas, wir haben Unrecht erfahren. Und wie wir immer sagen: Wir sind kein Jammerverein – wir sind ein Frauenforum.

Mit der Unterstützung vieler engagierter Menschen – und ganz besonders mit der starken Unterstützung der UOKG – konnten wir diesen Kongress inhaltlich wie organisatorisch so gestalten, wie er stattgefunden hat.

Wenn ich noch einen persönlichen Eindruck teilen darf: Besonders beeindruckt hat mich das Projekt von Tatjana Janda. Ich habe mich gefragt, wohin die „Taschentuchreise“ wohl führen wird. Vorhin bin ich kurz hinausgegangen, um mir anzusehen, was in diesem kleinen Raum entstanden ist. Und seitdem kreisen meine Gedanken: Was wird daraus noch wachsen?

Ich bin mir sicher: In zwei Jahren werden wir hier ein abgeschlossenes Taschentuchprojekt sehen, das all unsere Vorstellungen übertrifft. Darauf freue ich mich sehr. Und natürlich freue ich mich auch darauf, dass wir uns in zwei Jahren wiedersehen – wobei wir ja zwischendurch in Kontakt bleiben.

Ganz besonders freut es mich, dass wir die Gelegenheit hatten, die neue Leiterin der Gedenkstätte Hoheneck kennenzulernen. Wir saßen vorhin in einer ausgesprochen produktiven Runde zusammen, konnten unsere Wünsche, Gedanken und Ideen mit ihr teilen. Das war sehr wertvoll – und damit hatte ich ehrlich gesagt nicht gerechnet.

Überhaupt: Ihr wart alle da, ihr habt euch eingebracht – und das ist großartig.

Vielen Dank.

Resolution – „Dialog der Generationen – Erinnern, Verstehen, Heilen“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 3. Bundesfrauenkongresses 2025 richten an die politischen Entscheidungsträger in Bund und Ländern ihre Forderungen:

1. **Anerkennung der Kinder** politisch Verfolgter und inhaftierter Opfer als „Opfer des SED-Regimes“. Eine gesetzliche Regelung in Bezug auf die Kinder zu Unrecht politisch verurteilter Frauen ist von besonderer, längst überfälliger Dringlichkeit.
2. **Zwangsarbeit** – Anerkennung und Entschädigung, der von politisch Gefangenen unter Zwang geleisteter Arbeit in den entsprechenden Einrichtungen der DDR. Vorrangige Unterstützung zur Erforschung der Zwangsarbeit und der daraus entstandenen Folgeschäden.
3. **Einrichtung qualifizierter Beratungsstellen in den ehemaligen alten Bundesländern.** Dort lebende, von politischer Verfolgung der DDR-Behörden Betroffene werden in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und haben keine adäquaten Beratungsstellen.
4. **Anerkennung und Entschädigung von Frauen,** die im Zusammenhang verschiedener Verfolgungsmaßnahmen durch die SBZ- und DDR-Behörden sexualisierter Gewalt ausgesetzt waren.
5. **Stärkung** pädagogisch digitaler Vermittlungsarbeit in den Gedenkstätten, um insbesondere Jugendliche dauerhaft an diesen außerschulischen Lernorten politisch-historisch zu bilden.
6. **Angehende Juristinnen und Juristen** während ihrer Ausbildung verpflichtend in Rechtsgeschichte der DDR und den Herrschaftsstrategien der SED-Diktatur nachweisbar auszubilden.
7. **Erstellen bundeseinheitliche Lehrpläne** zum Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur. Wissensdefizite über die Merkmale der



Konstanze Helber übergibt die Resolution der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke

DDR-Diktatur müssen im Hinblick auf die Förderung der Demokratieerziehung, sowie der politisch-historischen Bildung nachweisbar behoben werden.

8. Einrichtung eines Lehrstuhls für die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR an einer Universität.

Dessau, den 27. September 2025

Bericht über den Erntedankgottesdienst in der St. Johanniskirche

Am Sonntag, den 28. September, feierte die Gemeinde in der St. Johanniskirche ihren traditionellen Erntedankgottesdienst. Schon beim Betreten des Kirchraumes fiel der liebevoll gestaltete Altar ins Auge: Bunte Blumen, frisch geerntetes Obst und Gemüse, Brotlaibe sowie geschmückte Kornerntgaben erinnerten an die Fülle der Natur und die Bedeutung der Dankbarkeit.

Der Gottesdienst wurde von Pfarrerin Geertje Perlberg geleitet, die in der Predigt besonders die Verantwortung der Menschen gegenüber der Schöpfung hervorhob. Sie betonte, dass Dankbarkeit nicht nur ein Gefühl sei, sondern auch in achtsamem Umgang mit Lebensmitteln, in nachhaltigem Wirtschaften und im respektvollen Miteinander Ausdruck finde.



(v.l.n.r.): Angelika Cuno, Pfarrerin Geertje Perlberg, Konstanze Helber, Angelika Schmidt, Margitta Becke

Musikalisch wurde der Gottesdienst vom Kirchenchor und der Orgel begleitet. Gemeinsam sang die Gemeinde traditionelle Erntedanklieder wie „Wir pflügen und wir streuen“, die dem Gottesdienst eine feierliche und zugleich heitere Stimmung verliehen.

Ein besonderer Moment für uns waren die vier Fürbitten, die dankenswerterweise nach vorheriger Absprache mit der Pfarrerin Geertje Perlberg von vier ehemals politisch inhaftierten Frauen vorgetragen wurden.

Angelika Cuno:

„Guter Gott, wir gedenken all derer, die Opfer geworden sind – in Gesellschaft und im privaten Leben. Insbesondere Frauen, die durch Ungerechtigkeit, Gewalt und Ausbeutung leiden.“

Wir bitten Dich, steh ihnen bei, schenke Trost, Heilung und die Kraft, ihre Stimme zu erheben.

Lass uns als Gesellschaft wachsam sein, wo Unrecht geschieht, und mutig Eintreten für die Würde jedes Menschen.“

Konstanze Helber:

„Herr, segne unsere Freundschaften. Schenke uns Loyalität und die Kraft zur Vergebung, wenn Wunden entstehen. Hilf uns, im Miteinander zu wachsen und einander Halt zu sein. Lass uns dankbar sein für diese wertvollen Geschenke und sie behüten in Treue und Liebe.“

Angelika Schmidt:

„Gott, wir beten für alle, die ihre Stimme erheben für Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde. Stärke ihren Mut, wenn sie Widerstand erfahren, und schenke ihnen Kraft, wo sie müde werden. Lass uns alle lernen, nicht zu schweigen, wo Unrecht geschieht, sondern gemeinsam für das Gute einzustehen.“

Margitta Becke:

„Herr, wir bitten Dich für unsere Familien und Freunde und Unterstützer. Lass ihre Herzen weiterhin für uns offen sein.

Herr, wir bitten Dich für unsere verstorbenen Kameradinnen. Lass sie wissen, dass wir sie nicht vergessen.“

Am Ende des Gottesdienstes wurden die gespendeten Erntegaben für die örtliche Tafel bzw. eine soziale Einrichtung gesammelt. Die Gemeinde zeigte sich großzügig, sodass zahlreiche Körbe gefüllt werden konnten.

Der Erntedankgottesdienst war insgesamt eine besinnliche Feier, die die Gemeinschaft stärkte und die Bedeutung von Dankbarkeit, Teilen und Bewahrung der Schöpfung in Erinnerung rief.



Organisation

3. Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ/DDR-Diktatur

26. bis 28. September 2025 in Dessau-Roßlau

Programmgestaltung

Sandra Czech und Kooperationspartner

Organisation

Sandra Czech, Petra Dombrowski, Christina Mennel

Moderation

Isabel Fannrich-Lautenschläger

Betreuung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Barbara Bauer, Petra Dombrowski, Peter Keup, Cornelia Kurtz,
Anne Maltusch

Technik

Sebastian Sachse, Hendrik Herchenbach

Video und Fotografie

Christoph-Lucas Hütter

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.

Ruschestraße 103, Haus 1, Etage 6

10365 Berlin

Telefon: 030 55 77 93 51

E-Mail: info@uokg.de

Webseite: www.uokg.de

YouTube: www.youtube.com/@uokgnews

Facebook: www.facebook.com/uokgev

LinkedIn: www.linkedin.com/company/uokgev

Instagram: www.instagram.com/uokgev

